

MATERIALIEN

zu den

34. Salzburger Gesprächen

für Leiter

in der Erwachsenenbildung

"EUROPA IST MEHR ALS DIE EG"

am 21. bis 27. Juli 1991 in Haus Rif

**VERBAND ÖSTERREICHISCHER
VOLKSHOCHSCHULEN
PAF**

Eigentümer, Herausgeber und Verleger:

Verband Österreichischer Volkshochschulen, PAF (Pädagogische Arbeits- und
Forschungsstelle)

Weintraubengasse 13, 1020 Wien

Europa 1992 als Herausforderung für die Erwachsenenbildung

Allred Pleil

„Europa“ ist offensichtlich zu einem schillernden Begriff geworden, dessen Inhalte ganz unterschiedlich interpretiert und bewertet werden können. Das gilt vor allem für die politische Bedeutung des Begriffes in seiner Verbindung mit der „Europapolitik“, wie sie von den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, von den Organen der EG und von anderen Einrichtungen auf der europäischen Ebene betrieben wird.

Die Meinungen darüber, ob die europäische Einigung als solche überhaupt etwas Gutes sei, für das man sich nach Kräften einsetzen sollte, oder ob die real existierende Europäische Gemeinschaft als ihr derzeitiges Ergebnis nicht eher Skepsis oder gar Ablehnung verdiene, differieren nach Ländern und auch nach Zeitpunkten. Aber dennoch kann man wohl voraussetzen, daß in allen EG-Mitgliedsstaaten eine Mehrheit der Bevölkerung wenigstens dem Grundgedanken einer Einigung Europas positiv gegenübersteht. Im ersten Beitrag dieses Heftes hat Otto Bardonn das auch in einer grundlichen Auswertung der Umlagen im Euro-Barometer bzw. der von den Meinungsforschungsinstituten Allensbach und IFRS erhobenen Daten belegen können. Bardonn weist anhand der gleichen Umlageergebnisse aber auch nach, wie stark die Schwankungen in der Beurteilung der EG sind und wie schlecht sich viele Bürger der EG-Staaten über das Informiert fühlen, was auf der EG-Ebene tatsächlich passiert, was also „Europapolitik“ ist. Die offensichtlichsten Informationsdefizite der Bürger werden von ihm vor allem darauf zurückgeführt, daß die Entscheidungsstrukturen der EG zu undurchsichtig sind, daß das Europäische Parlament zu wenig im Bewußtsein der Bevölkerung verankert ist und daß Vermittlung und Darstellung von Europapolitik durch die EG-Organen, durch die politischen Parteien und auch durch die Erwachsenenbildungseinrichtungen noch sehr zu wünschen übrig lassen.

Trotz aller Informationsdefizite der Bürger und trotz relativ undurchsichtiger Entscheidungsstrukturen der EG kann andererseits aber gar nicht bestritten werden, daß der Europapolitik Dynamik innewohnt. Sie geht immer noch primär vom wirtschaftspolitischen Bereich aus, hat aber mittlerweile auch nahezu alle anderen Politikbereiche erfaßt. Hermann Müller-Sojger aus dem Bonner Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft durchleuchtet in seinem Beitrag die bildungspolitische Zusammenarbeit in der EG und weist nach, daß die Gemeinschaft inzwischen über die drittigen Grundfragen, welche die Römischen Verträge ihr für ein Engagement in der Bildungspolitik zur Verfügung stellen, durch die Formulierung von neuen Grundsätzen und die Initiierung einer Abfolge von bildungspolitischen Aktionsprogrammen wie Comenius I und II, Erasmus und LINGUA – um nur einige zu nennen – weit hinausgelangt ist. Was durch die Römischen Verträge und andere verbindliche Rechtsgrundlagen nicht abgedeckt ist, wird durch die Verwendung der sogenannten gemischten Formel „Der

Rat und die im Rat vereinigten Minister für Bildungswesen haben beschlossen ... abgedeckt. Dieser Beitrag macht auch deutlich, daß die föderalistische Struktur des deutschen Bildungswesens zwar sowohl für die Formulierung von Bildungsinitiativen auf der EG-Ebene als auch für die Umsetzung von bildungspolitischen Initiativen der EG-Organen in der Bundesrepublik Deutschland gelegentlich hinderlich sein kann, daß aber in den zurückliegenden Jahren dennoch von den deutschen Bildungsverwaltungen in beiderlei Hinsicht Beachtliches geleistet worden ist.

Im folgenden Beitrag befaßt sich Joachim Knoll mit der Frage, vor welche Herausforderungen die Erwachsenenbildungswissenschaft durch die bevorstehende Schaffung des gemeinsamen Europäischen Marktes gestellt wird. Dabei ist es sicherlich nützlich, wenn er darauf aufmerksam macht, daß nicht nur die EG, sondern auch andere Organisationen, wie der Europarat, die UNESCO und die OECD, in den von daher ebenfalls ein Verdienst daran erworben haben, daß dieser Bau nun allmählich Konturen zu bekommen beginnt. Durch den Hinweis auf diese Organisationen kommt unter Knolls spezieller Fragestellung auch eine Reihe von Forschungseinrichtungen in den Blick, die der UNESCO, der OECD bzw. dem Europarat angegliedert sind oder von diesen Einrichtungen finanziert werden und die auf einzelnen Feldern wichtige Forschungsleistungen erbracht haben. Exemplarisch wird insbesondere das European Centre for Leisure and Education (ECLLE) erwähnt. In der Darstellung dieser Aktivitäten erschöpfen sich im wesentlichen aber auch bereits die positiven Aussagen von Knoll; denn hinsichtlich der Breitenwirkung dieser Einrichtungen in Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung hinein muß er die nüchterne Feststellung treffen: „Weder in der Wissenschaft der Erwachsenenbildung noch in verhandlichen Aktivitäten genießt internationale Erwachsenenbildung eine herausgehobene Reputation“. Noch negativer fallen Feststellungen aus, die sich auf die deutsche Erwachsenenbildungswissenschaft bzw. auf Deutsch als Wissenschaftssprache beziehen: „Deutsche Erwachsenenbildung genießt international kein Ansehen ... Deutsch hat ausgespielt, vielleicht auch in der EG“. Trotzdem formuliert der Inhaber des Lehrstuhls für Erwachsenenbildung und außerschulische Jugendbildung¹ an der Ruhr-Universität Bochum einige Forschungsdesiderata für die deutschen Erwachsenenbildungswissenschaften, deren überzeugende Einlösung Reputation in den Nachbarländern verhelfen könnte.

Jakob Horn, der in seinem Beitrag über Folgerungen für die internationale Zusammenarbeit der nationalen Weiterbildungsverbände im Hinblick auf Europa 1992 aus der Sicht des DVV nachdenkt, macht sich über die Reputation des deutschen Erwachsenenbildungssystems im europäischen Kontext offenbar keine großen Sorgen. Er führt die langjährige erfolgreiche Mitarbeit des DVV im Europäischen Büro für Erwachsenenbildung mit Sitz in Amsterdam/Niederlande, einem losen Zusammenschluß von ca. 180 Institutionen und Organisationen aus dem Bereich der Erwachsenenbildung, indirekt als Beleg dafür an, daß die deutsche Erwachsenenbildung, wenigstens soweit sie vom DVV repräsentiert wird, eigentlich immer Vorreiter für Entwicklungen und Trends in der Erwachsenenbildung/Weiterbildung gewesen ist. Naheliegender ist deshalb auch seine Empfehlung an die EG, das Europäische

Wirtschaftsraum begreifen, stellt der Beitrag von Annette Rehbock dar. Unter der Fragestellung „Grenzenloser Wettbewerb oder sozialer Lebensraum?“ stellt sie einige Überlegungen zum DGB-Schwerpunktthema 1989/90 an. Deutlich wird daran vor allem, daß die Ausgestaltung Europas als Sozialraum noch viel zu wünschen übrig läßt und daß hier auf die Gewerkschaften und die gewerkschaftliche Bildungsarbeit ein weites Betätigungsfeld wartet, für dessen Bearbeitung die Bausteine zum bildungspolitischen Schwerpunktthema „EG 1992 – Grenzenloser Wettbewerb oder sozialer Lebensraum?“ allerdings gute Voraussetzungen bieten.

Wie praktische Seminararbeit mit diesen oder ähnlichen Materialien aussehen kann, macht der Beitrag von Rainer Girndt und Christian Holtgreve „Europa rückt zusammen“ deutlich. Die Autoren berichten darin über ein Bildungsurlaubsseminar zum Thema Europäischer Binnenmarkt 1992. Ihre sorgfältige Beschreibung von Teilnehmerstruktur, Themenwahl, Arbeitsmaterialien u.a. läßt diesem Bericht eine exemplarische Bedeutung zukommen. Er wird vor allem für Kursleiter, die ähnliche Veranstaltungen planen, wertvolle Anregungen bieten können.

Daß die VHS-Kursleiter allgemein von der europäischen Integration im weitesten Sinne und von den Konsequenzen des europäischen Binnenmarktes im besonderen vor erhebliche und teils neuartige Probleme gestellt werden, die deshalb auch zu neuen Überlegungen zur Kursleiterfortbildung Anlaß geben sollten, macht der Beitrag von Albert Pflüger deutlich. Verständlich, daß er noch keine neuen Konzeptionen vorstellen kann, aber sein gut begründeter Appell zu umfassenden Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und zur Bereitstellung der dafür erforderlichen Mittel sollte nicht ungehört verhallen.

Wie Mitarbeiter-Fortbildung im europäischen Zusammenhang aussehen kann und wie dadurch Chancen für neue Sichtweisen eröffnet werden können, deutet der knappe Beitrag von Elisabeth Fuchs-Brünninghoff und Monika Pfirrmann wenigstens an. Die Autorinnen schildern Erfahrungen mit neuartigen bi-nationalen Fortbildungsseminaren für pädagogische Mitarbeiter in den Bereichen Alphabetisierung und Elementarbildung. Wenn als Quintessenz dieser Erfahrungen das „Erleben der durchgängigen Bedeutsamkeit des Verständigungsprozesses im gesamten Seminarverlauf“ dargestellt wird, dann kann man voraussetzen, daß von solchen Fortbildungsveranstaltungen wesentliche Impulse dazu ausgehen, auch in der praktischen pädagogischen Arbeit des Alltags bewußter mit dem Aspekt der Verständnissicherung umzugehen. Auch wenn nicht zu erwarten ist, daß uns die Jahreswende 1992/1993 schlagartig einen „amerikanischen Arbeitsmarkt“ bescheren wird, sollte doch davon ausgegangen werden, daß die Heterogenität der Lernvoraussetzungen von Teilnehmern an VHS-Kursen zunehmen wird durch den langsam, aber stetig steigenden Anteil von EG-Bürgern nichtdeutscher Nationalität, die von ihrem Recht auf Freizügigkeit Gebrauch gemacht haben.

In den Beiträgen dieses Heftes wird „Europa“ unter vielfältigen Aspekten in den Blick genommen. Die Befunde, die dabei zu Tage treten, fallen demgemäß sehr unterschiedlich aus. Außer Frage steht für alle Autoren, daß der Europäische Binnenmarkt 1992 eine Herausforderung darstellt. Vielleicht bietet dieses Heft einige Anregungen, wie die Erwachsenenbildung auf diese Herausforderung in geeigneter Weise reagieren könnte.

Büro für Erwachsenenbildung künftig finanziell zu unterstützen. „Es wäre auf jeden Fall kostengünstiger als dazu eine eigene ‚Bürokratie‘ in Brüssel oder von Brüssel aus aufzubauen“.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Europäische Gemeinschaft als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft begonnen hat und auf dem wirtschaftlichen Sektor immer noch ihre bedeutendsten Aktivitäten entfaltet, dann kann es nicht überraschen, wenn die positivste Bewertung des Europäischen Binnenmarktes 1992 bei den Autoren zu finden ist, welche ihr Thema aus der Sicht der Bildungswerke der Wirtschaft angehen. Günther Beine und Stephan Fischbach ordnen ihren Beitrag über die Konsequenzen des Europäischen Binnenmarktes 1992 für die berufliche Aus- und Weiterbildung in einen weiteren Kontext ein, der deutlich macht, daß sie Europa in erster Linie als einen einheitlichen Wirtschaftsraum begreifen, dessen zukunftsweisende Möglichkeiten allerdings auch die Bereiche von Kultur und Bildung tangieren. Hinsichtlich der Voraussetzungen, welche die Bundesrepublik Deutschland für diesen Binnenmarkt mitbringt, sind sie sehr optimistisch. Auf ihr engeres Thema bezogen begründen sie diese Zuversicht damit, daß die in unserem Lande praktizierte duale Berufsausbildung „ein ausgezeichnetes Instrument zur beruflichen Erstqualifikation der Schulabgänger“ darstellt und daß auch die überwiegend von der Wirtschaft finanzierten und durchgeführten beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen den Vergleich mit den Nachbarländern sehr gut bestehen können.

Hortense Hörburger, die sich mit Europa 1992 als Herausforderung für die Frauenbildung befaßt, nimmt aus ihrer Perspektive wiederum eine Reihe von Defiziten wahr. Sie kommt zwar zu der Einschätzung, daß der Europäische Binnenmarkt generell auch die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbessern wird, daß aber die relative Schlechterstellung der Frauen durch diese Entwicklung für sich allein genommen nicht beseitigt werden wird. Deshalb bringt sie nachdrücklich die Forderung nach europaweiten Programmen für Frauen vor, in welchen Hilfen geboten werden sollen, die verbesserten Möglichkeiten von Teilzeit- und Zeitarbeit auch wirklich nutzen zu können und sich nach der Phase familienbedingter Berufsunterbrechung wieder ins Erwerbsleben einzugliedern. Sie macht insbesondere auch auf die praktischen Schwierigkeiten bei Auslandsaufenthalten von Frauen aufmerksam, die zusammen mit ihren Ehepartnern aus beruflichen Gründen ihr Heimatland verlassen haben. Dabei handelt es sich in erster Linie um Verständigungs- und Orientierungsprobleme in zumeist anderssprachiger Umgebung.

Den Konsequenzen des Europäischen Binnenmarktes für die sprachliche Weiterbildung geht Anthony Fitzpatrick nach, indem er das am 22.05.1989 vom Rat der EG beschlossene LINGUA-Programm, ein Aktionsprogramm zur Förderung der Fremdsprachenkenntnisse in der Europäischen Gemeinschaft, beschreibt und daraufhin analysiert, welche Möglichkeiten es für eine Weiterentwicklung der Kursleiterfortbildung im fremdsprachlichen Bereich und auch für den weiteren Ausbau aufsuchender Fremdsprachenausbildung an Volkshochschulen bieten kann. Eine Reihe von bedenkenwerten praktischen Vorschlägen kommen hier auf den Tisch, die vor allem da Interesse verdienen, wo sie auf eine Verknüpfung des Fremdsprachenlernens mit fachübergreifenden Lernzielen hinauslaufen.

Das notwendige Pendant zu dem aus der Perspektive der Wirtschaft geschriebenen Beitrag von Günther Beine und Stephan Fischbach, die Europa vornehmlich als

Perspektiven «europäischer Erwachsenenbildung» – aus bundesrepublikanischer Sicht

Das in der Öffentlichkeit vorherrschende Bild von Europa hat in der letzten Zeit raschen Wandlungsprozessen unterliegen. Das Bild vom «Grossbetrieb Europa» wurde alsbald durch den «Sozialraum» ergänzt. Über das Territorium der EG hinaus wurde vor dem Hintergrund der revolutionären Entwicklungen in Osteuropa dann gar vom «gemeinsamen europäischen Dach» gesprochen. Die genannten Bilder lösen sich nicht voneinander ab, sondern überlagern sich und spiegeln sich nicht zuletzt auch in den Diskussionen um die Rolle der Erwachsenenbildung in Europa wider.

Auch wenn scheinbar Einigkeit darin besteht, dass die europäischen Entwicklungen grosse Herausforderungen an die Weiterbildung stellen, bestehen vielerorts noch Unklarheiten, ob es sich dabei in erster Linie um berufliche Qualifizierung oder um die Vorbereitung auf ein multikulturelles Zusammenleben

handelt. Die aktuellen europäischen Entwicklungen verdeutlichen zumindest, dass es um äusserst komplexe Anforderungen geht, die sich nicht auf Teilbereiche wie z.B. den Binnenmarkt '93 reduzieren lassen. Dass insbesondere die berufliche Weiterbildung in erster Linie nur als eine Strategie der Verwirklichung des Binnenmarktes gesehen und dementsprechend kritisch kommentiert wird, kann angesichts der Schwerpunkte der EG-Aktionsprogramme und eindimensionaler Argumentationsketten zur «beruflichen Weiterbildung als wichtiges Steuerungsinstrument der Arbeitsmarktpolitik» und zum «Humankapital als das wichtigsten der Wirtschaftspolitik» nicht überraschen. Diese kritische Einschätzung darf gleichwohl nicht dazu führen, das Feld allein dem ökonomischen Primat zu überlassen und nicht produktiv an einer praktischen Umsetzung der mittelfristigen Leitlinien der EG als Bildungsminister zur Integration der europäischen Dimensionen in die Bildungsarbeit zu arbeiten. Sicherlich hat die ökonomisch dominierte Diskussion um eine europäische Bildungspolitik an den VHS in der Bundesrepublik erst einmal keine «europhorischen Stimmungen» aufkommen lassen. Die praktischen Erfahrungen im Umgang mit den Brüsseler Aktionsprogrammen, die als Eurokompetenz für disponierende Mitarbeiter in der Erwachsenenbildung ständig eine hohe Frustrationstoleranz und stabile Panikresistenz erforderten, motivierten nun auch nicht gerade zu freudigem Agieren. Auf der Basis kritischer Auseinandersetzungen mit den Entwicklungen haben sich in der Zwischenzeit aber eine ganze Reihe innovativer Bildungsaktivitäten entwickelt, die erwahrensenswert sind.

Allgemein wird dabei erkennbar, dass die gestellte Frage, ob Europa entweder nach zusätzlicher Qualifizierung oder nach interkultureller Bildung verlangt, wohl eine tendenziell falsche Alternative enthält. Sicherlich versuchen VHS auch den zukünftigen Anforderungen eines europäischen Arbeitsmarktes Rechnung zu tragen, indem Lehrgangskonzepte, die auf sog. «gemeinschaftsbezogene Inhalte» (internationaler Transport, Aussenhandel, internationales Steuerrecht etc.) abzielen, entwickelt und erprobt werden. Kombiniert werden solche Angebote dann meist mit Anteilen an berufsbezogenem Fremdsprachenanteil (wie beispielsweise bei dem Pilotmodell der VHS Bremen zur Ausbildung von EG-Sekretarinnen). Die Diskussionen um die Inhalte berufsbezogenen Fremdsprachenunterrichts verdeutlichen, dass es hier nicht um das blosse Addieren von klar definierbaren Qualitätsbausteinen geht. Die allgemeinbildenden fremdsprachlichen Anteile beinhalten bewusst auch Inhalte einer akzentuierten Landeskunde, die über Alltag und Kultur des Zielsprachenlandes informiert und entsprechende Erfahrungsraume öffnet. Darüberhinaus werden an

einigen VHS neuartige Formen von Studienreisen angeboten, die man schlagwortartig mit dem Begriff «arbeitsmerorientierte Landeskunde» beschreiben kann. Die Teilnehmer an einem solchen 14-tägigen Angebot der VHS Bremen hatten damit die Möglichkeit, den Fremdspracherwerb mit einem Betriebspraktikum und dem Erfahren und einer Auseinandersetzung mit der spanischen Kultur zu verbinden.

Das Kennenlernen des Alltagslebens eines anderen europäischen Landes steht denn auch im Mittelpunkt von zahlreichen Bildungsurlaubsveranstaltungen im Fremdsprachenbereich. Ein Programm der VHS Frankfurt, das gemeinsam mit einer Partnerinstitution in Birmingham durchgeführt wird, ist deshalb methodisch in erster Linie auf exploratives Lernen ausgerichtet. Die Teilnehmer arbeiten sozusagen in Kleingruppen, um sich

die Wirklichkeit der Partnerstadt (z.B. im Bereich Umwelt) selbstständig zu erarbeiten. Eine derartige konzeptionierte Arbeit füllt den internationalen Austausch mit Partnerstädten mit neuen Inhalten. In «Sprachbegegnungsseminaren» soll Fremdsprachenlernen mit interkultureller Begegnung verknüpft werden. Dabei stehen Lernziele wie die Stärkung des europäischen Bewusstseins, das Kennenlernen eines fremden Alltags und der Normen und Werte im sozialen Kontext, das vorurteilsfreie Annähern an eine andere Kultur und die praktische Anwendung der Fremdsprache im Vordergrund. «Der Lernende muss erfahren, welches Wertesystem in der Kultur seines Zielsprachenlandes akzeptiert und tradiert worden ist und sich wie die multikulturellen Beziehungen in diesem Wertesystem strukturieren».

Aus der Perspektive einer humanitätsorientierten Bildungsarbeit liegt hier die Bildungschance Europas: «Denn inter- und multikulturelles Lernen kann sich nicht auf das Verstehen einer anderen Kultur reduzieren, sondern setzt einen Bewusstwerdungsprozess voraus, quasi eine Erschütterung der eigenen Selbstverständlichkeiten: sie müssen als besondere, als eine Möglichkeit unter vielen erkannt und akzeptiert werden. Eine Qualifizierung für Europa heisst immer, auch auf die Begegnung mit anderen Kulturen vorzubereiten, diese als Spiegel zu begreifen, um eigene Besonderheiten zu erkennen und daraus einen multiperspektivischen Lernprozess zu ermöglichen. Dass so gestaltete Ansätze nicht nur in den Angebotsbereichen der beruflichen und fremdsprachlichen Bildung zu realisieren sind, zeigen auch Beispiele aus der Umwelt- und Zielgruppenbildung.

Exemplarisch erwähnt seien handlungsorientierte Ansätze wie eine «Tour Natur in der Euregio», während der mit dem Fahrrad die Umweltbrennpunkte der Region anvisiert werden und ein internationaler Austausch über ökologische Handlungskonzepte erfolgt. Das Kennenlernen von Lebens- und Arbeitsbedingungen in den tendenziell verarmten Regionen Südeuropas stellt für arbeitslose Teilnehmer von Hauptabschluss-Lehrgängen eine wertvolle Erfahrung dar, mit der sie ihre eigene Situation relativieren können und Ansätze eines internationalen Solidaritätsbewusstseins entwickeln werden. Wenn Frauen und deren Familien die genossenschaftlichen Ansätze der Bewohner in Arkadien miterleben, dann findet nicht nur eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Genossenschaftsbewegung statt, die in der Bundesrepublik aufgrund der Machenschaften von «Konzerngenossenschaften» in Verrut geraten ist. Die Diskussion der Frauen in Arkadien über zukunftsorientierte Genossenschaftsbereiche, in Verbindung mit dem Schutz von kultureller und sozialer Identität, eröffnet die Chance, die anderen Menschen und ihre gesellschaftlichen Eigenstimmigkeiten nicht nach unseren

Education permanente



SVEB
FSEA
SFAE

Schweiz. Zeitschrift für Erwachsenenbildung
Revue suisse pour l'éducation des adultes

91/2

Denkschablonen zu beurteilen, sondern gerade im Gegensatz dazu die Vielfalt und den kulturellen Reichtum des Lebens zu erkennen und anzuerkennen⁶⁾.

Dass wir gerade in der Bundesrepublik Deutschland interkulturelle Begegnungen innerhalb des eigenen Landes initiieren müssen⁷⁾ und vierzigjährige Sozialisationsgepäck nicht leugnen dürfen, belegen zahlreiche Kooperationsveranstaltungen zwischen VHS in Ost und West. Wenn über europäische Dimensionen in der Erwachsenenbildung gesprochen wird, dann wird meist an das «Ausland» gedacht und vergessen, dass wir mit den Arbeitse migranten seit Jahrzehnten Europa im eigenen Land sind. Diese Chancen zum interkulturellen und intergrativen Lernen sind, um es vorsichtig zu formulieren, sicherlich noch nicht ausgeschöpft.

Für die doch zahlreicher werdenden europäischen Erwachsenenbildungsaktivitäten ist das Vorhandensein von Netzwerken von Erwachsenenbildungseinrichtungen wie im Europäischen Büro für Erwachsenenbildung ein wichtige Voraussetzung. Die Tagungen und Seminare geben neben der gemeinsamen Arbeit die Möglichkeit, potentielle Kooperationspartner kennenzulernen. Wünschenswert wäre ein Ausbau dieser Arbeit, dass noch wesentlich mehr «Praktiker» von diesem Angebot profitieren. Zu einer Verstärkung der Netzwerke gehört u.a.

- «eine lebendige Vermittlung dessen, was in diesen Netzwerken geschieht;
- das Sichtbarmachen gemeinsamer Aufgaben;
- ein Durchdenken der Chancen und Grenzen des «Erfahrungsaustausches» (was kann man wirklich austauschen?);
- die Förderung der vergleichenden Erwachsenenbildung als Wissenschaft⁸⁾.

Die Volkshochschulen in der Bundesrepublik sind in der glücklichen Situation, dass der Deutsche VHS-Verband zahlreiche internationale Begegnungen – auch über die europäischen Grenzen hinaus – themen- oder zielgruppenorientiert ermöglichen kann. Aktuellerweise verstärkt der DVV seine Anstrengungen, die Kontakte und Austauschmöglichkeiten mit osteuropäischen Erwachsenenbildungseinrichtungen auszubauen. Dass auch hier bereits unterschiedliche Kooperationsebenen existieren, stimmt für die Zukunft optimistisch.

Klaus Meisel.

geboren 1953. Lehrer und Diplom-Pädagoge, seit 1986 Leiter des Fachbereiches Berufliche Weiterbildung an der Pädagogischen Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, Leitender Redakteur des VHS Kurs- und Lehrgangsdienstes, seit 1989 Stellvertretender Direktor der Pädagogischen Arbeitsstelle/DVV, in Frankfurt a.M.

Anmerkungen:

- 1) vgl.: J. Wittpoth: Weiterbildung für die europäische Integration, in: VHS im Westen 4/89, S. 184 f
- 2) vgl.: K. Meisel: Ökonomischer Primat für Weiterbildung, in: VHS im Westen 1/89, S. 4 ff
- 3) vgl.: z.B. K. Meisel, G. Neumann: Berufliche Weiterbildung – Mittelpunkt der EG-Bildungspolitik, in: Das Forum 2/1990, S. 29; S. Fuchs: EG-Sprachensekretarin – eine Fortbildung der Bremer VHS für Berufsrukehrerinnen, in: VHS Kurs- und Lehrgangsdienst, 33. Lieferung 1991
- 4) vgl.: W. Petzold: Beruf und Sprache – Betriebspraktikum und Sprachunterricht im Ausland, in: VHS Kurs- und Lehrgangsdienst, 33. Lieferung 1991
- 5) vgl. z.B.: P. Franks: Bremen besucht Birmingham: Sprachliche und politische Bildung in Bildungsurlauben, in: VHS Kurs- und Lehrgangsdienst, 33. Lieferung 1991

- 6) vgl.: E. J. Scheiner: Interkulturelles Lernen und Städtepartnerschaft, in: VHS Kurs- und Lehrgangsdienst, 33. Lieferung 1991
- 7) A. Raasch: Neunhundertdreundneunzig und der Sprachenunterricht in der Erwachsenenbildung, in: Zielsprache Französisch, 21/1989, S. 152 ff
- 8) Zitiert aus einem Thesenpapier der Pädagogischen Arbeitsstelle/DVV: K. Meisel, B. Nakipoglu-Schimang: Interkulturelle Bildung in einer multikulturellen Gesellschaft, Frankfurt/M. 1989
- 9) vgl.: R. Meimoerg, K.H. Schaer: Tour-Natur in der Eurogio, in: VHS Kurs- und Lehrgangsdienst, 33. Lieferung 1991
- 10) vgl.: I. Bergmiller, W. Braun: Interkulturelle Begegnungen in Europa, in: VHS Kurs- und Lehrgangsdienst, 33. Lieferung 1991
- 11) H. Tietgens: Erwachsenenpädagogische Überlegungen zur Wiederbegegnung, in: G. Strunk: Wiederbegegnung, Herausforderungen an die Politische Bildung, Frankfurt/M. 1990, S. 71 ff
- 12) H. Blaschek: Netzwerke europäischer Weiterbildung, in: Grundlagen der Weiterbildung 6/1990, S. 298 ff

Résumé

Les perspectives d'une «éducation des adultes européennes» vues par une optique allemande.

Différentes images de l'Europe, allant de la «grande entreprise» jusqu'à «l'espace social» se reflètent dans un manque d'accord sur la question de savoir si l'éducation des adultes devrait être en première ligne une qualification professionnelle ou plutôt une préparation à la cohabitation pluriculturelle.

Justement parce que la formation de adultes est parfois trop instrumentalisée pour des buts économiques, les institutions oeuvrant pour l'éducation des adultes ne doivent pas laisser de côté cet aspect dans leurs contributions au travail de coordination des ministres de l'éducation des Communautés Européennes.

Les dirigeants de l'éducation des adultes ont dû développer une «compétence européenne» qui consiste à ne pas se laisser frustrer et intimider par le discours économique des programmes de Bruxelles. Entre-temps, on est pourtant arrivé à combiner, dans le cadre de plusieurs programmes innovateurs, des composantes orientées vers la communauté économique avec des éléments de culture générale, par le biais de l'enseignement des langues étrangères notamment. Quelques «Volkshochschulen» offrent aussi un nouveau type de voyage d'étude destiné à des employés (stages dans les entreprises, petits groupes explorant une ville jumelle, etc). On vise la compréhension des valeurs d'une autre culture, ce qui peut aussi se réaliser par des excursions écologiques.

Les Allemands ont d'ailleurs besoin de rencontres culturelles à l'intérieur du pays aussi, vu les nouveaux «Länder» et les travailleurs étrangers.

Les réseaux spécialisés de l'éducation des adultes, comme le Bureau Européen de l'Education Populaire, jouent un rôle important en donnant l'occasion de faire la connaissance d'organisations partenaires potentielles. Il y faudrait encore plus de praticiens.

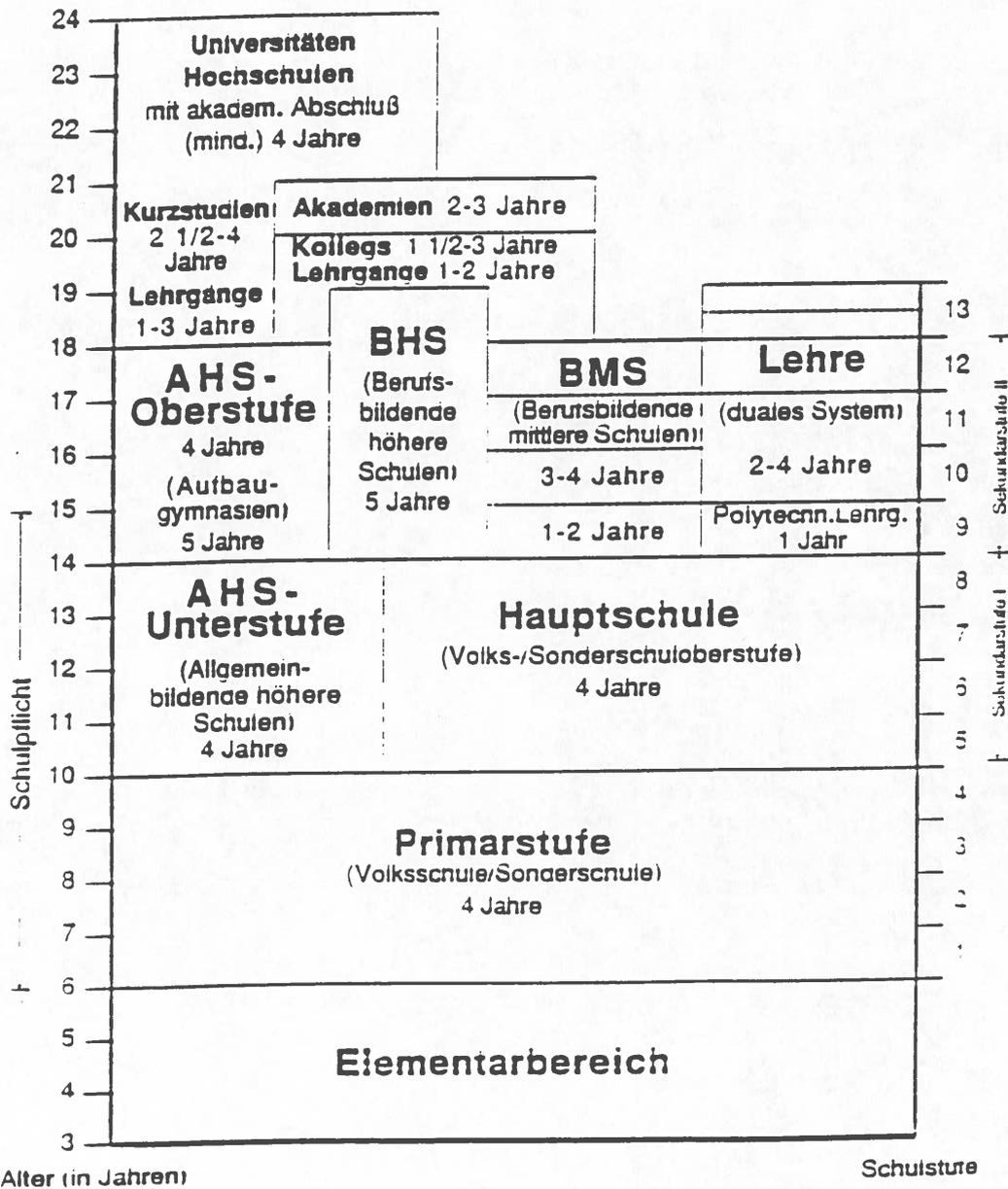
Les Allemands ont la chance de disposer de moyens de réaliser maintes rencontres internationales. Actuellement, ils renforcent leurs relations avec les organisations analogues de l'Europe de l'Est.

ÖIBF

INFO 1/91

Bildungssystem in Österreich und der EG

Österreich

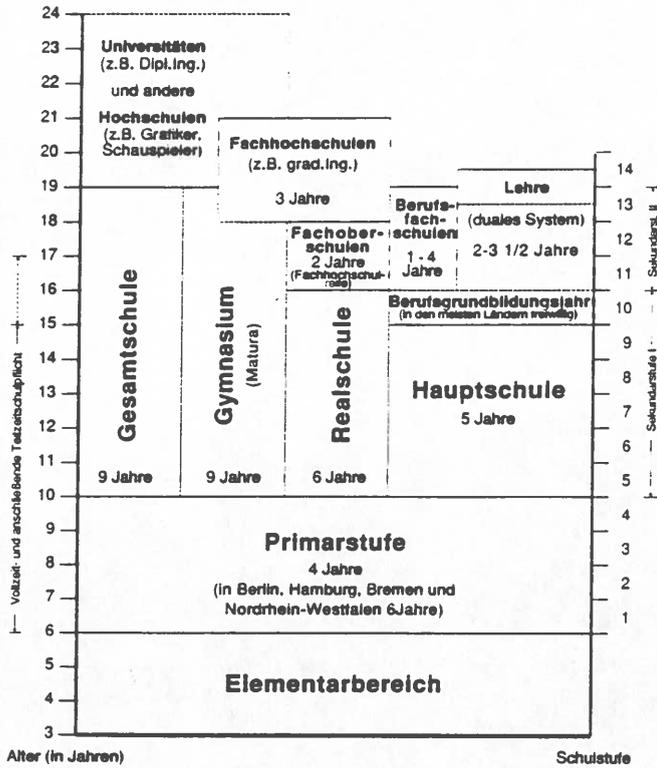


Quelle: CEDEFOP, ÖIBF

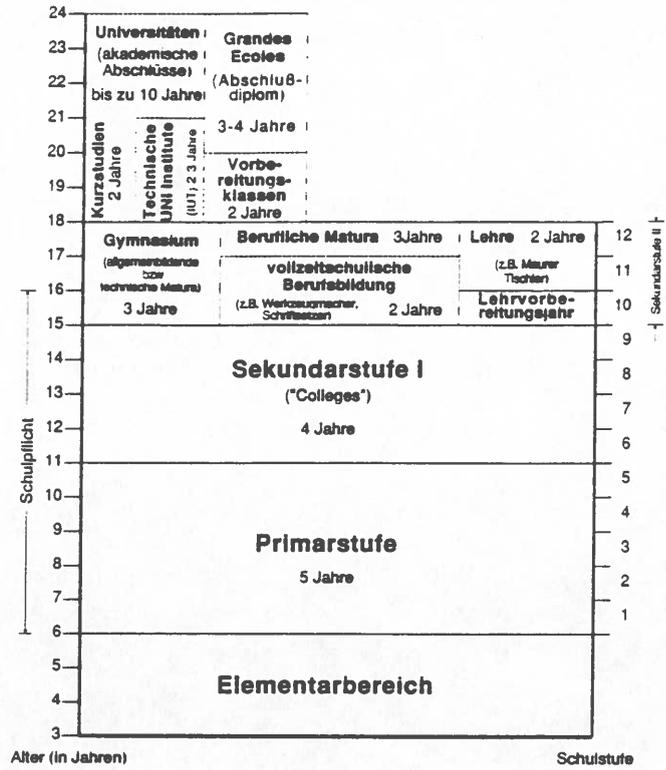
Gratik: ÖIBF

Anmerkung: Die Grafiken stellen den Aufbau des jeweiligen Bildungssystems dar, lassen aber keine quantitativen Aussagen über die Verteilung der Schulerzahlen zu.

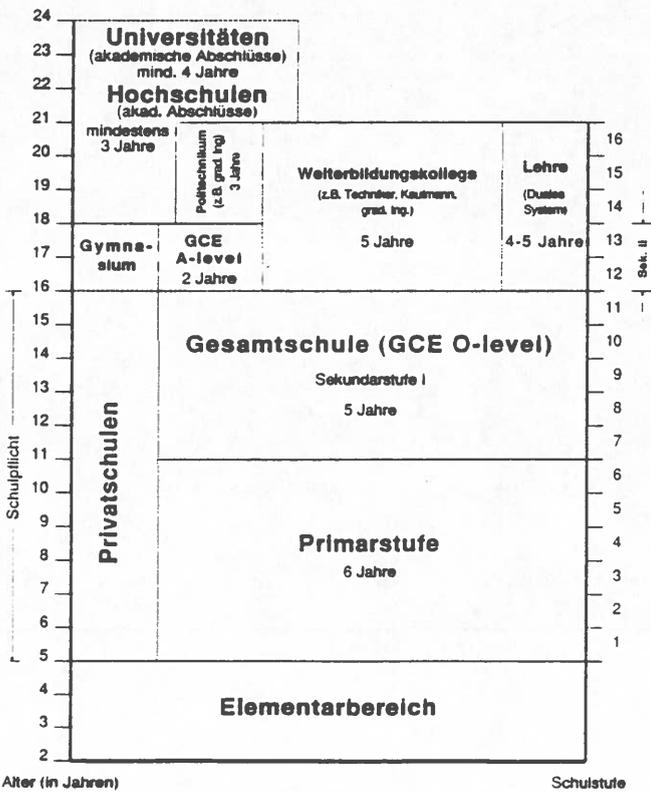
Bundesrepublik Deutschland



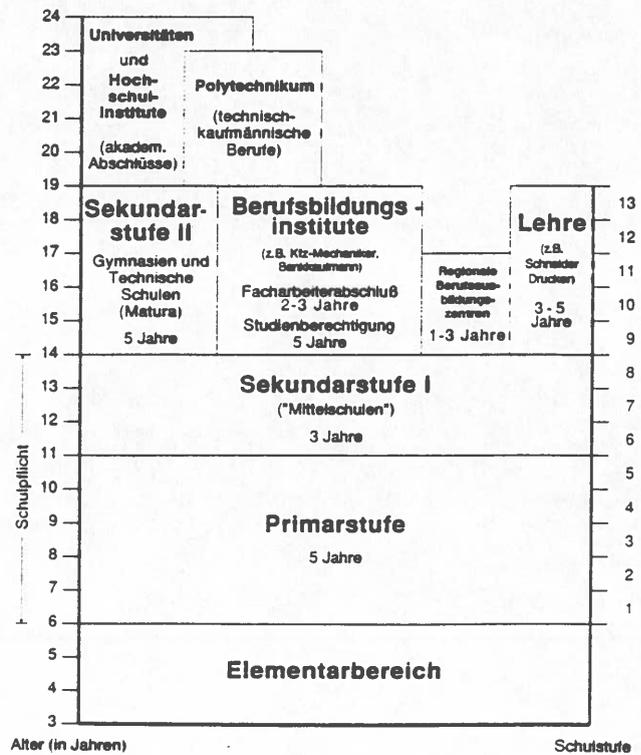
Frankreich



Großbritannien



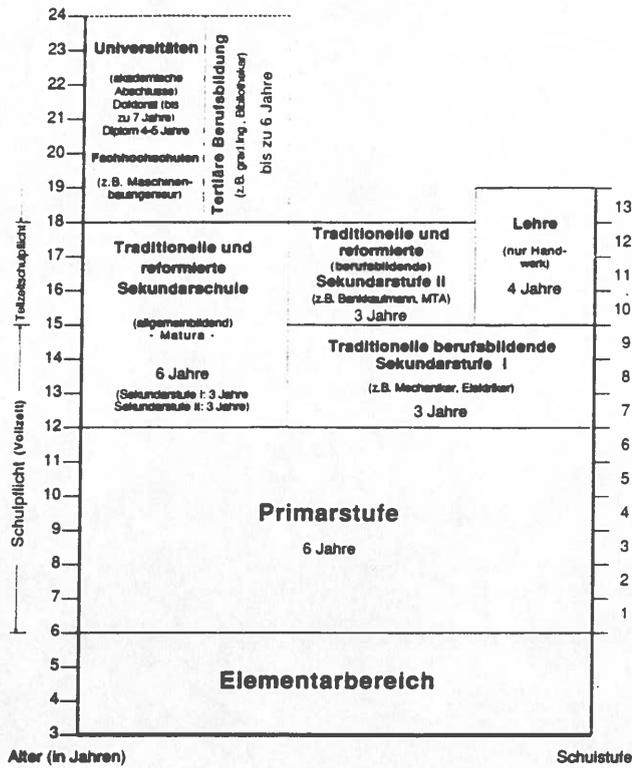
Italien



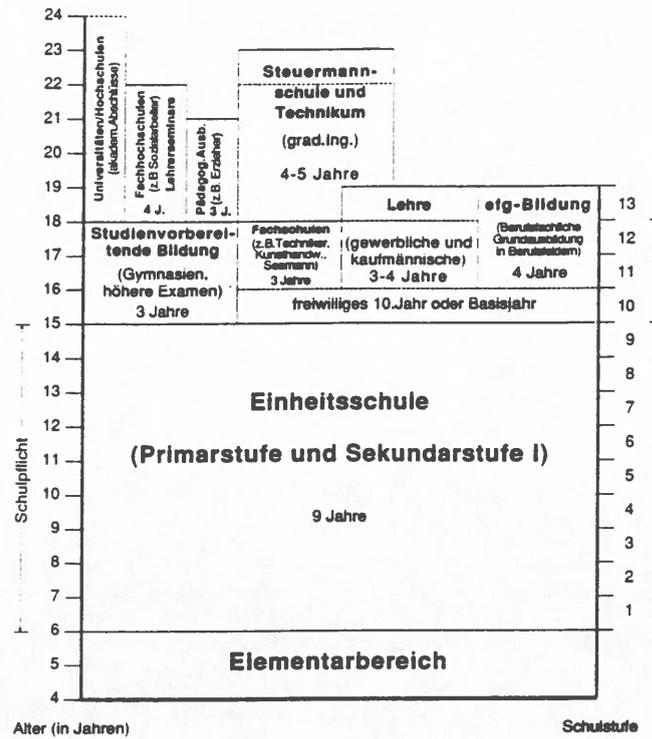
Quelle: CEDEFOP, ÖIBF

Grafik: ÖIBF

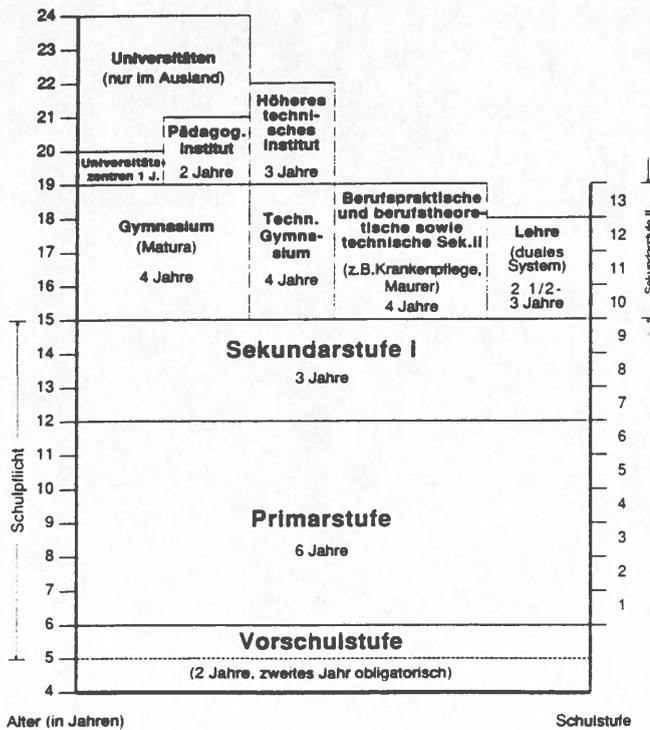
Belgien



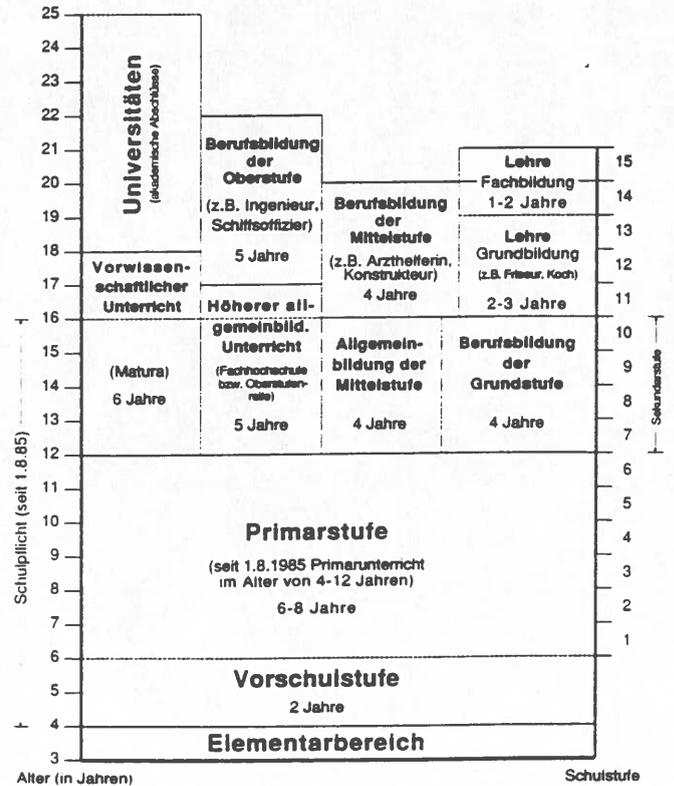
Dänemark



Luxemburg



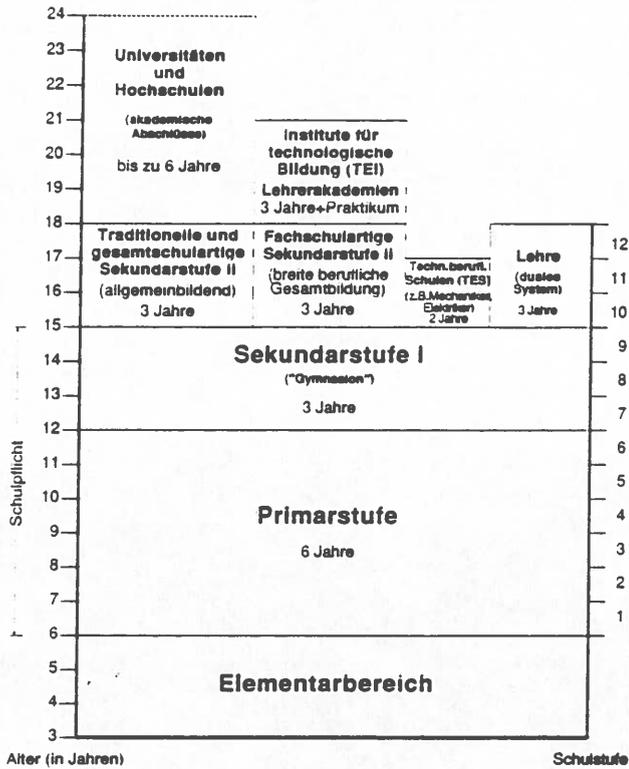
Niederlande



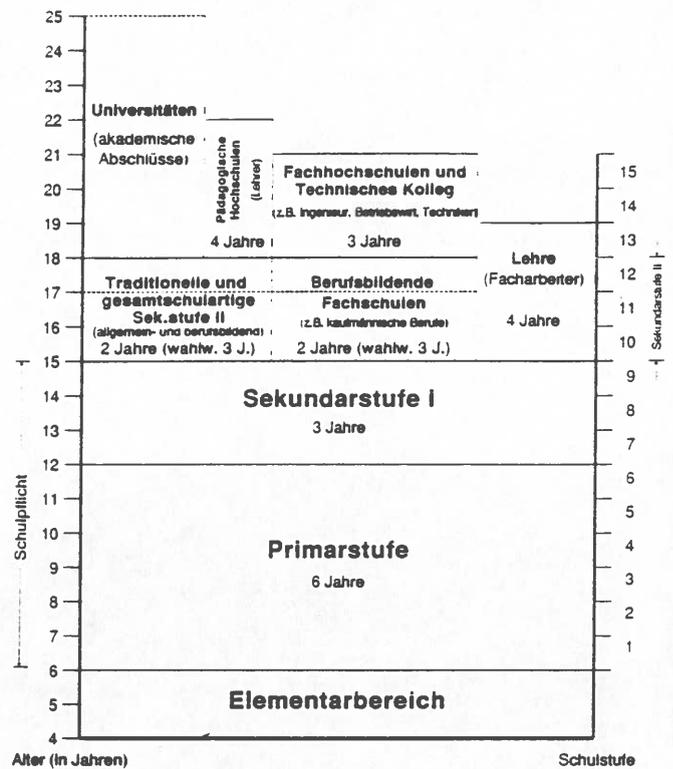
Quelle: CEDEFOP, ÖIBF

Grafik: ÖIBF

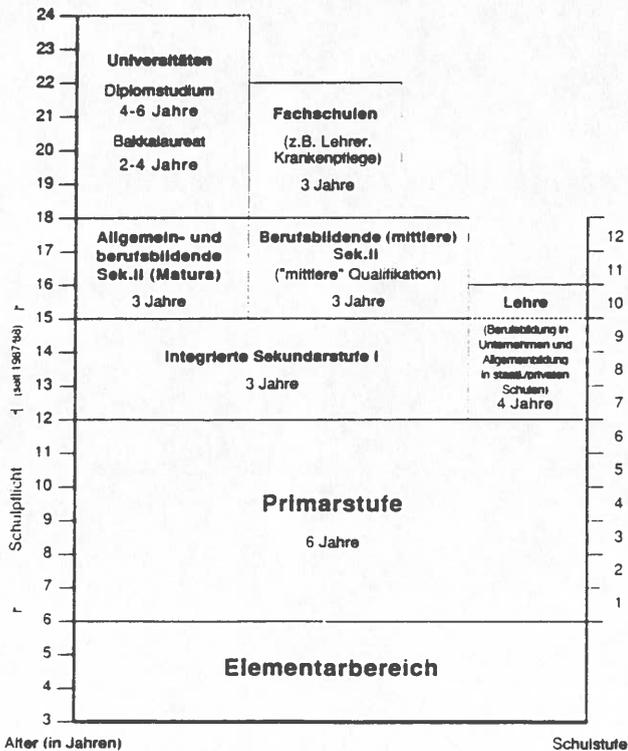
Griechenland



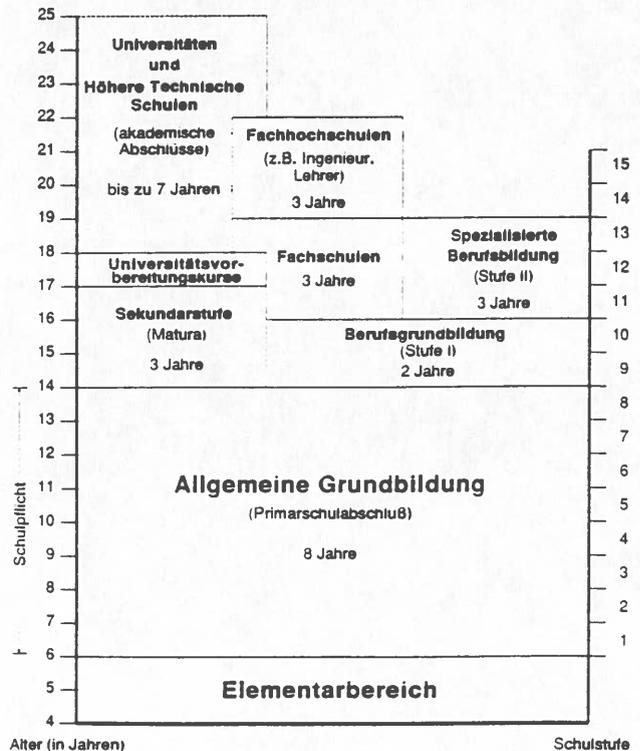
Irland



Portugal



Spanien



Quelle: CEDEFOP, ÖIBF

Grafik: ÖIBF

Europäischer Binnenmarkt

Plus . . . Unterschiedliche Systeme in der europäischen Erwachsenenbildung

von Jakob Horn

Die Entwicklungen und Schwerpunktsetzungen in den einzelnen europäischen Ländern sind entsprechend ihrer Bildungsstratgien und ihrer Geschichte so unterschiedlich, daß nur wenige gemeinsame Nenner herausgearbeitet werden können, die Vielfalt bleibt. Aber gerade diese Vielfalt mag eine Herausforderung für die Erwachsenenbildung der künftigen Jahre darstellen. Jakob Horn ist Leiter der Fachstelle für Internationale Zusammenarbeit beim Deutschen Volkshochschul-Verband.

Die wirtschaftliche, soziale und politische Diskussion in wohl allen europäischen Ländern wird heute hauptsächlich durch zwei Aspekte gekennzeichnet:

❖ Der 31. Dezember 1992 stellt für die Bürger der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft ein wichtiges Datum für ihre persönlichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gestaltungsmöglichkeiten dar. Im Alter haben wir jedoch alle Schwerfögenkeiten, uns der Bedeutung und der Entwicklung ab 1993 in Europa bewußt zu sein.

❖ Die politische Umgestaltung und Öffnung der ehemals sozialistischen Länder in Ost- und Südosteuropa, insbesondere aber das deutsch-deutsche Verhältnis und ein Neubeginn, stellen ebenfalls eine starke und große Herausforderung an die Erwachsenenbildung dar.

Neue fachliche Akzente setzen

Als verantwortlich für Entscheidungsströme in der Erwachsenenbildung müssen wir für diesen Bereich neue fachliche Akzente setzen, um ein Zusammenleben miteinander und wohl auch nebeneinander zu erleichtern. Es geht ja nicht

nur darum, ein „gemeinsames europäisches Haus“ zu bauen, sondern alle Anzeichen sprechen auch dafür, daß bereits, noch bevor die wirtschaftliche Seite durch Errichtung des Binnenmarktes nach 1992 geschaffen worden ist, auch die politische Union angestrebt wird. Angesichts der Entwicklungen des letzten Jahres ist es wahrscheinlich überholt, von einem künftigen Europa der Zwölff zu sprechen.

Trotz der politischen Vielfalt, der sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede und der historischen Voraussetzungen in der Entwicklung der Erwachsenenbildung in Europa liegt in dieser historischen Situation die Chance, einen neuen und hoffentlich dauerhaften Friedens- und Ausöhnungsprozeß einzuleiten und abzuschließen. Wenn wir gemeinsam aus der Geschichte lernen und auch konkrete Lehren ziehen wollen, so müssen wir auch bei der Gestaltung von Europa nachdrücklich berücksichtigen, daß Erwachsenenbildung nicht nur rein wirtschaftliche Aspekte umfassen darf, sondern daß sie als Adressaten die einzelnen Menschen in ihrer gesamten Lebensgestaltung sehen muß.

Die geschichtliche Entwicklung, die gewachsene Struktur und die Organisation der Erwachsenenbildung in europäischen Ländern ist so vielfältig und unterschiedlich, daß ich wirklich nur einige Besonderheiten an dieser Stelle erwähnen kann. Aus vereinfachenden Gründen möchte ich deshalb folgende Kategorisierung vornehmen:

❖ Ende des letzten Jahrhunderts und Anfang dieses Jahrhunderts sind Volkshochschulen und Heimvolkshochschulen entstanden, die es bis heute noch in den skandinavischen Ländern gibt, in den Niederlanden, in der Bundesrepublik Deutschland (auch die etwa 220 Volkshochschulen auf dem Gebiet der heutigen DDR), in der Schweiz, in Österreich und die Educational Centres in Großbritannien. Die flämischen Volkshochschulen in Belgien lassen sich ebenfalls zu dieser Gruppe rechnen. In England haben sich bis heute die Unversitäten ihrer Aufgaben in der Tradition der Erwachsenenbildung bewahrt. Die Erwachsenenbildungseinrichtungen der religiösen Träger und der Gewerkschaftsträger sollen hier außer Betracht gelassen werden.

❖ Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in den sozialistischen Ländern auf eine Tradition in der Erwachsenenbildung zurückgegriffen, die ihre Ursprünge in dem Bildungsideal von Alexander von Humboldt hat, nämlich auf die Organisations- und gesellschaftlichen Zusammenhänge zur Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse, die wir in der Sowjetunion, in Polen, in Ungarn, in Bulgarien und auch in der DDR heute noch finden. Daneben gab es und gibt es selbstverständlich auch noch andere Einrichtungen in diesen Ländern, die bestimmte Teilbereiche der Weiterbildung – sei es auf betrieblicher oder überbetrieblicher Ebene – wahrgenommen haben und wahrnehmen.

❖ In Spanien, Portugal und Italien läßt sich erst eine Struktur der Weiterbildung in den letzten Jahren beobachten. In Italien und Spanien gibt es immerhin zur Zeit etwa 100 Volkshochschulen, die einem sehr starken regionalen Bezug haben und auch teilweise unter der Verantwortung der regionalen Administration stehen. In Frankreich hat die allgemeine Erwachsenenbildung immer sehr stark kulturelle Aspekte ausgewiesen (Peuple et culture), während die berufliche Weiterbildung unter staatlicher Verantwortung bzw. unter der Verantwortung der Industrie- und Handelskammern durchgeführt wird. Im östlichen Teil Frankreichs gibt es ca. 40 Volkshochschulähnliche Einrichtungen.

Gemeinsame Herausforderungen

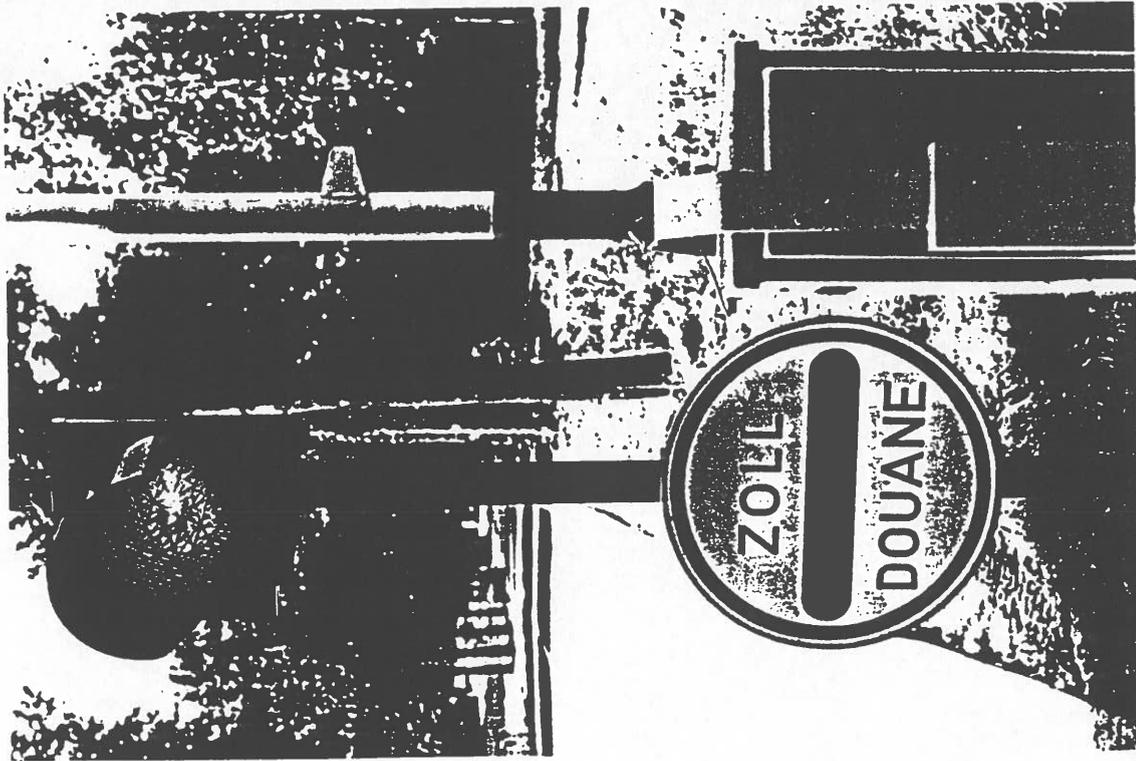
Neben der Vielfalt von Einrichtungen der Erwachsenenbildung im europäischen Vergleich scheint sich aber doch ein Typus Volkshochschule zu behaupten und herauszukristallisieren: Die Volkshochschule als soziales und kulturelles Begegnungszentrum, in dem aber auch Kenntnisse und Qualifikationen für eine sich rasch verändernde technologische Welt erworben werden können. Die Bedeutung der fremdsprachlichen Kompetenz spielt überall eine große Rolle und wird sie im künftigen Europa noch stärker spielen.

Trotz der unterschiedlichen Entwicklungen, des unterschiedlichen institutionellen Rahmens und der unterschiedlichen Schwerpunktsetzung der

jeweiligen Träger der Erwachsenenbildung in Europa kann man heute gemeinsame Herausforderungen an die Erwachsenenbildung ausmachen. Die sich ständig verändernde Arbeitswelt hat einen besonders hohen Anteil an jugendlichen Arbeitslosen hervorgerufen, deren Qualifikation in der Weiterbildung verbessert werden muß. Dasselbe gilt selbstverständlich auch für langzeitarbeitslose Mitbürger.

In den Industrieländern und in Europa sehen wir uns einer wachsenden Zahl von multersprachlichen funktionalen Analphabeten gegenüber. Die sozialen und wirtschaftlichen Ursachenkorschnungen müssen gemeinsam ange stellt werden, damit greifbare und adäquate Fachkonzeptionen für die Arbeit in der Erwachsenenbildung entwickelt werden können. Hierbei sei besonders auf die Arbeit unserer englischen Kollegen, die ausgezeichnete Arbeit der Bildungsinstitutionen in der Region Andalusien in Spanien, die Arbeit in den Niederlanden und schließlich auch die Arbeit der Volkshochschulen und des Deutschen Volkshochschulverbandes (DVV) verwiesen. Ein intensiver Erfahrungsaustausch und Konsultationen müssen hier für jeden, der in diesem Bereich ernsthaft arbeitet, nur von Nutzen sein.

Alle Länder in Europa sehen sich aus unterschiedlichen Gründen einer Herausforderung für eine interkulturelle Arbeit mit fremden Kulturen und fremden Völkern gegenüber. Dies ist teilweise hervorgerufen durch Folgen des Kolonialismus etwa wie in Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden, oder durch die Mobilität auf dem Arbeitsmarkt (Gastarbeiter). Dies sind nur einige Bereiche, die nach einer gemeinsamen Lösung verlangen. Aus naheliegenden Gründen können die adäquaten Lösungen weder im bisherigen nationalen Rahmen noch in Europa der Zwölff gesucht und gefunden werden, sondern es bedarf einer gemeinsamen Anstrengung aller europäischen Länder. Hier sehe ich eine der gemeinsamen Aufgaben und den Vorteil einer gemeinsamen Plattform, um über die Grenzen hinweg nach einer Bewertung der ökonomisch verantwortlichen Weiterbildung zu verhan-



gen. Eine Unterwerfung der öffentlich-verantworteten Erwachsenenbildung unter ein nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichtetes Wettbewerbs- und Marktchancen-Prin-

zip würde gerade diejenigen Bevölkerungsgruppen ausschließen, für die die emanzipatorische Erwachsenenbildung immer eingetreten ist und auch heute noch einzutreten hat.

Überregionale Zusammenarbeit

In der ihr zu Eigenheit gewordenen Bescheidenheit der Erwachsenenbildung gibt es allerdings schon gewachsene Strukturen und organisatorische, fachlich gebundene Voraussetzungen für eine überregionale Zusammenarbeit. Die Schrecken und die Folgen des Zweiten Weltkrieges stellten auch für die Erwachsenenbildung eine große Herausforderung dar. Zu Beginn der fünfziger Jahre wurde aufgrund der Initiative von Erwachsenenbildnern aus verschiedenen Ländern und verschiedenen Fachgebieten das Europäische Büro für Erwachsenenbildung mit Sitz in Amersfoort/Niederlande gegründet. Dabei konnte an die Bemühungen der internationalen Zusammenarbeit der zwanziger und des Beginns der dreißiger Jahre angeknüpft werden. Das Europäische Büro und seine Aktivitäten reflektieren die Tatsache, daß Erwachsenenbildung in Europa durch eine Vielzahl von Institutionen und Organisationen verantwortet und durchgeführt wird. Als Nichtregierungsorganisation haben das Europäische Büro und seine Mitglieder ein flexibles Instrumentarium der internationalen Zusammenarbeit aufgrund von gemeinsamen Problemen in der Erwachsenenbildung entwickelt. Die Zusammenarbeit mit dem Europarat und der Europäischen Gemeinschaft wurde immer angestrebt und ist auch teilweise zum Tragen gekommen. Die Publikationsreihe des Europäischen Büros wird nicht nur in Fachkreisen der Erwachsenenbildung gelesen, sondern auch von den politischen Entscheidungsträgern auf nationaler und europäischer Ebene begrüßt und wohl auch als Quelle der eigenen Entscheidungen benutzt. Die Konferenzthemen der letzten Jahre spiegeln die aktuellen Probleme in der Erwachsenenbildung wider:

- Gesetzgebung für die Erwachsenenbildung
- Gesundheitsbildung
- Ausbildung und Weiterbildung der Erwachsenenbildner
- Analphabetismus in Europa und Alphabetisierungsprogramme
- Frauen und Erwachsenenbildung (hier läßt sich fahren ein kleines Forschungsprogramm, an dem auch der DVV aktiv beteiligt ist)

- Erwachsenenbildung und Medien
- Bildungsurlaub und Anforderungen an die Erwachsenenbildung
- Erwachsenenbildung in einer multietnischen Gesellschaft.

Der DVV als Dachverband der Landesverbände der Volkshochschulen hat von Anfang an versucht, eine aktive Rolle im Europäischen Büro zu spielen. Zur Zeit gibt es dort ca. 180 Mitgliedsinstitutionen und Organisationen von Finnland über Schweden, Norwegen, Polen, Österreich, Schweiz bis Israel. Damit wird noch einmal deutlich unterstrichen, daß die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene in der Erwachsenenbildung nicht nur auf das Europa der zwölf beschränkt ist. Das Europäische Büro ist die regionale Suborganisation des Internationalen Rates für Erwachsenenbildung mit Sitz in Toronto/Canada, dessen Gründungsmitglied 1972 der DVV ebenfalls war, und der zur Zeit in seiner Zusammenarbeit insbesondere mit den anderen subregionalen Organisationen wie der African Association for Literacy and Adult Education, dem Consejo de Educación de Adultos de América Latina, dem Caribbean Council for Adult Education und dem Asian South Pacific Bureau of Adult Education wohl einen wichtigen Arbeitspartner für diese Organisation darstellt.

Damit ist auch das internationale Netzwerk angedeutet, in dem sich die fachliche Zusammenarbeit abspielt. Der DVV hat allerdings immer Wert darauf gelegt, neben der praktischen Zusammenarbeit mit diesen regionalen Organisationen auch bilaterale und themenorientierte Zusammenarbeit zu suchen. Aus fachlichen Gründen war dies naheliegend und hat sich in dieser Form auch bewährt. Hingewiesen sei dabei auf die traditionell enge Zusammenarbeit mit der Erwachsenenbildung zum Beispiel in Großbritannien, den USA, der Sowjetunion, in Ungarn und Polen, selbstverständlich auch mit der Schweiz und Österreich.

Es soll hier nicht verschwiegen werden, daß das Europäische Büro für Erwachsenenbildung mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die teilweise darin begründet sind, daß entsprechend den nationalen Budgetvorschriften

der Förderung eines multinationalen Büros als Nichtregierungsorganisation enge Grenzen gesetzt sind. Hier wäre die Kommission der Europäischen Gemeinschaft gut beraten, ein bereits entwickeltes und funktionierendes System der internationalen fachbezogenen Zusammenarbeit finanziell zu unterstützen, denn dies wäre auf jeden Fall kostengünstiger und vom fachlichen Ergebnis her effizienter, als eine eigene »Bürokratie« in Brüssel oder von Brüssel aus aufzubauen und dann Jahre auf Ergebnisse zu warten. Die Aktivitäten der Mitgliedsorganisationen des Europäischen Büros waren in den letzten Jahrzehnten vor allem auf die aktuellen Probleme der Erwachsenenbildung ausgerichtet. Dies hängt zweifellos mit der engen Verzahnung der Arbeit der Mitglieder mit den jeweils in Betracht kommenden Zielgruppen zusammen. Auch im Hinblick auf ein noch eng konzipiertes Europa in Form eines freien Wirtschaftsraumes nach 1992 werden wir noch alle dazulernen müssen, in einer multitechnischen und multikulturellen Gesellschaft zu leben, wobei der Respekt vor der Eigenständigkeit der einzelnen Kulturen und der Respekt vor der geschichtlichen Entwicklung beachtet werden muß.

Funktionierende Mechanismen

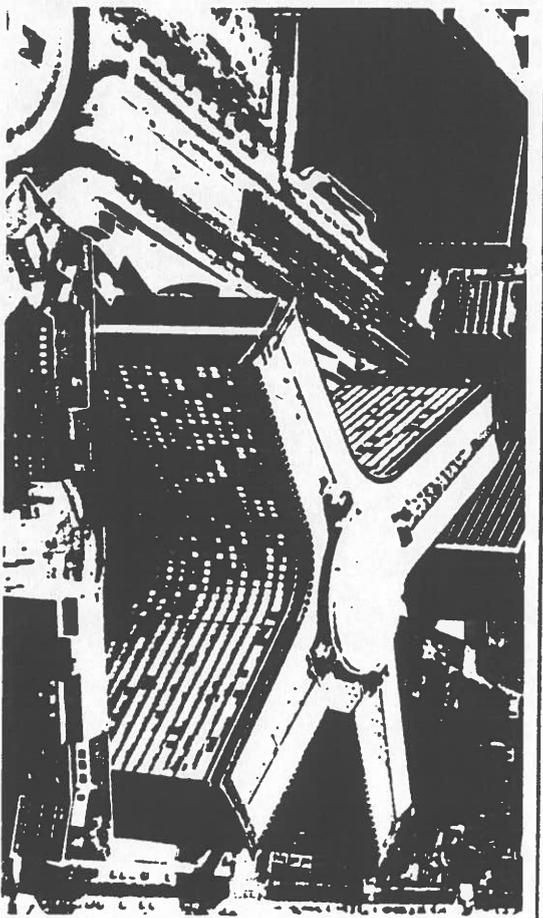
Für die Volkshochschulen, ihre Landesverbände und für den DVV müssen praktische Programme der europäischen Zusammenarbeit und des europäischen Austausches nicht immer kostenexplosiv sein. Hier können bereits funktionierende Mechanismen miteinbezogen werden. Ich nenne zum Beispiel nur den Partnerschaftsaustausch zwischen Gemeinden und Städten, der oft nur auf die funktionsreicher der jeweiligen Kommunalverwaltungen beschränkt ist. Die fremdsprachliche Kompetenz sollte vorhanden sein. Profitieren von dem Ausbau eines solchen Systems können nicht nur Institutionen, sondern insbesondere auch Kurssteilnehmer, die sich in ihrem praktischen Leben tatsächlich auf ein »gemeinsames europäisches Haus« vorbereiten müssen, und dies kann ja wohl von den Politikern auch nur gewünscht werden. Warum sollte eine Fremdsprachensekretärin die sprachliche

Qualifikation und schließlich auch die Prüfung nicht in dem Land der Herkunft der Sprache erlernen und ablegen? Dies ist kein Zukunftsraum von mir, sondern solche Programme hat es bereits zwischen Volkshochschulen gegeben und sind auch vom DVV in bescheidenem Umfang finanziell gefördert worden. Es genügt ja nicht nur, daß man politisch die Grenzen niederrißt oder durchlässig macht, sondern der Bürger muß auch motiviert sein, davon Gebrauch zu machen.

Repräsentanz in Brüssel

Wir wissen alle, daß unser künftiges Alltags- und Berufsleben von den wirtschaftlichen Voraussetzungen bestimmt oder abhängig wird. Die Weichen für diese wirtschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen werden heute in Brüssel für die künftigen Jahre gestellt. Es ist daher wohl begründet, die Überlegung anzustellen, ob die deutschen Volkshochschulen, die Landesverbände und der DVV sich den »Luxus« leisten, in Brüssel präsent zu sein. Als internationaler »Überzeugungsträger« in der Erwachsenenbildung spreche ich hierbei nicht für eine zusätzliche Repräsentanz, nachdem der DVV schon viele in Afrika, Asien und Lateinamerika hat und demnächst wahrscheinlich auch in Polen und Ungarn, sondern ich spreche dafür aus der Einsicht, daß dies letztlich nur von Nutzen für die Arbeit der Volkshochschulen und ihrer Zielgruppen sein kann. Von Brüssel und durch Brüssel werden verschiedene Programme der Weiterbildung unter dem Aspekt der Wirtschaftsförderung mit viel Geld initiiert und durchgeführt. Bei näherem Hinsehen ist man schon erstaunt, was alles unter Wirtschaftsförderung verstanden wird. Wir sind nicht weit davon entfernt, daß von Brüssel aus auch große Kulturfestivals als Förderung der Wirtschaft angesehen werden.

Aus dem Sozialstrukturfonds werden Programme für die berufliche Qualifizierung gefördert, und einige Volkshochschulen haben bisher auch an solchen Programmen partizipiert. Doch ohne zuverlässige und fachlich fundierte Information aus Brüssel wird es immer nur ein kleiner und handverlesener Kreis sein, der solche Möglich-



Zentralverwaltung der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel

keiten nutzt. Eine Repräsentanz der Volkshochschulen, der Landesverbände und des DVV in Brüssel könnte hier den Informationsfluß verkürzen und fachlich gezielte Hinweise geben. Selbstverständlich weiß ich, daß so etwas Geld kostet, jedoch dürfte sich dies bald wieder in beachtlichen Rückflüssen bezahlt machen.

Der europäische Binnenmarkt ab dem Jahre 1993 wird überlagert von grundlegenden gesamten europäischen Veränderungen, in die auch die Staaten miteinbezogen werden, die bisher noch nicht Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft sind. Da wir in der Erwachsenenbildung nicht an enge politische Vorgaben gebunden sind, können wir unsere Partnerorganisationen in unserer gesamten europäischen Arbeit bereits jetzt in unsere gesamteuropäische Arbeit bereits jetzt miteinbeziehen. Wir haben dies allerdings auch in der Vergangenheit getan.

Aufgrund der Themenstellung zur Mitgliederversammlung des Bayerischen Volkshochschulverbandes habe ich mich in meinen kurzen Ausführungen selbstverständlich auf die internationale Zusammenarbeit im europäischen Kontext beschränkt. Ich fühle mich jedoch verpflichtet,

auch noch auf andere Zusammenhänge und Sachverhalte in der internationalen Zusammenarbeit in der Erwachsenenbildung hinzuweisen. Es scheint so, als ob die Probleme in unserer Welt und insbesondere die Probleme in den Entwicklungsländern, in denen die Mehrheit der Menschheit lebt, überlagert werden von dem rasanten Umgestaltungsprozeß, der bei uns in Europa und zwischen den beiden weltbeherrschenden Machtblöcken stattfindet. Es wäre kurzzeitig und politisch nicht verantwortlich, die notwendige Solidarität mit den Entwicklungsländern aufgrund der Vorgänge bei uns weniger zu beachten. Ein gemeinsames und wirtschaftlich starkes Europa muß auch einen Solidaritätsbeitrag für die ärmeren Regionen in unserer Welt leisten. Der soziale Ausgleich und die partnerschaftliche Zusammenarbeit sind die besten Garantien für einen dauerhaften und besseren Frieden in unserer Welt, und auch die besten Garantien für ein freibürgerliches und gemeinsames Europa. Konfliktstoff gibt es genug, die Erwachsenenbildung soll ihren Teil dazu beitragen, diese Konfliktsstoffe zu entschärfen und einen Ausgleich in der Menschheit und zwischen den Menschen zu schaffen.

Europäischer Binnenmarkt und sprachliche Weiterbildung

von Tony Fitzpatrick

Dieser Beitrag soll dazu dienen, einen Überblick über die geplanten Maßnahmen des LINGUA-Programms zu geben und deren Relevanz für die Weiterbildung in der Bundesrepublik einzuschätzen. Ferner wird der Versuch unternommen, auch diejenigen Gebiete zu umreißen, die dem Verfasser im Bereich der Fremdsprachenvermittlung an Erwerbsene im Hinblick auf ein vereintes Europa wichtig erscheinen. Tony Fitzpatrick ist Mitarbeiter der Pädagogischen Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes und Sekretär der Internationalen Zertifikatskonferenz.

Der Rat der Europäischen Gemeinschaft hat am 22. Mai 1989 ein Aktionsprogramm zur Förderung der Fremdsprachenkenntnisse in der EG beschlossen. Es trat am 1. Januar 1990 für zunächst fünf Jahre in Kraft und ist mit 200 Millionen ECU ausgestattet. Das Jahr 1990 ist für die Vorbereitung von Richtlinien für die Vergabe von Projektmitteln vorgesehen. Dies bedeutet, daß 1990 praktisch noch keine Maßnahmen stattfinden können.

Das LINGUA-Programm der EG

Ziel des Programms ist eine quantitative und qualitative Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse zwecks Förderung der Kommunikationstüchtigkeit innerhalb der Gemeinschaft, ... damit die Bürger der Gemeinschaft sich untereinander verständigen können und Sprachschwierigkeiten überwunden werden, die den freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr beeinträchtigen.¹

Die Maßnahmen des Programms sollen vor allem Initiativen unterstützen, die die einzelnen Mitgliedsländer im Rahmen ihrer eigenen Bildungspolitik und gemäß ihrer spezifischen na-

tionalen Strukturen verfolgen. Dabei sollen insbesondere solche Vorhaben gefördert werden, die geeignet sind, Bürgern der Gemeinschaft das Erwerben von praktischen Kenntnissen in den sogenannten »Amtssprachen« der Gemeinschaft – Dänisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Luxemburgisch, Niederländisch, Portugiesisch und Spanisch – zu ermöglichen. Dabei sollen bevorzugt die weniger häufig unterrichteten und weniger verbreiteten Sprachen gefördert werden. Schwerpunkte des Programms sind die Erstausbildung und Fortbildung der Fremdsprachenlehrer sowie die Erhöhung der Mobilität von Auszubildenden und Studierenden.

Die einzelnen Maßnahmen

Fortbildung von Fremdsprachenlehrern: Die Aktion sieht Maßnahmen vor, die der Förderung der Weiterbildung von Fremdsprachenlehrkräften dienen. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, durch Fortbildungskurse im Lande der Zielsprache ihre sprachlichen und kulturellen Kenntnisse zu vertiefen. Finanziell unterstützt werden außerdem Aktivitäten zur Vorbereitung einer derartigen Fortbildung. Staatliche und staatlich anerkannte Einrichtungen, deren Lehrkräfte sich an dieser Fortbildung beteiligen, können über einen Zeitraum von drei Jahren Zuwendungsmitte erhalten. Es sind Stipendien vorgesehen, die es Lehrkräften ermöglichen, durchschnittlich einen Monat lang an weiterbildenden Maßnahmen – vorzugsweise im Land der Zielsprache – teilzunehmen. Ferner können Weiterbildungsmaßnahmen für Fremdsprachenlehrer eine Unterstützung erhalten, um – in Ergänzung zu nationalen Maßnahmen – Kooperationsprogramme auf europäischer Ebene zu fördern.

Förderung des Fremdsprachenunterrichts an Hochschulen: Die Aktion dient der Förderung der Fremdsprachenausbildung und der Erstausbildung von Fremdsprachenlehrkräften an den Universitäten. Sie soll das bestehende ERASMUS-Programm ergänzen und in Abstimmung mit ihm sollen Kooperationen zwischen Univer-

sitäten verschiedener Mitgliedsländer, Auslandsstipendien für Studierende sowie Austauschprogramme für Hochschullehrer, Ausbilder und Verwaltungsfachleute im Hochschulbereich (mit)finanziert werden. Solche Maßnahmen zielen darauf ab, sowohl die Mobilität von Studierenden der modernen Fremdsprachen als auch einer zu fördern, die ein anderes Studium mit einer Fremdsprachenausbildung kombinieren.

Förderung von Fremdsprachen im Wirtschafts- und Berufsleben: Vor allem im Hinblick auf die Förderung von Fremdsprachenkenntnissen in kleinen und mittleren Betrieben sollen Bedarfserhebungen sowie die Entwicklung offener Lernsysteme (mit)finanziert werden. Diese Aktion soll auch dazu beitragen, daß das Erlernen von Fremdsprachen zu einem festen Bestandteil der Berufsausbildung wird. Gefördert werden Vorhaben, an denen Einrichtungen aus mindestens zwei Mitgliedsländern beteiligt sind. Weiterhin werden Austauschprogramme unterstützt, die es Vertretern der mittelständischen Industrie und der Berufsverbände ermöglichen, wirtschaftsbezogene Fremdsprachenkenntnisse zu erwerben. Es ist auch vorgesehen, an Fremdsprache Fachsprachlich spezialisierten Instituten, Stipendien für diesen Zweck zu vergeben. Im Rahmen dieser Maßnahmen kommen der Entwicklung und der Erstellung berufsbezogener Lernzielbeschreibungen und Fremdsprachenzertifikaten eine besondere Rolle zu. Wiederum müssen sich Einrichtungen aus mindestens zwei Mitgliedsländern an solchen Vorhaben beteiligen, wenn sie aus Mitteln des LINGUA-Programms mitfinanziert werden sollen.

Förderung des Austausches von in der fachtheoretischen und berufspraktischen Ausbildung stehenden Jugendlichen zum Erlernen von Fremdsprachen: Gefördert werden sollen Austauschprogramme für Jugendliche im Alter zwischen 16 und 25 Jahren, denen die Möglichkeit gegeben wird, mindestens 14 Tage an einer Veranstaltung in einem anderen Mitgliedsland teilzunehmen. In der Bundesrepublik sollen nur Jugendliche berücksichtigt werden, die in einer beruflichen Erstausbildung oder Weiterbildung

sichen. Auch vorbereitende Maßnahmen für solche Austauschprogramme werden im Rahmen dieser Aktion finanziert.

Ergänzende Maßnahmen: In Brüssel wird ein LINGUA-Büro eingerichtet, dessen Hauptaufgabe darin bestehen soll, die Kommunikations- und den Informationsaustausch unter den Einrichtungen und Verbänden zu fördern, die sich am LINGUA-Programm beteiligen. Es soll ein europaweites Netz zur Förderung des Fremdsprachenunterrichts aufgebaut und die Ergebnisse der verschiedenen Vorhaben dokumentiert und publiziert werden. Darüber hinaus sollen die Einzelmaßnahmen unterstützt und ausgebaut werden.

Stellenwert des Programms

Mit seiner finanziellen Ausstattung ist das LINGUA-Programm eine der bedeutendsten Maßnahmen des Rats der Europäischen Gemeinschaft. Nicht zu übersehen ist jedoch, daß das Programm aus einem klassischen Kompromiß zwischen der Zureichendigkeit der Europäischen Gemeinschaft im Hinblick auf die wirtschaftliche Einigung Europas einerseits, und der Respektierung der Kulturhoheit der einzelnen Mitgliedstaaten andererseits hervorgegangen ist. Es fehlt ihm daher fast völlig an programmatischer Aussagekraft in bezug auf didaktische und methodologische Lösungen und läßt so viel Interpretationsspielraum, daß es Anlaß zu der Behauptung gibt, daß eine effektive europaweite Kooperation äußerst schwierig, wenn nicht unmöglich wird.

Für die Weiterbildung in der Bundesrepublik gilt es, gerade diesen Interpretationsspielraum voll auszunutzen. Bei der Fortbildung von Fremdsprachenlehrern zum Beispiel sollte man darauf Sorge tragen, daß die freiberuflichen Kursleiter von den geplanten Fortbildungsmaßnahmen auch Gebrauch machen. Dies würde zu einer allgemeinen qualitativen Verbesserung des Unterrichts führen, die allen Teilnehmern an VHS-Fremdsprachenkursen zugutekommt. Alle anderen Aktionen des LINGUA-Programms sind auf

berufsbezogene Maßnahmen beschränkt (ausgenommen die Förderung des Fremdsprachenunterrichts an Hochschulen). Hierin liegt die Gefahr, daß legitime Interessen wichtiger Zielgruppen der Erwachsenenbildung ausgeklammert werden.

Lingua Franca oder Sprachenvielfalt

Eines der erklärten Ziele des Programms ist es, die Kommunikation zwischen Bürgern der Gemeinschaft zu fördern, indem man die Sprachbarrieren zwischen ihnen ab baut und ihnen die Chance gibt, die kulturelle Vielfalt der einzelnen Mitgliedstaaten zu erkennen und schätzen zu lernen. Es wäre falsch anzunehmen, daß dies durch die Entwicklung einer „lingua franca“ – etwa des Englischen – erreicht werden könnte, obwohl aus anderen Gründen eine solche Entwicklung unausweichlich und zum Teil begrüßenswert ist. Fest steht, daß der Zugang zu kulturellen Phänomenen eines Volkes am besten über die Kenntnis seiner Sprache zu erlangen ist. Dies bedeutet, daß alle Sprachen der Europäischen Gemeinschaft in gleichem Maße unterrichtet werden sollten. Im Rahmen des Bildungssystems der Bundesrepublik Deutschland könnte eine solche Fremdsprachenpolitik offensichtlich nur im Rahmen der Weiterbildung realisiert werden. In der Tat ist festzustellen, daß das größte Angebot an Fremdsprachenunterricht – abgesehen von Englisch und Französisch – im Bereich der Erwachsenenbildung besteht. So bieten zum Beispiel Volkshochschulen doppelt so viel Spanischunterricht an wie Schulen und Universitäten zusammen.

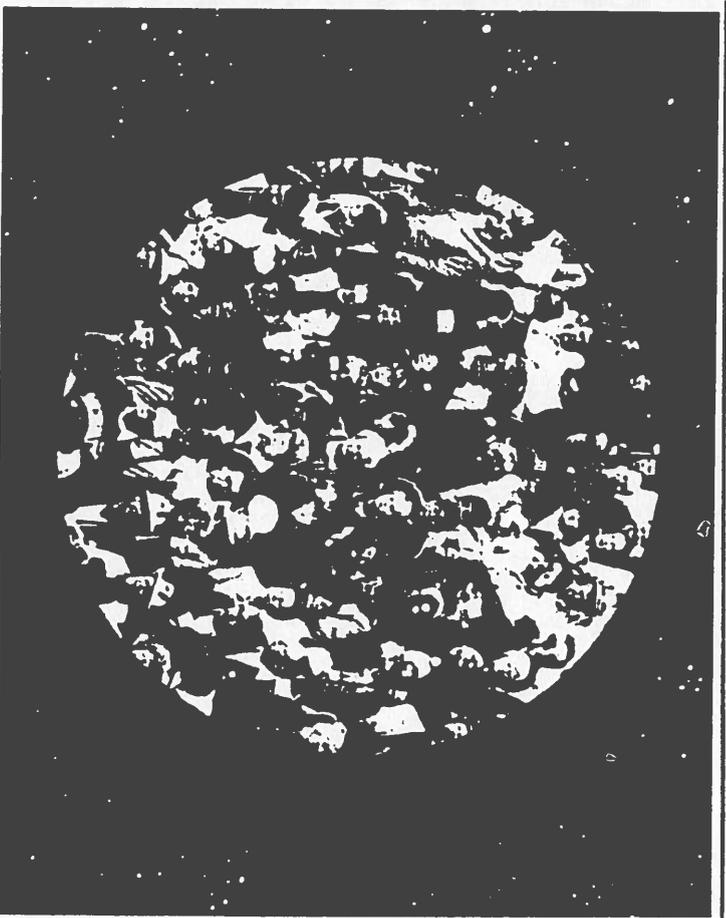
Gewichtung der einzelnen Sprachen

Die *englische Sprache* hat sich bereits als „lingua franca“ innerhalb Europas auf den Gebieten des Tourismus, der Wirtschaft und der Industrie durchgesetzt, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sie in diesen und anderen Bereichen noch an Bedeutung gewinnt. Der Vorschlag einiger Entscheidungsträger im VHS-Bereich, Englisch zugunsten der weniger häufig unterrich-

ten Sprachen nicht mehr anzubieten, ist aus mehreren Gründen abzulehnen. Erstens, weil Englisch zu einer Schlüsselqualifikation in vielen Bereichen der Wirtschaft und Industrie geworden ist. Zweitens, weil dadurch gerade diejenigen, die zu den traditionellen Zielgruppen der Volkshochschulen zählen, nämlich die „Lernungsgewohnten“ und solche, die die reguläre Schulbildung vorzeitig abgebrochen haben, benachteiligt würden. Würde man den Anfangsunterricht in Englisch aus dem Programm streichen, so wäre dies gleichbedeutend damit, daß man diese ohnehin bildungsunterprivilegierten Gruppen der Chance beraubt, den ersten wichtigen Schritt zum Erwerb einer Fremdsprache, der gewöhnlich über das Englische getan wird, zu machen.

Will die Weiterbildung die Möglichkeiten des LINGUA-Programms für die *Förderung der weniger häufig unterrichteten Sprachen* nutzen, so muß überlegt werden, worauf die Hauptakzente zu legen sind. Denkbar sind fünf große Bereiche:

- ❖ **Ausarbeitung und Implementation**, neuer Ansätze im Fremdsprachenbereich, die zu einer besseren interkulturellen Verständigung führen: etwa die Förderung von Austausch- sowie Besuchsprogrammen, Durchführung von „Tandemkursen“. Hierbei sollen sowohl regionale als auch transnationale Kooperationen zwischen Einrichtungen der Erwachsenenbildung angestrebt werden.
- ❖ **Kursleiterfortbildungsveranstaltungen** der Landesverbände der Volkshochschulen: Hier gilt es, die „Bündelung“ der Fortbildungsveranstaltungen für die „kleineren Sprachen“, die ohnehin im Prinzip schon vereinbart ist (z.B. Griechisch in Bayern, Dänisch in Schleswig-Holstein), weiter auszubauen und mit entsprechenden Mitteln zu unterstützen.
- ❖ **Multiplikatoren- und -fortbildung** im Lande der Zielsprachen: In Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern: Hier sollte man an die guten Erfahrungen der ZK-Fortbildungskurse in diesem Bereich (bisher für Englisch, Deutsch als Fremdsprache, Italienisch und Spanisch) anknüpfen.



- ❖ **Erarbeitung von kursbegleitenden Materialien**: Hier gilt es, die Erfahrungen, die bereits mit Materialien für die „großen Sprachen“ gewonnen wurden, zu nutzen, um ähnliche Materialien für die weniger häufig unterrichteten Sprachen zu entwickeln.
- ❖ **Entwicklung von Lernzielbeschreibungen und Zertifikaten** für Griechisch und Portugiesisch, um die Palette der Sprachen im Zertifikatsprogramm mit den noch ausstehenden „Amtssprachen“ der EG zu kompletieren.

Aus der Beschreibung der einzelnen Aktionsprogramme ist zu entnehmen, daß das LINGUA-Programm in erster Linie den *Bereich des berufsorientierten Fremdsprachenunterrichts* zu fördern beabsichtigt. Für die Verantwortlichen im Bereich der Weiterbildung stellt sich daher die Frage, inwieweit man sich der Herausforderung,

die diese Schwerpunktsetzung impliziert, stellen will. Einerseits werden sich viele Erwachsenenbildner gegen eine allzu funktionelle Instrumentalisierung des Fremdsprachenunterrichts wehren in dem Bewußsein, daß für viele Teilnehmer die Entscheidung, eine Fremdsprache zu lernen, oft der erste Schritt in Richtung auf eine längerfristige, systematische Weiterbildung ist. Präloggen und Andragogen werden versuchen, eine allzu funktionale und instrumentelle Orientierung des Fremdsprachenunterrichts mit fachübergreifenden Lernzielen zu kombinieren, um auch allgemeinhilfende Ziele zu berücksichtigen. Andererseits werden einige die Möglichkeit einer Verbindung allgemeinsprachlicher Lerninhalte mit spezifischen berufsorientierten Inhalten sehen, um neue Zielgruppen zu gewinnen. Dabei wird eine der Hauptaufgaben der Erwachsenenbildung realisiert, nämlich Integration von

kurzfristigen, funktionellen Zielen, die von den Teilnehmern artikuliert werden, in einen längerfristigen, fachübergreifenden Rahmen. Ein Engagement auf diesem Gebiet würde sich lohnen, weil hier die Chance gegeben wäre, transparente, objektivierte Lernziele in Anlehnung an die expliziten Lernziele der Broschüren zu den VHS-Zertifikaten zu beschreiben.

Ein solches Vorhaben, nämlich die Entwicklung von berufsbezogenen Lernzielbeschreibungen sowie dazugehöriger Evaluationsinstrumente innerhalb des LINGUA-Programms, könnte zu einer engeren, fruchtbaren Zusammenarbeit der Einrichtungen der Erwachsenenbildung mit den Berufsverbänden führen. Die Erfahrungen, die bereits mit den existierenden berufsorientierten Bausteinen des Zertifikatsystems gemacht wurden, haben gezeigt, daß »berufsorientiert« nicht unweigerlich zu ausschließlich funktionalisierten, fachsprachlichen Lernzielbeschreibungen führen muß. Eine solche Zusammenarbeit im Fremdsprachenbereich würde auch den Kursteilnehmern zugute kommen. In vielen Gegenden ist die Volkshochschule der einzige Ansprechpartner, der in der Lage ist, für kleinere bis mittlere Betriebe ein langfristiges, systematisches, einheitliches Angebot im Fremdsprachenbereich anzubieten.

Einschränkungen des Programmes

Eine reine Fixierung auf das LINGUA-Programm wird den Anforderungen der Weiterbildung im Bereich der Fremdsprachenvermittlung nicht gerecht. Zum einen besteht die zum Teil bedenkliche Einschränkung auf berufsorientierte Maßnahmen, zum anderen der Wunsch der Europäischen Kommission, insbesondere das Lernen der weniger häufig unterrichteten Sprachen der Gemeinschaft zu fördern. Das ist zwar im Prinzip lobenswert, führt aber zu erheblichen Problemen. Viele Leute werden sich wundern, daß zum Beispiel Luxemburgisch, das von rund 400 000 Leuten gesprochen wird, in das Programm aufgenommen wurde, wichtige Regionalsprachen aber, wie Katalanisch mit etwa

sechs Millionen Muttersprachlern, nicht. Bei allem Verständnis für die zum Teil schwierige politische Situation bezüglich der Anerkennung von »Minderheitssprachen« und für eine Konzentration des Programms auf die »Amtssprachen« der Gemeinschaft ist auch zu sagen, daß eine wichtige Chance verpaßt worden ist. In einem europaweiten Programm, das der Verständigung unter den Bürgern der Mitgliedstaaten dienen soll, hätte man der sprachlichen und kulturellen Vielfalt der Gemeinschaft besser Rechnung tragen können, indem man auch eine Förderung der Regionalsprachen ermöglicht hätte. Weil dies im LINGUA-Programm übergangen wurde, müßte die Weiterbildung versuchen, diesen Mangel auszugleichen, indem sie schon bestehende Programme ausbaut.



Des weiteren dürfen die positiven Anstöße des LINGUA-Programms nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch außereuropäische Sprachen (Arabisch, Chinesisch, Japanisch, aber auch Russisch) eine wichtige Rolle in der fremdsprachlichen Weiterbildung spielen, und nicht nur in bezug auf den berufsbezogenen Gebrauch. Man muß sich der Gefahr bewußt sein, daß die ausschließliche Förderung der Amtssprachen der Gemeinschaft zu einem neuen »Euro-Ethnozentrismus« führen könnte, der den ursprünglichen Gedanken der Urheber des Programms zuwiderlaufen würde.

LINGUA

Aktionsprogramm zur Förderung der Fremdsprachenkenntnisse in der Europäischen Gemeinschaft

Das im Jänner dieses Jahres in vollem Umfang angelaufene Programm zur Förderung der Fremdsprachenkenntnisse in der EG (LINGUA) basiert auf einem Beschluß des Rates vom 28. Juli 1989. Es ist ein horizontales Programm, das die Bildungs- und Mobilitätsprogramme der Gemeinschaft unterstützen soll.

Zielsetzung

Das LINGUA-Programm dient vor allem einer quantitativen und qualitativen Förderung der Fremdsprachenkenntnisse und damit der Intensivierung der Kommunikationsfähigkeit und der Solidarität innerhalb der Gemeinschaft.

Zielgruppe

Zuschußberechtigt sind berufspraktische und fachtheoretische Bildungseinrichtungen und deren Schüler, Fremdsprachenlehrer, Universitäten, Hochschulpersonal und Studenten, sowie Unternehmen und Berufsverbände.

Sprachen

LINGUA erfaßt folgende Sprachen: Deutsch, Englisch, Dänisch, Spanisch, Französisch, Griechisch, Irisch, Italienisch, Luxemburgisch, Niederländisch und Portugiesisch.

Insbesondere die Kenntnisse in den weniger verbreiteten und seltener unterrichteten Fremdsprachen sollen gefördert werden.

Maßnahmen

LINGUA umfaßt ein Bündel von Gemeinschaftsaktionen, die die Durchführung einzelstaatlicher Maßnahmen erleichtern sollen, die auf eine Verbesserung der Sprachkenntnisse der Bürger ausgerichtet sind:

- Maßnahmen zur Förderung der Fortbildung von im Beruf stehenden Fremdsprachenlehrern, die es ihnen ermöglichen sollen, ihre beruflichen Fähigkeiten zu verbessern, indem sie vor allem in dem Mitgliedstaat, dessen Sprache sie unterrichten, an Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen oder Berufserfahrung erwerben können.

nen. Zuschüsse werden gewährt zu den Mobilitätskosten von Sprachlehrern für (in der Regel einmonatige) Fortbildungsmaßnahmen in Mitgliedstaaten sowie zu Programmen der Zusammenarbeit zwischen Fortbildungseinrichtungen für Fremdsprachenlehrer. (Aktion I)

- Maßnahmen zur Förderung des Fremdsprachenunterrichts an Hochschulen und zur Verbesserung der Erstausbildung zukünftiger Fremdsprachenlehrer. Diese Aktion stellt eine Ergänzung zum ERASMUS-Programm dar und wird in enger Abstimmung mit diesem durchgeführt. In diesem Rahmen werden Zuschüsse zu interuniversitären Kooperationsprogrammen innerhalb des europäischen Netzes für Hochschulkooperation, Mobilitätsstipendien für Sprachstudenten sowie Mobilitätszuschüsse für den Austausch von Lehr- und Verwaltungspersonal gewährt. (Aktion II)
- Maßnahmen zur Förderung der Kenntnisse von Fremdsprachen, die im Berufsleben und in der Wirtschaft verwendet werden. Das Erlernen von Fremdsprachen als wesentlicher Bestandteil der Berufsausbildung der Arbeitnehmer und der Ausbilder, vor allem in Klein- und Mittelbetrieben, soll verstärkt gefördert werden. Die Gemeinschaft gewährt Zuschüsse für die Ermittlung und Analyse des Fremdsprachenbedarfes der Berufs- und Arbeitnehmerverbände sowie der Unternehmen, für die Entwicklung von Lehrmitteln und Lernsystemen für den Fremdsprachenunterricht sowie für Austausch- und Mobilitätsprogramme von Unternehmen und Berufsverbänden in zumindest zwei Mitgliedstaaten. (Aktion III)
- Maßnahmen des Austauschs von in der Berufsausbildung stehenden Jugendlichen in der Gemeinschaft. Finanzielle Unterstützung wird von der Kommission zur Deckung der Kosten für die Ausarbeitung und Durchführung der Austauschprogramme gewährt. (Aktion IV)
- Ergänzende Maßnahmen, die das Erlernen von Fremdsprachen und den Fremdsprachenunterricht auf Gemeinschaftsebene fördern sollen. (Aktion V)

Finanzrahmen

Für die Durchführung des LINGUA-Programmes sind für den Fünfjahreszeitraum 1990 bis 1994 200 Millionen ECU veranschlagt.

Beteiligung Österreichs

So wünschenswert es wäre, leider ist bis 1993 keine Öffnung des Programmes LINGUA für Österreicher zu erwarten.



IMPRESSUM:

Medieninhaber und Herausgeber:
Ibe - Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft,
A-1050 Wien, Raunergasse 36; Tel.: (0222) 54 16 71-0.
IBE Institut für berufsbezogene Erwachsenenbildung,
A-4020 Linz, Hammeringstraße 4; Tel.: (0732) 564 31 465.
Redaktion: abf-austria, Dr. Klaus Scheider,
A-1045 Wien, Postfach 210; Telefax: (0222) 54 16 71 22.
Hersteller: Offset-Schnelldruck Anton Regelwitz,
A-1080 Wien, Pfarrstengasse 19.

Mitarbeiterfortbildung im europäischen Zusammenhang

– Chancen für neue Sichtweisen –

Elisabeth Fuchs-Brumminghoff und Monika Pirrmann

1. Aktivitäten

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die in den verschiedenen europäischen Mitgliedsstaaten auf den Gebieten Alphabetisierung und Elementarbildung in den letzten Jahren gemacht wurden, ist das zunehmende Interesse an einer Qualifizierung von Mitarbeitern zu betrachten. Man kann feststellen, daß die Qualität der Alphabetisierung (der Bildungsarbeit) von der Qualität der Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter abhängt; es wird immer deutlicher, daß die Anforderungen an die Mitarbeiter, insbesondere bei den im Zielgruppenbereich Tätigen, weit über die rein technische Vermittlung von Wissen hinausgeht und somit Mitarbeiterfortbildung notwendiger wird. Dahinter steht die Erfahrung, daß viele Lernschwierigkeiten der TeilnehmerInnen nicht auf der Ebene der Methodik und Didaktik des Unterrichts angegangen, geschweige denn beseitigt werden können. In vielen Fällen liegen die Ursachen tiefer bzw. die Geschichte der Lernschwierigkeiten ist bereits so lang und leidvoll, daß sie sich selbstständig hat und nicht einfach durch methodische Vielfalt überholt werden kann. Die Fähigkeit der Integration von Beraten und Lehren ist für eine erfolgreiche Arbeit im Zielgruppenbereich erforderlich.

Da die Entwicklung eines Fortbildungskonzeptes für MitarbeiterInnen in der Alphabetisierung und die Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen ein wichtiges Arbeitsgebiet der Projekte „Alphabetisierung“ und „Elementarbildung“ darstellt, sind in diesem Zusammenhang auch die von Mitarbeitern der Pädagogischen Arbeitsstelle durchgeführten Fortbildungsveranstaltungen mit ausländischen Kollegen und Kolleginnen zu betrachten im Rahmen des Projektes „Vermittlung elementarer Qualifikationen und des europäischen Aktionsforschungsprogramms „Prävention von Analphabetismus“ wurde Mitarbeiterfortbildung mit unterschiedlichen Adressatengruppen und unterschiedlichen Zielsetzungen durchgeführt. Bei der ersten Fortbildung auf Schloß Dhaun handelte es sich um eine gemeinsame Veranstaltung für englische und deutsche KursleiterInnen und OrganisatorInnen von Alphabetisierungs- und Elementarbildungsmaßnahmen. Zielsetzung des Seminars war es, die Mitarbeitungsarbeit zu geben, um somit neue Erkenntnisse und Ideen für die eigene Arbeit zu gewinnen. Die Veranstaltung bestand im wesentlichen aus zwei Teilen, d.h. einem mehrtägigen Seminar und vier Besuchen bei Einrichtungen der Erwachsenenbildung, um auch die konkrete Arbeit vor Ort kennenzulernen. Die Veranstaltung in Luxemburg am Institut supérieur d'études et de recherches pédagogiques richtete sich an Lehrer von Komplementärschulen, während das Fortbildungsseminar in Brüssel für Lehramtsstudenten des Primarschulbereichs durchgeführt wurde.

Zielsetzung dieser beiden Fortbildungsveranstaltungen war die Vermittlung der aus der bisherigen Projektarbeit gewonnenen Erkenntnisse im Bereich von Schrift(lern)beratung darzustellen sowie entsprechende Fortbildungsformen und -methoden vorzustellen. Dabei ist vor dem Hintergrund einer weiteren Bearbeitung der Fragestellung „How to change attitudes“ insbesondere das auf dem Prinzip „erken- nen und erleben“ basierende Fortbildungskonzept, das von dem PAS-Projekt entwickelt wurde, von Interesse.

2. Erfahrungen

Das zentrale Moment bei der Durchführung der Seminare lag im Verständigungsprozeß. Dabei ging es nicht nur um den Aspekt Sprache (zwei der Seminare wurden in englischer Sprache durchgeführt), sondern auch um die Verständigung über Gemeinsamkeiten und Unterschiede im kulturellen Bereich, in den Bildungssystemen und den Arbeitsbereichen der beteiligten Personen.

Um eine optimale Verständigung zu erreichen, war es notwendig:

1. eine intensive Klärung der Erwartungen und Voraussetzungen der beteiligten Personen zu Beginn des Seminars vorzunehmen,
2. wechselseitiges Verstehen über die konsequente Rückversicherung zu gewährleisten,
3. unterschiedliche Sichtweisen u.a. durch praktische Übungen offensichtlich zu machen.

3. Konsequenzen

Aus dem Erleben der durchgängigen Bedeutsamkeit des Verständigungsprozesses im gesamten Seminarverlauf folgt auch für die Arbeit hier vor Ort ein bewußterer Umgang mit dem Aspekt Verständnissicherung. Alzu oft neigt man in Seminaren mit Kollegen derselben Muttersprache aus demselben Arbeitsbereich unbewußt dazu, ein gegenseitiges Verstehen und eine gleiche oder ähnliche Sichtweise von Situationen und Zusammenhängen vorauszusetzen. Unterschiede werden erst bei auftretenden Mißverständnissen deutlich.

Bezogen auf die Inhalte der Seminare haben die zum Teil neuen und anderen Fragen der Teilnehmer dazu geführt, daß die Spezika sowohl im Bereich der eigenen Arbeit als auch im Bereich der Erwachsenenbildung allgemein und des jeweiligen Bildungssystems besonders deutlich hervortraten. Die unterschiedlichen, gesellschaftlich bedingten Sichtweisen von Sprache haben z.B. im Vergleich Luxemburg – Deutschland den Blick geschärft für die Einsicht, daß die hohe Rechtschreibnorm in der Bundesrepublik eine ähnliche Funktion erfüllt wie das perfekte Beherrschten des Französischen in Luxemburg, nämlich Selektionsmechanismus für den Zugang zu qualifizierten Berufen zu sein.

Hinsichtlich des personenbezogenen Fortbildungskonzeptes wurden zwei Aspekte deutlich, zum einen, daß die Übernahme dieses Konzeptes trotz nationaler Unterschiede für die Kollegen aus den europäischen Nachbarländern von Interesse ist, und zum anderen, daß die Durchführung solcher Seminare einen hohen Evaluationswert für die Weiterentwicklung des Fortbildungskonzeptes besitzt.

Literaturhinweise

- Informationen, Alphabetisierung und elementare Qualifikationen
Heft 1 1986: Medienkampagne, Jugendliche, Beratung S. 11 (Bericht über Seminar auf Schloß Dhaun)
- Heft 2 1987: Supervision, Fortbildung
- Heft 6 1988: Alphabetisierung International
- Fuchs-Brumminghoff, E.: Personenbezogene Fortbildung für Beratungsaufgaben im Alphabetisierungs-
bereich in: Tiegens, H. u. a.: Forschung und Fortbildung, Konzepte und Berichte der Pädagogischen
Arbeitsstelle, Frankfurt 1987, S. 116-132

Überlegungen zur Kursleiterfortbildung und europäischen Integration

Albert Pflüger

Die VHS bietet mit ihrer prinzipiellen Offenheit für Inhalte, Methoden, unterschiedliche Anspruchsniveaus und vielfältige Angebotsformen gute Voraussetzungen, den Herausforderungen der europäischen Integration zu entsprechen. Bedenkt man, daß organisiertes Lernen zum überwindenden Teil von nebenläufigen Kursisten getriggert wird, so werden die Vorbereitungen der Kursleiter auf diese Herausforderungen und deren Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Rolle in diesem Prozeß entscheidend dafür sein, wie die VHS diese Aufgaben wahrnehmen und generell mit der aus internationalen und interkulturellen Sachverhalten resultierenden Problematik umgehen wird.

Das, was mit der europäischen Koordinierung und Harmonisierung auf die Erwachsenenbildung zukommt, ist, ebenso wie diese Prozesse selbst, nur teilweise vorausselbstbar und unterliegt daher vielfältigen Vermutungen. Auf keinen Fall darf man hoffen, daß der Entwicklung ein vernünftiger Verlauf gleichsam innewohnt. Insofern genügt es nicht, wenn Erwachsenenbildung und Kursleiter sich auf eine lediglich reaktive Rolle einstellen. Wenn wir im folgenden dennoch kaum neue Konzeptionen entwickeln, sondern allenfalls bekannte Aspekte neu aufgreifen und einordnen, so hat das zum einen auch seine Ursache in der bisher in der Erwachsenenbildung nur schwach ausgebildeten theoretischen und praktischen Diskussion von Fragen der europäischen Integration. Es macht zum anderen deutlich, daß wir es hier mit einer neuen Ebene didaktischen Handelns zu tun haben, mit der die Rolle des Erwachsenenpädagogen lediglich eine neue Dimension erhält.

Der Kursleiter begegnet dem Wandel auf europäischer Ebene direkt und indirekt. Neben völlig neuen Themen und Ansätzen z.B. im Sprachunterricht oder in der politischen und beruflichen Bildung wird es vielfach eine Aktualisierung grobstrukturhaltiger bedürfen. Im Zuge der sich steigenden Mobilität und sonstiger grenzüberschreitender Aktivitäten Erwachsener werden sich nicht nur die Teilnehmerstrukturen ändern. Die Teilnehmer werden auch am Arbeitsplatz und im Alltag vielfach mit Ausländern zusammenstößen oder mit wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des europäischen Binnenmarktes konfrontiert sein und die daraus entstehenden Unsicherheiten und Fragestellungen ins Kursgeschehen hineinbringen.

Die Fortbildungsprogramme für Kursleiter müssen sich auf diese Veränderungen einstellen. Nur teilweise kann es sich dabei um reinen Wissensvermittlung handeln – wie etwa bei der auch auf dieser Ebene nicht zu vernachlässigenden Institutionenkunde. Da es im gesamten Zusammenhang jedoch kaum noch um verbrieelte Sicherheiten, sondern um Einsichten, Umgangformen etc. geht, wird Kursleiterfortbildung viel mehr als bisher auf den Dialog und Diskurs im interkulturellen Rahmen angewiesen sein. Was der Kursleiter bei einer Fortbildung im Austausch mit Ausländern über Gruppenprozesse selbst erfährt, wird er leichter auf seine Situation in einer Lerngruppe übertragen können als lediglich Gehörtes. Dabei sind vielfältige Aspekte und Probleme zu beachten, die hier nur angedeutet werden können und generell zu umfassenden Entwicklungs- und Begleitforschungsprogrammen herausfordern.

Status, Struktur, Finanzierung, Arbeitsstellung und Organisation der Erwachsenenbildung sind in den einzelnen europäischen Ländern sehr unterschiedlich und nicht einfach übertragbar. Das gilt auch für den Status der Kursleiter. Insbesondere die zunehmende Zahl der para-professionellen Erwachsenenpädagogen, d.h. jener, die zwar formal nebenberuflich als Kursleiter tätig sind, real aber ihren Lebensunterhalt aus dieser Tätigkeit bestreiten (Kursleiter neuen Typs) ist über die europäischen Grenzen hinweg keineswegs eine homogene Gruppe. Gerade sie scheinen uns aber in Zukunft von großer Bedeutung für europaweite emanzipatorische Erwachsenenbildungsstrategien zu sein, zumindest solange und soweit es wenig länderübergreifliche Kursleiter gibt.

Ein weiteres, didaktisch und methodisch zu berücksichtigendes Problem sind die Unterschiede zwischen den beim Lernen Erwachsener Beteiligten. Es ist bekannt, daß Teilnehmer aufgrund der Rahmenbedingungen ihrer Sozialisation unterschied-

liche Zugänge zum Lernen haben. Das Nebeneinander völlig unterschiedlicher Lerngeschichten oder auch die Rollenverteilung innerhalb der Gruppe können wesentliche Lernbarrieren sein¹⁾. Beim interkulturellen Lernen sind sie nochmals gebrochen durch die unterschiedliche kulturelle Herkunft. Hinzu kommen sozialpsychologische Probleme: Die Wahrnehmung des Fremden beinhaltet immer auch eine Projektion eigener Probleme. Sie wird zunächst einmal – meist unbewußt – für Zwecke der eigenen Selbstbestätigung benutzt, was immer die Gefahr von Vorurteilen und Ausgrenzung in sich trägt. Hier gilt es, die Fähigkeiten der kritischen Selbstwahrnehmung und des genauen Zuhörens zu erweitern und sensibel dafür zu werden, wie das Gegenüber eine Situation oder Information auslegt (Perspektivwechsel). Das bedeutet, vertraute Denkbilder und habitualisierte Sicherheiten zu relativieren. Solche Lernprozesse sind nicht nur für Teilnehmer, sondern auch für Kursleiter oft schmerzhaft und inlogedesser – ist langwierig. Es wird daher wichtig sein, Methoden der Supervision einzusetzen²⁾, andere Lernformen zu entwickeln und wissenschaftlich auszuwerten, die geeignet sind, Hilfen zur positiven Erfahrung eigenen Lernens zu geben.

Man wird auch nicht übersehen dürfen, daß die europäische Integration die Entleerungsgesetze durch die Arbeitsorganisation und sonstigen Probleme unserer Konkurrenzgesellschaft weiter verschärft und die bereits jetzt der Verhaltensänderung in Richtung auf mehr Toleranz und Aushalten von Unsicherheiten im Wege stehen. Dabei spielt eine wesentliche Rolle, daß der Blick auf Europa als Wirtschaftsraum bisher weitgehend verhindert. Europa als Sozialraum wahrzunehmen.

Wenn Erwachsenenbildung diesen Entwicklungen nicht nachhinken will, wird es insbesondere im Bereich der Kursleiterfortbildung eines großen Engagements, umfassender Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und der dazu erforderlichen finanziellen Mittel bedürfen. Man wird dabei auf eine Reihe von Erfahrungen zurückgreifen können, wie sie unter anderem in der Pädagogischen Arbeitsstelle des DVV bei Arbeitskonflikten mit dem Europäischen Büro für Erwachsenenbildung und mit den Entwicklungsarbeiten zur entdeckenden Landeskunde im Sprachunterricht oder im Projekt zum interkulturellen Türkischunterricht zur Zeit mit sogenannten Tandemkursen gesammelt werden, in denen türkische und deutsche Teilnehmer gemeinsam die jeweils andere Sprache lernen. Immer noch aktuell sind auch die Anregungen einer Expertengruppe des Europarates über die Aus- und Weiterbildung von Erwachsenenpädagogen, die bereits 1978 eine enge europäische Kooperation zwischen Einrichtungen und Organisationen auf diesem Gebiet vorgeschlagen hat, weil eine gemeinsame Politik Illusion bleiben muß, solange die betroffenen Einrichtungen und Personen fortfahren, isoliert voneinander ihre eigenen Wege zu gehen³⁾.

Der Erwachsenenpädagoge kann eine wichtige Schlüsselrolle des sozialen Wandels sein, wenn er adäquat auf seine Aufgabe vorbereitet ist. Er kann durch seine tägliche Kursarbeit und interkulturelle Kooperation wesentlich dazu beitragen, daß unter Beteiligung der Bürger gleiche Lebenschancen in ganz Europa verwirklicht wurden. Das erfordert einerseits neue Durchsetzungsstrategien und andererseits Solidarität mit den Benachteiligten in ärmeren europäischen Regionen.

Es sollte freilich nicht aus dem Blickwinkel geraten, daß Europäer bereits viel mehr gemeinsam haben, als man gemeinhin annimmt. Es wäre fatal, wenn sich die europäische Einigung auf Kosten der Solidarität mit den Ländern der sogenannten Dritten Welt vollzöge und die Pflege eurozantischer Denkmuster durch die Erwachsenenbildung die europaweite Fremdenindignität verstärken würden, die sich bereits jetzt vornehmlich gegen Angehörige außereuropäischer Kulturen im eigenen Lande richtet. Ein Kursleiter muß auch sensibel dafür sein, daß die Angst vor der neu entstehenden riesigen westeuropäischen Wirtschaftsmacht und die Befürchtungen, daß möglicherweise den aktuellen Liberalisierungsbewegungen in Osteuropa gerade jetzt die Tür vor der Nase zugeschlagen wird, nicht unbegründet sind.

Anmerkungen

1) vgl. Mary Blanch u. a., Partnerschaftliches Lernen im Fremdsprachenunterricht, Einführung für Kursleiter an Volkshochschulen, Hrsg. Pädagogische Arbeitsstelle des DVV, Frankfurt/M. 1981, S. 10 ff.

2) Albert Pflüger, Training and retraining of adult educators, consolidated report, Ed. Council for Cultural Co-operation, Council of Europe, Strasbourg 1978, p. 57. Der Bericht ist in deutscher Fassung als Arbeitspapier der PAS 75 – 6/78 (Ausbildung und Weiterbildung von Erwachsenenpädagogen in Westeuropa) erschienen.

Wissenschaftliche
Blätter
für
Volksbildung

1/1990

Rechtliche Dimension für das Bildungswesen

von Ingeborg Berggreen

Die in den »Römischen Verträgen« verankerte Idee der »Supranationalität« nimmt wenig Rücksicht auf die in unserem Grundgesetz geschützte Kulturhoheit der Länder. Ihre Auswirkungen auf den Bildungsbereich werden von Dr. Ingeborg Berggreen, Leitende Ministerialrätin beim Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus und zuständig für den Ministerrat sowie für Bundes- und EG-Angelegenheiten, dargelegt.

Der europäische Binnenmarkt wird viele Bereiche unseres Lebens betreffen. Bildung und Kultur werden davon nicht ausgenommen sein. So befaßt sich die Europäische Gemeinschaft immer mehr mit Problemen aus der Bildungs- und Kulturpolitik. Bildungspolitik wird als ein »Herzstück der europäischen Integration« auf dem Wege zu einem »Europa der Bürger« bezeichnet. Unterschiedliche Bildungssysteme und deren Abschlüsse in den einzelnen Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft stellen nach Auffassung vor allem der Kommission eine Schranke für die Mobilität innerhalb Europas dar. Der Abbau aller Schranken ist das Ziel des Binnenmarktes, wie er durch die »Einheitliche Europäische Akte« von 1987 in den EWG-Vertrag von 1957 ausdrücklich eingegliedert worden ist.

Kulturhoheit der Länder

Im föderalistischen Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland ist jedoch die Kulturhoheit bei den Ländern verblieben. Das Bundesverfassungsgericht hat sie als »Kernstück der Eigenstaatlichkeit der Länder« bezeichnet. Denn die Länder im Bundesstaat sind nur dann Staaten, wenn ihnen ein Kern eigener Aufgaben als »Hausgut« unentziehbar verbleibt. Angesichts der bisherigen umfassenden Kompetenzzuweisungen und -verschiebungen zugunsten des Bundes besteht dieses Hausgut heute vor allem im Bildungswesen und im Kulturellen. Diese Kul-

18

turhoheit ist somit als ein Wesenselement des föderativen Aufbaues der Bundesrepublik vom Grundgesetz (GG) selbst geschützt – sofern nicht neue Kompetenzen auf die Länder zurückverwiesen werden. Dafür spricht zur Zeit nichts.

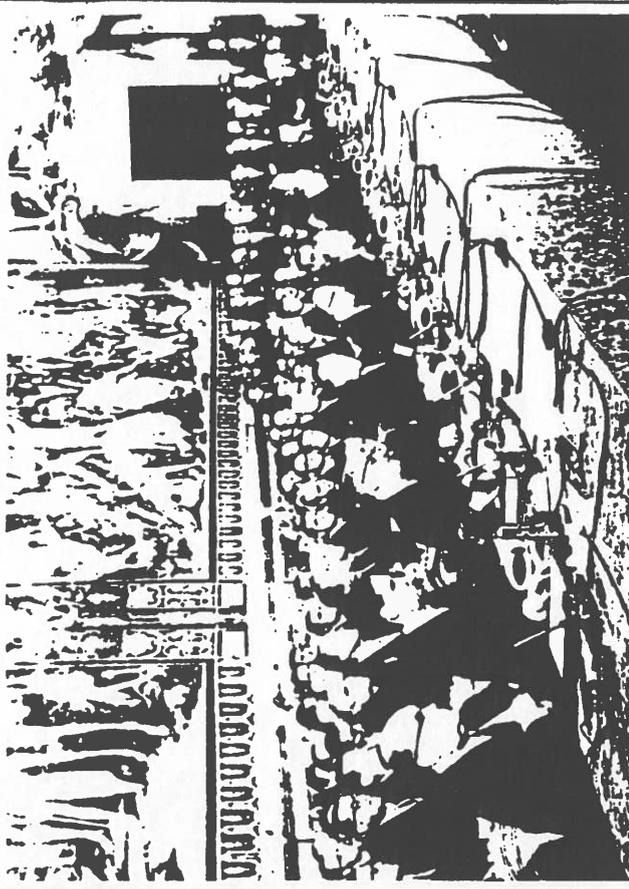
Nach Art. 24 GG kann aber der Bund durch einfaches Gesetz, das nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Hoheitsrechte – auch die der Länder – auf die Europäische Gemeinschaft übertragen. Grenzen dieser Übertragung sind allerdings auch hier die Bestimmungen des Grundgesetzes zur Unabänderlichkeit des föderativen Aufbaues der Bundesrepublik Deutschland.

Vertragsschließender bei den Römischen Verträgen und damit Mitglied der Gemeinschaft ist der Bund. Dementsprechend handelt er auch bei der Ausfüllung der Verträge, also bei der Setzung von sogenanntem sekundären Gemeinschaftsrecht. Durch die Beteiligung des Bundes wird folglich alles, womit sich die Europäische Gemeinschaft befaßt, automatisch auch zu einer Angelegenheit des Bundes.

Auswirkungen auf den Bildungsbereich

Die Länder haben allerdings bei Erlaß der »Einheitlichen Europäischen Akte« ein gesetzlich verankertes Mitwirkungsrecht durchgesetzt. Im Rahmen der ausschließlichen Zuständigkeit der Länder – das heißt also weitgehend bei Fragen der Bildungs- und Kulturpolitik – ist die Bundesregierung in der Regel bei ihrer Mitwirkung in Brüssel an das Votum des Bundesrates gebunden.

An sich ist die Gemeinschaft auch heute auf den Wirtschaftsbereich bezogen. Sie hat aber Zuständigkeiten, die sich mittelbar auch auf den Bildungsbereich auswirken. Dies sind der freie Personenverkehr für Arbeitnehmer, Dienstleistende und Selbständige, die gegenseitige Anerkennung der Befähigungsnachweise und Diplome zum Zwecke der Aufnahme einer Berufstätigkeit, die Befugnis, in bezug auf die Berufsausbildung allgemeine Grundsätze zur Durchführung einer gemeinsamen Politik aufzustellen, der Sozialfonds



Die sechs Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft – Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande – unterzeichnen am 25. März 1957 die

Römischen Verträge

zur Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten und gewisse Kooperations- und Koordinierungsmöglichkeiten. Hinzu kommt noch eine Generalklausel, die ein Handeln ermöglicht, wenn ein Ziel des Vertrages sonst nicht erreicht werden kann.

Die Kompetenzen der Gemeinschaft werden jedoch dadurch ausgeweitet, daß die Bildungs- und Kulturpolitik der Wirtschafts- und Sozialpolitik unterworfen werden. Bildungspolitik wird von der Kommission als »Entwicklung von Humanressourcen« definiert. Da das Ziel der Einigung Europas in einer Europäischen Union als das Ziel des EWG-Vertrages gilt, erscheint zumindest mit Hilfe der genannten Generalklausel ein weitgehendes Handeln im Bildungsbereich möglich.

So hatte sich seit 1976 eine gemeinsame Bildungspolitik etabliert, die gekennzeichnet war

von Einstimmigkeit, Konsens und gegenseitiger Absprache.

In der jüngsten Zeit bahnte sich eine Änderung an: Die Vorlagen der Kommission streben vermehrt eine verbindliche Rechtsform und die Möglichkeit, Beschlüsse mit einfacher Mehrheit im Rat zu fassen, an.

Mittelfristige Leitlinien

Es ist nicht möglich, all die Themen aufzuführen, mit denen sich die Gemeinschaft befaßt hat. Für die Zeit bis 1993 hat die Kommission ihre beabsichtigten Maßnahmen in sogenannten »Mittelfristigen Leitlinien für die Jahre 1989 – 1992« zusammengefaßt¹⁾. Diese Leitlinien

1) Rat, Dokument 734/89, BR/Ls, 348-89

19

enthalten den Entschluß der Kommission, die allgemeine und berufliche Bildung an die Spitze ihrer Prioritäten zu setzen. Für sich beansprucht die Kommission im Bildungsbereich eine Koordinator- und Katalysatorfunktion. Andererseits hat sie aber das Programm zum ersten Mal ausdrücklich den Grundsätzen der Erhaltung der kulturellen Vielfalt und der Subsidiarität gemeinschaftlichen Handelns unterworfen.

Auch die allgemeine und berufliche Weiterbildung ist dabei angesprochen und zu einem vorrangigen Thema erklärt worden. Für die allgemeine Weiterbildung ist vor allem auf die bereits bestehenden Mobilitäts- und Förderprogramme der Gemeinschaft wie zum Beispiel »Delta« (neue Informationstechnologien), »Erasmus« (Förderung der Mobilität der Studenten), »Lingua« (Förderung des Fremdsprachenunterrichts) sowie »Comett« (Förderung der Weiterbildung im Hochschulbereich) hinzuweisen.

„Wir müssen eine Art Vereinigter Staaten von Europa schaffen. Nur so können Hunderte von Millionen Schwarzarbeitender Menschen wieder die einfachen Freuden und Hoffnungen zurückgewinnen, die das Leben lebenswert machen. Der Weg dahin ist einfach. Es ist nichts weiter dazu nötig, als daß Hunderte von Millionen Männern und Frauen Recht statt Unrecht tun und Segen statt Fluch ernten.“

Winston Churchill (1874 – 1965), Rede am 18. September 1946 in Zürich.

Die berufliche Weiterbildung und der Zugang zu Fortqualifizierungsmaßnahmen ist Teil der sozialen Dimension des Binnenmarktes. Die am 8. und 9. Dezember 1988 von elf Mitgliedsstaaten – mit Ausnahme von Großbritannien – in Strabburg als politische Absichtserklärung angenommene Sozialcharta soll dazu beitragen, in der Europäischen Gemeinschaft einen Sozialraum zu etablieren. Unter dem Kapitel »Recht auf Berufsausbildung« ist dabei unter anderem auch vorgesehen, daß jeder Arbeitnehmer die Möglichkeit haben müsse, seine berufliche Ausbildung während seines gesamten Berufslebens fortzusetzen.

Bereits am 15. Juni 1989 hatte der Rat in Brüssel eine Entschließung zur beruflichen Weiterbildung

erlassen²⁾, die sich unter anderem auch auf eine entsprechende Stellungnahme des Europäischen Parlamentes stütze. In dieser Entschließung wurden die Mitgliedsstaaten erinnert, eine Reihe von Maßnahmen in der beruflichen Weiterbildung zu ergreifen, bzw. die dazu zuständigen entsprechend zu ermutigen. In der Entschließung geht es um die Verflechtung von Erstausbildung und Weiterbildung, wobei bei der Weiterbildung anerkannte Qualifikationen angestrebt werden sollen. Die Mitgliedsstaaten sollen sich aber auch um die kulturelle Weiterbildung aller Arbeitnehmer bemühen. Bereits in dieser Entschließung wird die Kommission gebeten zu prüfen, unter welchen Bedingungen allen interessierten Personen entsprechend den Bedürfnissen die Inanspruchnahme der Weiterbildung außerhalb und/oder während der Arbeitszeit ermöglicht werden soll.

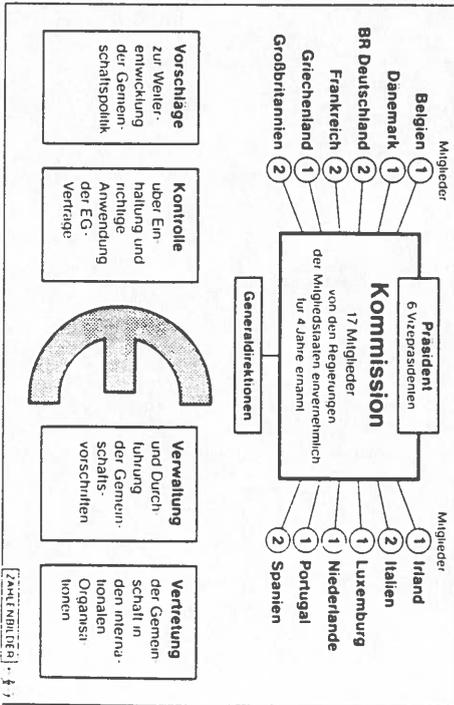
Aktionsprogramm »Force«

Dem hat die Kommission inzwischen mit der Vorlage eines Entwurfes zu einem Aktionsprogramm mit dem Namen »Force«, Rechnung getragen³⁾. Dieser Entwurf soll für die Mitgliedsstaaten verbindliches Recht schaffen und im Rat mit einfacher Mehrheit verabschiedet werden können. Das Aktionsprogramm umfaßt einen gemeinsamen Rahmen aus allgemeinen Grundsätzen, zu deren Förderung sich die Behörden der Mitgliedsstaaten verpflichten sollen.

Vorrangiges Ziel ist es, den Zugang zur beruflichen Weiterbildung für alle Arbeitnehmer maßgeblich zu verbessern. So soll jeder Arbeitnehmer der Europäischen Gemeinschaft während seines gesamten Erwerbslebens Zugang zur beruflichen Bildung haben und sie in Anspruch nehmen können. Diskriminierungen aus Gründen der Staatsangehörigkeit sind dabei untersagt. Staat, Unternehmen und Sozialpartner werden verpflichtet, Bildungsurlaub einzuführen und zu gewähren. Darüber hinaus sieht das Programm die Zusammenarbeit in regionalen Arbeitsge-

meinschaften mit Unternehmen, Ausbildungs-einrichtungen, Sozialpartnern und Staatsvertretern vor. Sie alle sollen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich die Voraussetzungen für eine ständige Weiterbildung schaffen. Diese Bemühungen sollen dann durch die Gemeinschaft mit eigenen Maßnahmen unterstützt werden.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft



Vorbehalte zur Sozialcharta

Die Verhandlungen zu diesem Programmentwurf in Brüssel gestalteten sich schwierig. Der geplante Termin des Inkrafttretens mußte deshalb bereits um ein halbes Jahr hinausgeschoben werden.

Auch aus der Bundesrepublik Deutschland wurden Vorbehalte angeführt. So hatte der Bundesrat bereits in seiner Stellungnahme zur Sozialcharta erklärt, daß die Europäische Gemeinschaft bei der Umsetzung der dort enthaltenen Grundsätze ihre Kompetenzen wahren und das Subsidiaritätsprinzip sowie den föderativen Aufbau der Bundesrepublik berücksichtigen müsse⁴⁾. Ähnlich hat sich der Bundesrat zu der bereits vorgelegten Mitteilung der Kommission über ein Aktionsprogramm zur Anwendung der Sozial-

charta⁵⁾ geäußert. Auch diese Mitteilung enthält neben der Ankündigung zu einem konkretierten Vorgehen auf dem Gebiet der Weiterbildung als Antwort auf die technologischen, sozialen und demographischen Herausforderungen des Binnenmarktes eine Verpflichtung zur Gewährleistung des freien Zugangs zur Weiterbildung

u. a. auch durch Bildungsurlaub. Der Bundesrat verwies in seiner Stellungnahme vor allem darauf, daß die berufliche Weiterbildung in der Bundesrepublik Deutschland vorrangige Aufgabe der Wirtschaft und nicht des Staates sei. Der EWG-Vertrag erlaube nicht, die vorgeschlenen Maßnahmen mit einfacher Ratsmehrheit zu beschließen⁶⁾. Mit der Stellungnahme zum »Force«-Programm hat der Bundesrat diese Gedanken noch einmal aufgegriffen⁷⁾.

Subsidiaritätsprinzip bewahren

Allerdings hat der Europäische Gerichtshof in Luxemburg im Wege der Rechtsfortbildung die

2) ABl C 140/1 vom 15.6.1989
3) ABl C 12/16 vom 18.1.1990

4) BkRDs. 555/87 – Beschluß vom 11.12.1989
5) Rats Dokument 9978/89, BkRDs. 717/89
6) BkRDs. 717/89 – Beschluß vom 6.4.1992
7) BkRDs. 35/92 – Beschluß vom 6.4.1992



Victor Hugo

berufliche Bildung weitgehend dem Gemeinschaftsrecht unterworfen⁵¹). Der Begriff der Berufsausbildung wurde sehr weit ausgedehnt, so

«Ein Tag wird kommen, . . . wo all ihr Nationen des Kontinents, ohne die besonderen Eigenheiten eurer ruhmreichen Individualität einzubüßen, euch eng zu einer höheren Gemeinschaft zusammenschließen und die große Europäische Bruderschaft begründen werdet. . . . Ein Tag wird kommen, wo es keine anderen Schlachtfelder mehr geben wird als die Märkte, die sich dem Handel öffnen, und die Geister, die für die Idee geöffnet sind. Ein Tag wird kommen, wo die Kugeln und Granaten von dem Stimmrecht ersetzt werden.»

Victor Hugo (1802 – 1885),
auf dem Pariser Weltfriedenskongreß 1849.

daß die Grenze zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung fast verschwindet. Dabei hat sich der Gerichtshof auf die Befugnis des Rates, allgemeine Grundsätze zur Durchführung einer gemeinsamen Berufsausbildungspolitik aufzustellen, gestützt. Ob damit allerdings auch die Weiterbildung erfaßt ist, ist noch nicht eindeutig geklärt. In einem Rechtsstreit gegen das »Comett«-Programm bestreitet dies die Bundesregierung.

Wie auch immer die Beratungen zu dem »Force«-Programm ausgehen werden, bleibt doch festzu-

halten, daß die Länder in der Bundesrepublik Deutschland auch weiterhin darauf achten werden, daß Gemeinschaftsaktionen sich im Rahmen der Zuständigkeiten der EG bewegen und daß das Subsidiaritätsprinzip gewahrt bleibt. Danach sind Gemeinschaftsaktionen nur dann gerechtfertigt, wenn die damit erstrebten Zwecke nicht in gleicher Weise auf regionaler oder nationaler Ebene erfüllt werden können.

Es liegt bei den Trägern der Weiterbildung und der Erwachsenenbildung auf nationaler und regionaler Ebene, die Bürger Europas auf die Herausforderungen einer Gemeinschaft ohne Binnengrenzen mit 324 Millionen Einwohnern vorzubereiten. Es wird immer wichtiger werden, Sprachkenntnisse zu vermitteln und in die Kulturen und Traditionen unserer europäischen Nachbarn einzuführen. Nur so kann das Verständnis für die Angehörigen aus anderen Mitgliedstaaten geweckt werden, die zu uns kommen, um hier zu arbeiten und zu leben. Und auch nur so kann andererseits die Bereitschaft zur eigenen Mobilität geweckt und gefördert werden. Wenn zur Neugier auf das fremde Land noch eine profunde Kenntnis seiner Kulturen, seiner Eigenheiten und Traditionen kommt, sollte ein Aufenthalt in einem Nachbarstaat zu einem bleibenden Erlebnis werden.

Brückenschlag von Ost nach West

Europa '92 ist jedoch nicht nur die supranationale Rechts- und Wertegemeinschaft der zwölf Mitgliedstaaten der EG. Europa schließt auch unsere Nachbarn im Osten mit ein. Gerade zu diesen Staaten bestehen intensive kulturelle und geistige Verbindungen. Hieran zu erinnern, den Weg vorzubereiten zu einem Brückenschlag von Ost nach West, mitzuhelfen an der Bereitschaft, auf die Nachbarn im Osten und Westen zuzugehen, dies alles sind Chancen und Möglichkeiten für die Erwachsenenbildung im Hinblick auf das Europa der kommenden Jahre.

⁵¹ Rechtssache Gravier, Urteil vom 23.2.1985, RS 293/83, Slg. 1985 S. 593 und Rechtssache »Erasmus«-Programm: Urteil vom 30.5.1989, RS 242/87 NJW 1989 S. 3291

10. BILDUNGSPOLITISCHE AUSWIRKUNGEN EINES EG-BEITRITTS

von Dipl.-Ing. Johannes Gärner

Der Ausgangspunkt: ein internationales Chaos

Gegenwärtig unterscheiden sich die Aus- und Weiterbildungssysteme der einzelnen EG-Mitgliedsländer enorm. Von der Volksschulebene angefangen existieren Unterschiede in der Systematik der Schulen (AHS, BHS, Schuljahre) und Universitäten ... Zum Teil ist der Zugang zu Schulen und Universitäten relativ offen, zum Teil gibt es "Ausleseverfahren", die Dauer der Ausbildungsgänge differieren von Land zu Land, für den zweiten Bildungsweg existieren völlig unterschiedliche Modelle. Nicht nur bei den Bildungssystemen, auch bei den damit verknüpften Fragen des Berufsrechtes (Wer darf was? Was wird anerkannt?) gibt es gewaltige Unterschiede.

Neue Anforderungen durch neue Technik!

Zusätzlich verändern sich durch den Einzug von Computern, die Veränderungen der Betriebsstrukturen, die Internationalisierung des Handelns, etc. gegenwärtig die Anforderungen an Arbeitnehmer und damit indirekt auch an das Bildungssystem. - Die Beherrschung von Computern, Fremdsprachen, Abstraktionsfähigkeit, gute Allgemeinbildung, Kooperationsfähigkeit werden am Arbeitsplatz wichtiger. Dies gilt nicht nur für klassische "Kopfarbeiter" wie zum Beispiel Akademiker, sondern in zunehmendem Umfang auch für andere Berufsbereiche.

Der Bedarf der Betriebe an qualifiziertem Personal steigt. (Für BMW war es zum Beispiel einer der Gründe für den Aufbau der Motorenproduktion in Steyr, daß es in dieser Region eine sehr große Zahl an fachlich hochqualifizierten Metallarbeitern gibt.)

Kommt die Europa-Einheitsschule?

In Anbetracht dieser (chaotischen) Ausgangslage und dieser neuen Anforderungen, auf die international noch keine einheitlichen Antworten gefunden wurden, ist wohl kaum mit einer baldigen und völligen Verein-

heitlichung der nationalen Bildungssysteme zu rechnen.

Auf Grund der politischen Machtverhältnisse in der EG zeichnet sich jedoch jetzt schon ab, daß es den Monopolen und Kapitalverbänden gelingt, in jenen Bereichen, in denen ihre Interessen (= ihre Profite oder ihre politischen Interessen) betroffen sind, EG-weite einheitliche Regelungen durchzusetzen.

Bildung bleibt Privatsache.

Den Ausweg aus dem Problem, daß einerseits mehr hochqualifizierte Schul- und Universitätsabsolventen ausgebildet werden sollten und trotzdem genug Geld für die staatliche Finanzierung der Firmenforschung, für Steuergeschenke an die Reichen ... übrig bleibt, haben die Herren in Brüssel, Bonn, London und Paris schon gefunden.

Verschärfung des Drucks auf Schuler und Studierende.

Entsprechende Vorschläge sind

- * Privatschulen
- * zusätzliche neue Fächer
- * Ausleseverfahren an der Uni (z. B. Numerus Clausus)
- * Kurzstudien
- * Beschränkung der maximalen Studienzeiten für den ersten Abschnitt

Privatisierung auf Kosten der Aus- und Weiterbildung:

- * eventuell Schulgeld und Studiengebühren
- * statt Stipendien gibt es Darlehen
- * Weiterbildung bleibt weiterhin Privatsache.

In diesem Sinne ergibt sich ein zusätzlicher "Anreiz", fleißig zu lernen und gute Noten zu erkämpfen, ganz von selbst durch die hohe Arbeitslosigkeit und die schlechten Berufschancen der Schul- und Universitätsabgänger. - Die entsprechenden Inserate werden dann wohl so ausschauen: "Technikern mit mehrjähriger Praxis und Zusatzqualifikationen, guten Sprachkenntnissen und Noten, unter 22 Jahren, wird Traumjob (8.000 GS brutto) geboten!"

Facharbeiter, Maturanten, Akademiker - ohne Zeugnis?

Die verstärkten internationalen Handelsbeziehungen, der geplante "freie Fluß der Arbeitskräfte und Dienstleistungen" werfen auch neue Fragen des Berufsrechtes auf. Wer darf zum Beispiel in einer Schule unterrichten, einen Laden eröffnen, technische Zertifikate unterzeichnen, eine Operation durchführen ...? - Diese Fragen müssen bei einer Öffnung der Ländergrenzen europaweit (weitgehend) einheitlich geregelt werden.

Hier existieren auch schon erste konkrete Ansätze.

* Eine mehrjährige Praxis in einem Gewerbebetrieb, soll das entsprechende Gewerbeamt mich sich bringen (zum Beispiel für Friseur, ...), für Lehrer sind zusätzliche Prüfungen geplant.

* Ein europaweit relativ einheitlicher Titel soll eingeführt werden: "der Europaingenieur".

Ob dieser "Europaingenieur" aber durch Einrichtung entsprechender Kurzstudien auf den Universitäten oder durch HTL-Akademien (zwei Jahre zusätzlich) in Österreich kommt, ist noch völlig unklar.

* An einheitlichen Regelungen für Mediziner wird gearbeitet.

Es besteht die Gefahr, daß zusätzliche Instrumente der Selektion geschaffen und daß Löhne gesenkt werden (es werden einfach fachliche Qualifikationen nicht anerkannt, weil irgendwelche formale Voraussetzungen nicht erfüllt sind).

Dem Chef soll keiner Dreinreden!

Im Zuge des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes kommt es zu einer bedeutenden Veränderung in der politischen Funktion des Bildungssystems. - War es früher möglich, technologisch, organisatorisches Wissen im Bereich der

Führungs- bzw. Herrschaftsstellen zu halten, wird dies durch das Anwachsen des technisch-wirtschaftlich relevanten Wissens zunehmend unmöglich. Damit begann aber längerfristig die "Herrschaft" der Betriebsleitung zu wackeln, der Anspruch auf verstärkte Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist nur mehr schwer zurückzuweisen.

Es kommt daher (besonders in der BRD) zunehmend zu Versuchen, wieder Eliteeinrichtungen zu schaffen, mit Absolventen, deren Führungs- bzw. Herrschaftsanspruch aus ihrer fachlichen Qualifikation abgeleitet wird. - Aber nicht nur in der BRD werden Privatuniversitäten ungeschult (für die "besonders Begabten") propagiert. Besonders im Schulbereich gibt es auch in Österreich schon jetzt entsprechende Versuche.

So geht es nicht!

Nicht nur für den einzelnen, auch gesamtgesellschaftlich bräuchte eine Orientierung Österreichs an derartigen Konzepten (wie sie zum Teil gegenwärtig stattfindet: Eliteschulen, HTL-Akademien, Hochschulreform ...) bzw. ein Beitritt Nachteile: Ein Abwandern hochqualifizierter Arbeitskräfte in ausländische Forschungslabors und Produktionseinrichtungen einerseits, das Absinken des breiten Qualifikationsniveaus und damit das Wegfallen der zentralen Voraussetzungen für die Entwicklung und Herstellung intelligenter Produkte andererseits wäre die Folge.

Für Österreich ist der einzige Weg (sowohl forschungs- als auch wirtschaftspolitisch), das Bildungssystem und besonders das Weiterbildungssystem dramatisch zu verbessern und durch eigenständige Forschung und Entwicklung sowie eine eigenständige Wirtschaftspolitik diese qualifizierten Arbeitnehmer in Österreich zu halten.

HEISSE DEBATTEN AM "RUNDEN TISCH EUROPA" IN WIEN

Minderheiten ein "Teil der europäischen Ordnung"

Das war am "Runden Tisch Europa" von Vizekanzler Josef Riegler (auf dem bei der Wiener Reichsbrücke verankerten Luxusschiff "Mozart") gar nicht so einfach: Sich nach den massiven und langen Auseinandersetzungen der jugoslawischen Teilnehmer doch noch über eine Art Charta zum Schutz der Minderheiten und Nationalitäten zu einigen. Dem Thema des Treffens am 25. und 26. März war damit der schuldige Tribut gezollt: die Schlagzeilen machten freilich die Slowenen mit ihrer Ankündigung, sich noch vor dem Sommer zum selbständigen Staat zu erklären. Und so nebenbei auch der deutsche Bundeskanzler, Helmut Kohl, der die Österreicher in einem TV-Interview unverhohlen aufforderte, ihren angestrebten raschen EG-Beitritt nicht selbst zu gefährden, indem sie das Gespräch mit den Europäischen Gemeinschaften zu wenig pflegen.

Muster Südtirollösung

An aktuellen Anlässen für die mitteleuropäische Nationalitätendebatte auf der "Mozart" mangelte es, wie der Verlauf eindringlich zeigte, nicht: von den frustrierten Bewohnern der baltischen

Länder bis zu den erbitterten im Kosovo und in Jugoslawien, von der ungarischen Minderheit in der Ukraine bis zur österreichischen in Südtirol (dessen Konfliktlösung allgemein als musterhaft gelobt wurde).

Minderheitenprobleme - keine "internen Angelegenheiten"

In dieser Atmosphäre zündeten die Formulierungen im Entwurf für das Minderheitendokument immer wieder heiße Kontroversen, und in dieser Atmosphäre sind dann auch viele wertvolle Vorschläge unter besagten runden Tisch gefallen. Mit Geduld und Geschick brachten Josef Riegler, Außenminister Alois Mock und der alterfahrene Ludwig Steiner dann doch diese vier Punkte durch das Nadelöhr des Konsenses:

1. Die weitreichenden Veränderungen in Mitteleuropa haben die Zeit für eine neue europäische Friedensordnung reif gemacht. Als Grundlagen für sie werden in dem Dokument der Europarat, die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und auch der Nordatlantikpakt genannt.

2. Die Menschenrechte mußten nicht nur für Einzelpersonen, sondern ebenso

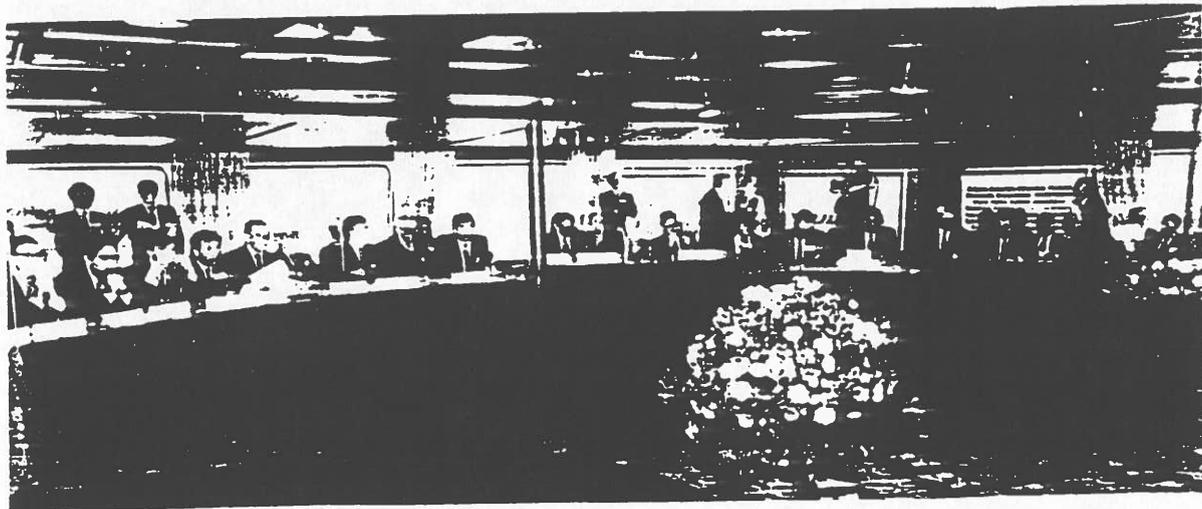
auch für Volksgruppen und Minderheiten gelten und gewährleistet sein. Und Minderheitenprobleme dürften (darauf bestand Riegler) nicht als interne Angelegenheiten eines Staats gelten, sondern mußten vielmehr ein "Teil der europäischen Ordnung" sein. Der Europarat soll sich daranmachen, eine Europäische Konvention zum Schutz von Minderheiten auszuarbeiten.

3. Das neue Europa soll nach den "Bauplänen der EG" errichtet werden: Der Europäischen Gemeinschaft sollen - nach Übergangsregelungen - alle Länder und Regionen angehören.

4. Um nicht der Uniformität den Weg zu bahnen und um nicht die nationalen Eigenarten zu gefährden, soll das neue Europa in drei Ebenen gegliedert sein: in die der EG, die ihrer Mitgliedsländer und die der Regionen (oder Provinzen oder Teilstaaten, wie immer sie sich nennen).

Die eigenen Lösungen anbieten

Alois Mock machte am "Runden Tisch" nicht nur den praktischen Vorschlag, daß alle Länder mit bewaltigten Minderheitenproblemen den anderen ihre Erfahrungen und Lösungen anbieten sollten, sondern sorgte auch für den ideologischen Überbau: Die Förderung von Minderheiten und Volksgruppen sei doch ein Beweis demokratischer Reife: und also dürfe es in den mitteleuropäischen Staaten, die sich vom Kommunismus befreit haben, jetzt nicht zu einer hemmungslosen Herrschaft der jeweiligen ethnischen Mehrheit kommen.



"Runder Tisch Europa" auf der "Mozart" in Wien: Alle wichtigen Kräfte Mitteleuropas diskutieren Minderheitenfragen.

Lehr- und Lernformen in der multikulturellen Bildung

Rolf Niemann

*"Das Anderssein der anderen
als Bereicherung des eigenen Seins
begreifen
sich verstehen
sich verständigen
miteinander vertraut werden
- dann liegt die Zukunft der Mensch-
heit."*

(Motto in der VHS Kassel/Europakolleg)

Der Themenbereich Afrika, Asien und Lateinamerika nimmt mit unterschiedlichen Akzentsetzungen einen wichtigen Stellenwert in der deutschen Erwachsenenbildung ein. Der Deutsche Volkshochschul-Verband hat durch seine Fachstelle für Internationale Zusammenarbeit seit 1977 wesentliche Unterstützung zu Ansätzen interkulturellen Lernens gegeben. In Zusammenarbeit mit den Landesverbänden der Volkshochschulen haben zahlreiche Mitarbeiterfortbildungen für haupt- und nebenamtliche Kursleiter/-innen stattgefunden, durch die Herausgabe einer Materialienreihe sind Lernmaterialien für die VHS-Arbeit aufbereitet worden, und für die Volkshochschulen gab es als Dienstleistung des Bundesverbandes die Beratung für Angebote zur Dritten Welt.

Ein wesentliches Prinzip dieser interkulturellen Arbeit war der fachbereichsübergreifende Ansatz. Die Kenntnis fremder Kulturen und die Förderung eines partnerschaftlichen Verhältnisses Deutschlands zu den Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika sind unerlässliche Voraussetzung für das Lernen und das Handeln in unserer Gesellschaft zur Sicherung eines friedvollen Zusammenlebens der Völker in unterschiedlichen gesellschaftlichen, sozialen und ethnischen Strukturen. Die internationalen Verflechtungen zwischen Kulturen, Nationen und Gesellschaften sehr heterogener Herkunft, Art, Struktur und Auffassungen von menschlichen Grundwerten stellen eine gewaltige Herausforderung dar. In der Bildungsarbeit müssen wir uns mit den Phänomenen der Stereotypisierung, Stigmatisierung, Diskriminierung und Vorurteilsbildung gegenüber Ausländern auseinandersetzen (Alexander Thomas, 1989).

Interkulturelle Kommunikation und interkulturelles Lernen neben einer internationalen Orientierung auch erlebbare Vorteile für die eigene Lebensbewältigung in unserer Gesellschaft bewirken. Es ist zu befürchten, daß die politischen und ökonomischen Integrationsprozesse in Europa und die deutsche Einigung weitweite Ungleichheiten verstärken und das Interesse zur

Lösung sozialer Konflikte eher vermindern. Diese internationale Konstellation und die entsprechenden Auswirkungen auf unsere Gesellschaft können zu einer Verunsicherung vieler Menschen hier hinsichtlich ihrer ökonomischen und sozialen Perspektiven führen und die Tendenzen für Ausländerfeindlichkeit und Rassismus verstärken. Ziel unserer Bildungsbemühungen kann es nur sein, unsere Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Lage zu versetzen, das Leben und Überleben in unserer Welt zu sichern und sich an veränderte Lebensbedingungen anzupassen. Das führt bei der Umsetzung unseres Lernziels dazu, daß die Menschen lernen, die Bedürfnisse und Interessen anderer Kulturen und Nationen so differenziert wahrzunehmen, zu akzeptieren und in ihr eigenes Handeln aufzunehmen, daß dieses Verstehen zu einer interkulturellen Verständigung und schließlich politischen Erkenntnissen führt, die sehr praktische Auswirkungen haben: Aufgeschlossenheit gegenüber fremden Kulturen; Solidarität mit andersartigen Bevölkerungsgruppen; Respektierung der unterschiedlichen Lebensgewohnheiten; Hilfe für ausländische Gäste, Einwanderer, Flüchtlinge und Asylbewerber; Bereicherung im Hinblick auf den emotionalen Umgang miteinander, die Art, Feste zu feiern, miteinander zu kochen und zu essen; Übernahme fremdländischer Tänze und Musik; Aufnahme von Kunst aus der Dritten Welt und vieles mehr. Unsere interkulturelle Bildungsarbeit führt in der Tendenz dazu, daß interkulturelles Verstehen auch mit einem Wandel der kulturellen Identität verbunden ist.

Das Zusammenbringen bedeutsamer Elemente unterschiedlicher Kulturen kann zu einer Bereicherung der eigenen Persönlichkeitsentwicklung führen. So erwacht aus dem interkulturellen Lernen die Chance zur interkulturellen Verständigung und zur Entwicklung einer multi-kulturellen Identität oder kulturellen Universalität. Mit der Verwirklichung eines solchen "third cultural mind" oder "world identity" (Useem, 1979) geht eine Identifizierung mit Werten und Normen einher, die nicht mehr einer Kultur allein eigen sind, sondern mehrere Kulturen überspannen.

Praktische Umsetzungen

Mehrere Evaluierungen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit im Volkshochschulbereich haben ergeben, daß sich einerseits das Gesamtangebot in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt hat und andererseits die Dritte-Welt-Angebote im Bereich Politische Bildung/Länderkunde stagnieren oder zurückgegangen sind. Wir haben uns

die vorfindlichen Angebote an Volkshochschulen angesehen und danach abgeklopft, wieweit sie für einen interkulturellen Lernansatz aufzuschließen wären. In der breiten Palette des musisch-manuellen Gestaltens werden eine Reihe von Kursen angeboten, die sich ständig einer starken Nachfrage beim Publikum erfreuen: Töpfern, Weben, Batiken, Kochen, Yoga, Musik und Tanz. Diese Freizeitaktivitäten im Fachbereich Kulturelle Bildung existieren nicht im luftleeren Raum, sondern sind eingebunden in das gesellschaftliche Umfeld. Dem Anspruch der deutschen Erwachsenenbildung gemäß haben auch manuelle und musische Kurse die Verpflichtung, dem allgemeinen Bildungsauftrag und den Zielvorstellungen der Volkshochschulen zu entsprechen. Dabei haben wir allerdings sichergestellt, daß auch die allgemeinpolitischen Aussagen und entwicklungsänderspezifischen Aspekte einen wichtigen Stellenwert haben.

Wir wollten breitere Kreise der Bevölkerung und potentielle VHS-Teilnehmer/-innen ansprechen, die sich eigentlich nicht für die Situation der Menschen in den Ländern der Dritten Welt interessiert haben. Im Bereich der Handwerkstechniken hat sich ergeben, daß ein Verständnis für eine fremde Kultur sich beispielsweise darüber entwickelt, daß eine Webmeisterin anerkennt, "wenn Indios so komplizierte und schöne Webtechniken beherrschen - dann habe ich wirklich Hochachtung vor Ihnen". Wir haben im Zusammenwirken mit verschiedenen Landesverbänden der Volkshochschulen Mitarbeiterfortbildungen für Leiterinnen und Leiter handwerklicher Kurse zu den Bereichen "Töpfern in Afrika und bei den Pueblos", "Batik und Ikat in Indonesien", "Weben der Indios in Lateinamerika" veranstaltet. Ziel dieser Seminare war es, über die Vermittlung und Erprobung neuer handwerklicher Fertigkeiten hinaus Informationen über den sozio-kulturellen Hintergrund und die historische Entwicklung dieser Techniken in ihren Ursprungsändern zu geben. Auf diese Weise wurde der Versuch unternommen, Aspekte des Problemkreises Dritte Welt mit den VHS-Kursen im Bereich manuelles-musisches Gestalten zu verknüpfen. Das Erlernen und Ausüben kunsthandwerklicher Techniken aus der Dritten Welt soll Kursteilnehmer/-innen zu einer eigenenden Beschäftigung mit den Problemen anregen, die sich den Menschen in diesen Ländern stellen.

Töpfern

Töpfern ist eine archaische Kulturtechnik, die die Menschen seit Jahrtausenden beherrschen. Unsere Kenntnis von der Lebenssituation der Menschen vergangener Hochkulturen in Afrika, Asien, Amerika und bei uns beruht neben steinernen Zeugnissen vor allem auf Hinterlassenschaften des Töpfergewerbes. In

Ermangelung einer direkten Kommunikation können Tongefäße und Keramiken vom Leben längst vergangener Kulturen berichten. So haben wir Mitarbeiterfortbildungen veranstaltet und Materialien entwickelt, die Kursleiter/-innen ansprechen, sich darauf einzulassen, ihren Töpferkurs in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Die Informationen über das Töpferhandwerk, die Gebrauchskeramiken und über den sozialen Hintergrund des Töpferns in der Dritten Welt sind in die praktische manuelle Kursarbeit mit einbezogen worden. Auch Musik und Bilder aus den entsprechenden Ländern sind den Kursteilnehmer/-innen als didaktische Lernhilfen zugute gekommen.

Batik

Batik ist eine Textiltechnik, die sich vor allem auf Java hinsichtlich der Verfeinerung der Verfahren und Ausgestaltung der Formen zur höchsten Blüte entfaltet hat. Technische Einzelheiten der Herstellung sowie die große Anzahl bestimmter Muster sind hergeleitet aus den sozialen und kulturellen Voraussetzungen des südostasiatischen Inselreiches. Hintergrundinformationen über die Lebensweise der Menschen in Indonesien werden mit authentischen Begleittexten und einer Diasene vermittelt.

Weben

Indiogemeinschaften haben sich im Rückzug vor den spanischen Eroberern im Andenhochland Südamerikas angesiedelt und ihre Identität dadurch bewahren können, daß sie ihre traditionellen Webformen beibehalten haben. Von der Gewinnung der Wolle bis zur Vermarktung der Produkte dient das Weben der Erhaltung ihrer ethnischen Eigenständigkeit und ist Grundlage für ihr wirtschaftliches Überleben. Wir führen in unseren Seminaren die Teilnehmer in traditionelle Webtechniken und überlieferte Webmuster verschiedener Völkergruppen Südamerikas ein. Nicht nur die Schönheit dieser Indioproducte, sondern auch die Schwierigkeit der Herstellung bestimmter Webmuster rufen großes Interesse und hohe Bewunderung für die Lebensumstände der Menschen hervor, die diese Dinge herstellen. Die häufig bei uns vorherrschende emotionale Begeisterung für das Leben der Indios wird dann relativiert, wenn die Schwierigkeiten und der Kampf dieser Lebens-Gemeinschaften in einer ihnen sowohl administrativ als auch klimatisch feindlichen Umwelt deutlich werden.

Kochen

Auch bei hauswirtschaftlichen Veranstaltungen wie Kochen auf fremdländischer Weise bieten sich Möglichkeiten an, anlässlich der Nahrungszubereitung über spezifische Nahrungsmittel und Zutaten sowie über die Ernährung der Menschen in den Herkunftsländern zu informieren. Gerade die Nahrungszube-

ereitung kann es uns ermöglichen, die Dritte Welt zu uns nach Hause zu holen und mehr Verständnis für die Situation in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas aufzubringen. Mit dem Kochen "exotischer" Gerichte rechnen wir interessante fremde Kulturen, können mehr vom Lebensalltag der Menschen kennenlernen und manches Vorurteil über "unzivilisierte Wilde" widerlegen. So geht das Lernen nicht nur über den Kopf, sondern auch durch den Bauch.

Lateinamerika in Spanischkursen

Ein weiterer Ansatz war "Lateinamerika in Spanischkursen", in dem wir authentische spanischsprachige Materialien aus Lateinamerika für Zwecke des spanischen Sprachunterrichts aufgearbeitet, in Fortbildungen eingesetzt und als Materialienbände vorgelegt haben. Gerade anlässlich der geplanten Feierlichkeiten anlässlich "500 Jahre Entdeckung Amerikas" ist es notwendig, authentische Stimmen aus Lateinamerika auch in spanischer Sprache in die kontroverse Diskussion 1992 einzubringen. Auch für englische, französische und portugiesische Sprachkurse haben wir länderkundliche Informationen, Märchen und Lieder aus Afrika, Asien und Lateinamerika in den jeweiligen Sprachen zusammengestellt und in Mitarbeiterfortbildungen eingebracht.

Weitere interkulturelle Zugänge waren Yoga und Tai Chi; diese Entspannungstechniken haben sehr viel mit der Geistesgeschichte, Philosophie, Religion, Medizin, Kultur, Kunst und dem alltäglichen Leben in Indien bzw. China zu tun. Tanz- und Musikwerkstätten mit einem Bezug zur Kultur der Dritten Welt runden die breite Palette unseres interkulturellen Angebots für die Erwachsenenbildung ab.

Methodische Aspekte

Bei allen diesen Ansätzen interkultureller Bildungsarbeit war der primäre Zugang die authentische Äußerung aus den betreffenden Ländern der Dritten Welt; indem Handwerkstechniken oder andere kulturelle Äußerungen zunächst nachvollzogen wurden, gewannen Teilnehmer/-innen unserer Fortbildungsveranstaltungen einen direkten Zugang zu dieser fremden Kultur. Bei der Reflexion des Gelernten ergab sich unmittelbar, daß Bezüge zur Lebensrealität bei uns hergestellt wurden. Dieses wurde unterstützt durch einen Essenstragebogen "Was habe ich gestern gegessen?" mit Informationen über die Herkunft der Nahrungsmittel, die Produktionsbedingungen, Energieverbrauch, Schadstoffe und der Verarbeitungsgrad. Diese Rubriken wurden von den Teilnehmer/-innen selber ausgefüllt und in den Arbeitsgruppen wurde die weitere Diskussion mit folgenden Fragen angeregt: 1. Welche Nahrungsmittel sind - aufgrund ihrer Konsistenz - lebensnotwen-

dig bzw. welche sind überflüssig und reine Genußmittel?

2. Worauf kann man verzichten?

3. Unter welchen Bedingungen leben die Menschen, die die Lebensmittel für uns anbauen, ernten usw. im Herkunftsland?

4. Welche Nahrungsmittel würden ohne Import aus Dritte-Welt-Ländern wegfallen bzw. wenn wir uns auf unsere selbst angebauten Nahrungsmittel beschränken müßten, was würde übrigbleiben? Ein anderes didaktisches Mittel ist zum Beispiel die Grafik "Der Preis der Banane" mit Angaben darüber, welcher Teil des Erlöses in dem Herstellungsland verbleibt und wieviel ausländische Betriebe erwirtschaften.

Gegenstände und Musik aus dem entsprechenden Land schaffen schnell eine Atmosphäre der Vertrautheit und der emotionalen Zuwendung zu den Menschen dieser Länder. Dieses wird unterstützt durch Diaserien, die wir den Landesverbänden der Volkshochschulen zum kostenlosen Ausleihen zur Verfügung gestellt haben und deren Begleittexte zu Fragen anregen und über die Grundinformationen hinaus seitens des Kursleiters bzw. der Kursleiterinnen durch Zusatzinformationen ergänzt werden können. Der medialen Unterstützung dienen auch Dokumentar- oder Spielfilme, die Interesse an dem Land wecken und eine visuelle Verstärkung der aufgenommenen Informationen bewirken.

Weiterhin sind Märchen oder Geschichten aus den entsprechenden Ländern geeignet, mehr über das Fühlen und Denken der Menschen herüberzubringen. Manchmal ergibt sich auch die Möglichkeit des Besuches einer Theateraufführung aus dem Land.

Schließlich ist noch hinzuweisen auf das sehr kommunikative Element der gemeinsamen Nahrungszubereitung nach einem Rezept aus den Ländern. Eine zusätzliche Möglichkeit ist der gemeinsame Besuch einer Ausstellung oder eines Völkerkundemuseums mit Ausstellungsstücken aus diesen Ländern.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, daß heutzutage eine große Auswahl von Informationen über die Menschen und das Leben in den Ländern der Dritten Welt vorliegen. Oft fehlt das Interesse oder ein konkreter Zugang, sich mit den Ausprägungen und Werten fremder Kulturen auseinanderzusetzen.

Bei den interkulturellen Lehr- und Lernformen werden die Sinne von Lernenden auf mannigfache Weise angesprochen. Sie werden ernstgenommen bei einem vielleicht nur partiellen Interesse und werden hingeführt zu weiteren Aspekten und erleben eine ganzheitliche Betrachtungsweise. Die Bereitschaft, die Andersartigkeit fremder Menschen zu verstehen, ist zugleich auch ein Beitrag zum inneren und äußeren Frieden.

Religiöse Vielfalt als Problem einer multikulturellen Gesellschaft

Frank Usarski

Religionsfreiheit als Verfassungsprinzip

Wären die gegenwärtigen Bedingungen in jeder Hinsicht tatsächlich so "offen", wie es der Verfassungsanspruch suggeriert, "Religion" erschiene im Zusammenhang einer "multikulturellen Gesellschaft" kaum als eine Problemdimension. Toleranz als Resultat der Emanzipation von kirchlicher Bevormundung, Unantastbarkeit des Bekenntnisses, weitschauende Neutralität des Staates, so liest sich das Vokabular, das die Voraussetzungen für Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit auf religiösem Gebiet umschreibt. Was aufwändig erkämpft werden mußte, findet sich

heute als wesentlicher Bestandteil des Grundgesetzes (GG). Das mittlerweile "unangefochtene Verfassungsprinzip" - wie es gern genannt wird - umfaßt individuelle Überzeugungen sowie private und gruppenspezifische Verabredungen. Es deckt kultische Ausdrucksformen sowie Selbstbestimmungsrecht von Glaubensgemeinschaften und spricht sich gegen gesellschaftliche Benachteiligungen aufgrund religiöser Präferenzen aus. Dabei können sich die zuständigen Passagen - insbesondere Art. 4 GG, aber auch 3 GG, 33 GG oder 140 GG - indirekt auf die in Art. 1 Abs. 1 GG verankerte "Menschenwürde" beziehen. Jene "Grundnorm der Verfassung" bildet für die einzelnen Regelungen den Bezugspunkt und untermauert, daß die relevanten Artikel keineswegs auf deutsche Staatsbürger beschränkt, sondern unterschiedslos auf Personen anzuwenden sind, die in der Bundesrepublik wohnen. Was also "Buchstaben" und den "Geist" der unmissenden Bestimmungen betrifft, so scheint einer "multireligiösen Gesellschaft" nichts im Wege zu stehen

Das Toleranzangebot als uneingelobte Aufgabe

Die Veränderungen, die sich in den letzten Jahrzehnten im Bereich der Religion vollzogen haben, repräsentieren auch Anfragen an das rechtliche Fundament der "multikulturellen Gesellschaft". Unter diesen Bedingungen tritt nachhaltiger ins Bewußtsein, daß das Grundgesetz ursprünglich auf einen christlich geprägten Kontext abzielte, dessen Normierungen sich teilweise gegenüber einer vorbehaltlosen Integration inhaltlicher und organisatorischer Alternativen

sperren. Aus der Distanz betrachtet, mag es sich dabei um "Kleinigkeiten" handeln. Die Zweifel, die hierzulande ungewonnene Religionsgemeinschaften mit Blick auf das Postulat der universalen Geltung des Toleranzgebotes formulieren, stehen allerdings für eine andere Einschätzung unserer Verfassungswirklichkeit.

Institutionelle Einschränkungen

Reflektionsbedürftige Vorannahmen verbergen sich etwa hinter der älteren juristischen Debatte darüber, inwieweit der Religionsbegriff - etwa unter Ausklammerung buddhistischer Entwürfe - ausschließlich monotheistisch zu fassen ist. Daneben eröffnet sich ein Problemfeld speziell für Muslime durch die Zurückhaltung bundesrepublikanischer Instanzen, islamischen Gruppen den Körperschaftsstatus zu verleihen. Hier zeigt sich, daß der relevante, in Art. 140 GG enthaltene Passus ursprünglich fremden Religionsgemeinschaften einen Nachweis abverlangt, der sich an den dauerhaften und großen christlichen Kirchen orientiert. Gleiches gilt für das Christentum privilegierende Garantien hinsichtlich theologischer Fakultäten und schulischen Religionsunterrichts.

Religiöse Vorurteile

Unabhängig davon ist es mit Blick auf die Verwirklichung einer "multikulturellen Gesellschaft" angebracht, solchen Stimmen verstärkte Aufmerksamkeit zu zollen, die "religiös begründete Anarchie" und "religiösen Fanatismus" in das Zentrum der Diskussion rücken wollen. Es ist unbestritten, daß das Freiheitspostulat dort seine Grenzen erfährt, wo es um die Selbsterhaltung jener Voraussetzungen geht, auf denen das Prinzip der Minderheitenduldung erst erwachsen kann.

Verfassungsfeindlicher Fundamentalismus ist demnach von der Toleranzmaxime nicht gedeckt.

Verfassungsfeindlicher Fundamentalismus ist demnach von der Toleranzmaxime nicht gedeckt. Andererseits ist Argumenten entgegenzutreten, die dramatische Ereignisse bedenkenlos zu Regelfällen hochstilisieren. Vorsicht ist schon deshalb geboten, weil sich das hierzulande vorherrschende Meinungsbild von nicht-christlichen Religionen aus einseitigen Nachrichten speist. Der von einem Sikh ausgeführte Mord an Indira Gandhi, Hindu-Massaker oder granatenwertende Schritten im Pilgerort Mekka; auf solche "Sensationen" gründen sich die Schlagzeilen. Dadurch werden Vorurteile vermehrt und der Eindruck vermittelt, gewalttätige, subversive und kriminelle Tendenzen konzentrierten

sich gerade im Bereich nicht-christlicher Religionen.

Diesen Tendenzen ist entgegenzutreten, daß der Kreis der Muslime bei weitem nicht nur ominöse "Graue Wölfe" und verkappte Khomeini-Propagandisten umfaßt. Die überwiegende Mehrheit der etwa 1,7 Millionen hier lebenden Muslime besteht vielmehr aus Personen, die als gemäßigt Konservative oder weitgehend säkularisierte der Idee einer fundamentalistischen "Re-Islamisierung" fern stehen. Bedenken gegenüber radikalen Ausprägungen sind deshalb nur angebracht, wenn sie das Freiheitspostulat mit seinem prinzipiellen Gegenteil konfrontieren wollen.

Christliches Ausländer-Engagement

Die in der Ausländer-Frage engagierten christlichen Organisationen liegen empfindlich richtig, wenn sie ungeachtet vereinzelter Extreme ihr Engagement für Arbeitsmigranten und Asylsuchende beibehalten. Theologisch je nach konkretem Anlaß und Kontext z. B. auf das Gebot der Nächstenliebe oder das biblische Fremdenrecht rekurrend, treten beide Großkirchen schon seit Jahren einem ausländerfeindlichen Klima in Alltag, Bürokratie oder in der Politik insbesondere in Form einschlägiger Stellungnahmen und Broschüren "Handreichungen" entgegen.

Unbestritten bleibt zudem, daß sich unabhängig dieses offiziellen Engagements diverse praktizierende Christen für einschlägigen Initiativen stark machen und ihre Glaubensüberzeugungen in entsprechende Arbeitsgruppen einfließen lassen. Trotzdem dominiert nicht nur in EKD-Kreisen eine nüchterne Einschätzung der gegenwärtigen Lage. Bisher - so heißt es - bliebe ein Bewußtsein christlicher Solidarität mit den Betroffenen auf einzelne Aktivposten beschränkt. "In den Kirchengemeinden stoße man auf die gleichen Vorbehalte und Ablehnungen wie in der übrigen Bevölkerung. So ist das Bild widersprüchlich. Einer kleinen Gruppe hochmotivierter Frauen und Männer, die sich aus christlicher und humanitärer Verantwortung für Asylsuchende und Flüchtlinge einsetzen, steht eine Mehrheit in der Bevölkerung gegenüber, bei der sich Gleichgültigkeit, Angst und offene Ablehnung unterschiedlich mischen." (1)

Eine neuere Umfrage unter 280 Personen im Alter zwischen 15 und 30 Jahren, gibt Hinweise darauf, daß sich die konsequente Haltung christlicher Instanzen nur bedingt auf die kirchliche "Basis" berufen kann. Die Befragten ließen sich - was ihre Selbsteinschätzung bezüglich Glauben und Kirche betrifft - zu je einem Drittel den Kategorien "dafür", "neutral" und "dagegen" zuordnen. Bezüglich der "Ausländer"-Frage ergab sich u. a. eine vorbehaltlose Aufnahmebereitschaft bei

23 % der erklärten "Kirchengegner". Dagegen zeigte sich bei immerhin 32 % der eindeutig religiös motivierten Probanden eine unmißverständlich ablehnende Position. Der Untersuchungsergebnis drängte sich deshalb auch die Frage auf, "wieso Menschen, die die Kirche für gut und wichtig halten, ja sogar schreiben: 'Ohne Kirche und Glauben' gäbe es 'keine Nächstenliebe', sich so entschieden gegen Ausländer aussprechen und sie am liebsten 'raus' hätten, 'egal mit weichen Mitteln'". (2)

Sozialpsychologische Problem- Aspekte religiöser Motivierung

Es bedarf weitergehender Erhebungen, um die hier angedeuteten Trends empirisch im einzelnen zu verorten. Unabhängig von den Ergebnissen steht allerdings ein theoretisches Modell im Raum, das individuelle Abgrenzungs- bemühungen gegenüber Angehörigen fremder Kulturen sozialpsychologisch erfassen will. Dieser Ansatz betont die sinnstiftende Funktion von Religion und hebt die anthropologische Sicherheit hervor, die für den einzelnen aus einer Glaubensbindung erwächst, solange sich das betreffende Individuum in einer ideologisch "stimmigen" Umwelt bewegt. Probleme ergeben sich allerdings dann, wenn Störungen in jenem Kommunikationsgeflecht auftreten, das der wechselseitigen Bekräftigung des mehrheitlich als "wahr" akzeptierten Weltbildes dient. In diesem Sinne können zunehmende Pluralisierung der Lebenswelt und Vervielfältigung weitanschaulicher Optionen dem traditionellen religiösen Menschen durchaus zu einer Herausforderung werden.

Die Zeiten mit der das Christentum in Westeuropa einen unangefochtenen Platz in der Sphäre der Sinnstiftung für sich beanspruchte, sind vorüber.

Die Zeiten mit der das Christentum in Westeuropa einen selbstverständlichen und weitgehend unangefochtenen Platz in der Sphäre der Sinnstiftung für sich beanspruchte, sind vorüber. Die überkommene Religion ist angesichts der alltäglichen Konfrontation mit formal gleichwertigen Alternativen ihrerseits legitimationsbedürftig geworden.

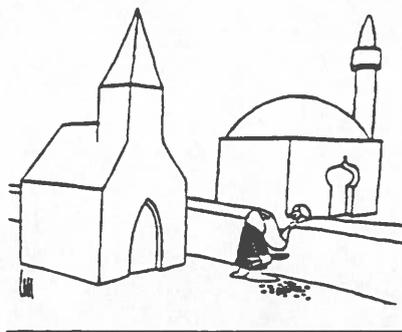
Mit Blick auf das in einer solchen Situation zur Verfügung stehende Verhaltensrepertoire hält der besagte Theonensatz mit der "Integration" und der "Nihilierung" zwei prinzipielle Reaktionsmöglichkeiten bereit. Religiöse Menschen, die auf individueller Ebene das Gespräch mit dem Andersgläubigen und dabei nach Gemeinsamkeiten in ihren jeweiligen Überzeugungen suchen sowie ökumenische Bestrebungen der offiziellen Vertretungen, stehen für das

zuerstgenannte Lösungskonzept im Kontext "multikultureller Verunsicherung". Ausgrenzung, Marginalisierung, ggf. sogar Dämonisierung einzelner Individuen oder ganzer Gruppen sind dagegen Formen der "Nihilierung". Die Qualität der Begegnung religiös unterschiedlich verwurzelter Menschen ist nicht vorgezeichnet. Mit Blick auf die überzeugten Christen in unserem Land muß aber auch betont werden, daß die Verabsolutierung der eigenen Position als Voraussetzung der Intoleranz in der Kirchengeschichte diverse Vorbilder findet, die für eine historisch abgeschwächte Aktualisierung offen sind. Eine analoge Problemlage ergibt sich dabei auch für Angehörige der islamischen Glaubensgemeinschaft, denn die Muslime beanspruchen in Abgrenzung gegenüber allen anderen religiösen Erscheinungen ebenfalls eine gottgewollte Sonderstellung. Ihre Lage erscheint jedoch schon deshalb als verschärft, weil sie in einem noch umfassenderen Sinn in das Spannungsfeld von traditionell andersgläubiger Umwelt und ethnisch-heimatische, überwiegend Volks-muslimisch gepragte Kolonie geraten. Säkularisierter Arbeitsplatz und religiös bestimmter Wohn- und Freizeitwelt stehen sich als zwei nicht vermittelbare Erfahrungszusammenhänge gegenüber: ein Zustand der tiefe seelische Wunden reißen kann. In einer vergleichbaren Position befinden sich auch die politischen Flüchtlinge nicht-christlichen Glaubens. Zugespitzt sind die Lebensverhältnisse vor allem dann, wenn der Kreis religiös Gleichgesinnter - wie etwa bei Mahayana-Buddhisten aus Vietnam oder Kambodscha - auf eine kleinere Minderheit beschränkt bleibt und die emotionale Geborgenheit, die für die erfolgreiche Aufarbeitung zurückliegender, ggf. traumatischer Erfahrungen Bedingung ist, nur durch ein kleines soziales Rückzugstfeld abgedeckt ist.

Sozialpsychologische Problem- aspekte religiöser Indifferenz

Auch die religiös Indifferenten haben im Kontext einer "multikulturellen Gesellschaft" ihre spezifische Problemkonstellation. Erich Fromm hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Grundlage der bestehenden Ordnung dem subjektiven Empfinden nach auch dann in Gefahr geraten kann, wenn die unausgesprochenen Konventionen einer Gruppe in Frage gestellt werden. Einen solchen Angriff sieht Fromm in der "Verletzung jener fundamentalen Tabus, die zum 'Kitt' der Gesellschaft gehören".³⁾ Schmidtchen hat einen zusätzlichen Gedankengang vollzogen, der sich unmittelbar auf die These von Fromm beziehen läßt. Der Religionssoziologe betont die Funktion eines sozialen "Metakommunikationssystems", das

den grundlegenden Konsens einer Gesellschaft und damit die weitgehend selbstverständliche Basis für den mehr oder weniger reibungslosen Vollzug interaktiver Prozesse repräsentiert.⁴⁾ Eine inhaltliche Präzisierung dieses "Metakommunikationssystems" kann mit Blick auf die aktuelle Lage im Bereich der "herkömmlichen" Religion nun insofern vorgenommen werden, als davon auszugehen ist, daß Glaubens-



und Weltanschauungsfragen zu einer Privatsache geworden sind "und alle Versuche, andere von den eigenen Anschauungen zu überzeugen, oft als Verletzung der Toleranznorm bewertet werden."⁵⁾ Diese Toleranznorm ist in der Bundesrepublik keineswegs auf gläubige Menschen begrenzt. Entsprechend aktivieren augenfällig nach außen gekennte religiöse Überzeugungen auch bei der säkularisierten Mehrheit ansonsten verborgene Abwehrmechanismen. In einer "multikulturellen Gesellschaft" können auf diesem Hintergrund manifeste Spannungen etwa durch religiös besetzte Symbole wie das Kopftuch muslimischer Frauen erwachsen. Ähnliches gilt, wenn etwa die profane Atmosphäre des Freitags durch die zahlenstarke Versammlung islamischer Nachbarn in der nahegelegenen Moschee gestört wird. Noch stärker in diese Richtung können darüber hinaus jene Vorurteile wirken, nach denen der Islam eine weitumspannende Theokratie etablieren möchte und der bloße Anblick türkischer Bürger an deren vermeintliche Absicht erinnert, daß etablierte säkularisierte "Metakommunikationssystem" in ein von Religion ganz und gar durchdrungenes Staatsgebilde zu überführen.

Pädagogische Schlußfolgerungen

Umfassende Informationsarbeit und die unmittelbaren Begegnungen der Kulturen untereinander konnten den in diesem Beitrag mehrfach angesprochenen Spannungsmomenten sinnvoll entgegenwirken. Eine religionswissenschaftliche Kurstatistik, die z. B. berücksichtigt, daß die deutsche Übersetzung des arabischen Begriffes "Dschihad" als "Heiliger Krieg" eine Verfälschung darstellt, dürfte mit deren lexikalischer Richtigstellung im Sinne von "sich

zusammennennen, um eine schwere Prüfung erfolgreich zu bestehen" sicher zum Abbau ungerechtfertigter Klischees beitragen.

Dennoch gilt, daß eine kognitive Erweiterung unseres Horizontes den resistenten Blockaden einer umfassenden Duldung Andersdenkender nur bedingt bekommen wird. Die Grenzen der reinen Kenntnisvermittlung wollen dann auch pädagogische Konzepte erweitern, die etwa den Besuch einer regionalen Pagode oder einer der vielen großstädtischen Moscheen vorsehen. Erfahrungen belegen, daß es bei solchen Gelegenheiten nicht bei einer "musealen" Betrachtung der riesigen vergoldeten Buddhasstatuen des Mahayanzentrums oder bei der Zaungastperspektive auf das von ca. 200 Muslimen durchgeführte Freitagsgebet bleibt. Die Begegnung kann sich vielmehr zu einer gemeinschaftlichen Übung im Lotussitzes unter Anleitung des Abtes oder die Hausführung des Imam durch alle Abteilungen des türkischen Kulturhauses inklusive islamischer Schlichterei und Räume für die rituelle Waschung entwickeln. In solchen Bildungsangeboten liegt dann auch durchaus eine Chance, wie sie Jokisch umschreibt: "Die Fixierungen, Denkmuster und Bewertungsschemata der eigenen Kultur halten uns fest. Wenn es aber darum geht, ... entsprechende Mechanismen aufzubrechen, werden wir anderen Kulturen begegnen müssen, um in sie einzutauchen, in ihnen zu denken und zu fühlen."⁶⁾

Anmerkungen

- 1)Mildenberger, M.: Asyl und christliche Verantwortung, in: Lähnemann, J.: Weltreligionen und Friedenserziehung. Wege zur Toleranz. Hamburg 1989, S. 211-217, hier S. 213.
- 2)Wentz, E.: Einstellungen zu den ausländischen Mitbürgern. Eine Umfrage unter der jungen Generation in Ludwigshafen, in: Pädagogische Hefte: 1990, IV, S. 2-17, hier S. 18.
- 3)Vgl. Fromm, E.: Die gesellschaftliche Bedingtheit der psychoanalytischen Therapie, in: Ders.: Gesamtausgabe, Bd. 1, Analytische Sozialpsychologie, Stuttgart 1980, S. 115-138, hier S. 121.
- 4)Vgl. Schmidtchen, G.: Was den Deutschen heilig ist. Religiöse und politische Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland, München 1979, S. 12 ff.
- 5)Vgl. Köcher, R.: Wandel des religiösen Bewußtseins in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kaufmann, F. X., u. a. (Hg.): Religion, Kirchen und Gesellschaft, Opladen 1988, S. 145-158, hier S. 156.
- 6)Jokisch, K.: Zum Umgang mit dem Fremden, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 23-24 (1990), S. 26-32, hier S. 31.

MEINUNGSFORSCHUNG

STUDIE ZUM AUSSENPOLITISCHEN BEWUSSTSEIN

Wieder stärker über den Zaun geschaut

VON PETER A. ULRAM

Die Meinungsforschungs-Institute Fessel+GfK und IFES haben um die Jahreswende eine repräsentative Studie zum außenpolitischen Bewußtsein der Österreicher erarbeitet: Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Hanspeter Neuhold und Univ.-Doz. Peter A. Ulram wurden 2000 Personen befragt. Hier das Ergebnis:

Während Außenpolitik noch vor einem Jahrzehnt eher das Interessengebiet einer relativ kleinen Gruppe war, so zeigten sich an der Jahreswende 1990/91 beinahe die Hälfte der Österreicher sehr (20%) oder eher (23%) an außenpolitischen Fragen interessiert; nur 8% (1981: noch 24%) vermeiden völliges

Desinteresse. Noch stärker als der Anstieg des Interesses fällt die Zunahme des Gefühls der persönlichen Betroffenheit von außenpolitischen Entscheidungen aus: Die Gruppe von (subjektiv) in hohem Ausmaß Betroffenen hat sich gegenüber 1981 fast auf das Dreifache erhöht.

Tabelle 1: Außenpolitisches Interesse und Betroffenheit

in Prozent	1981	1990/91	Veränderung
Es sind an außenpolitischen Fragen			
• sehr interessiert	10	20	+10
• eher interessiert	15	23	+8
• mäßig interessiert	27	30	+3
• eher wenig interessiert	24	19	-5
• völlig uninteressiert	24	8	-16
Es fühlen sich persönlich durch außenpolitische Entscheidungen			
• in hohem Maße betroffen	7	20	+13
• nur in geringem Maße betroffen	35	41	+6
• überhaupt nicht betroffen	36	26	-10
• weiß nicht	22	12	-10

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältiger Natur, beginnend mit einem generellen Anstieg des Bildungsniveaus, allgemein gestiegenem Interesse (was nicht heißen muß: positiver Anteilnahme) am politischen Geschehen, verstärkter Verfolgung außenpolitischer Berichterstattung in den Medien – respektive auch vermehrter medialer Coverage außenpolitischer Themen und ähnliches mehr: vor allem aber ist die Öffnung des Ostens, von den Österreichern mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, in ihren Auswirkungen hautnah zu verspüren – was nicht immer zu positiven Reaktionen, jedenfalls aber zu vermehrter Befassung mit der internationalen Umwelt

führt. Gerade der Osten des Bundesgebiets ist von einer faktischen "internationalen Randlage" nunmehr tatsächlich ins Zentrum des Geschehens gerückt, wobei immer mehr Österreicher (und vor allem Wiener) auch die neuen Nachbarn persönlich in Augenschein nehmen.

Tabelle 2: Osteuropabesuche

In Prozent waren in den früheren Ostblockstaaten	ÖSTERREICH	WIEN
• schon vor der Öffnung des Eisernen Vorhangs	43	61
• in den letzten 12 Monaten	20	28
• noch nie	42	22

Auch hier gilt, daß zwar nicht jede Kontaktaufnahme auch notwendigerweise zu mehr Verständnis führt; im Schnitt bedeutet die persönliche Konfrontation mit der Situation in den ehemaligen Oststaaten und beziehungsweise mit Menschen aus dem Ausland aber doch ein Mehr an Aufmerksamkeit, an Interesse, an Problembewußtsein und im übrigen auch an Offenheit und an Hilfsbereitschaft.

Die Entwicklung im Osten Europas wird dabei durchaus differenziert gesehen: Während man den besser entwickelten Ländern eher gute Erfolgschancen für die Etablierung von Marktwirtschaft und Demokratie bescheinigt, und manche von ihnen auch in nicht allzu weiter Ferne als EG-Mitglieder vorstellbar erscheinen, wird die Entwicklung in der Sowjetunion als weitgehend problematisch (vom Andauern der Instabilität bis zum Zerfall der UdSSR) erachtet. Positive Chancen sieht man, wenn überhaupt, nur im Fall einer massiven Hilfeleistung durch den Westen.

Durchaus zur Hilfe bereit

Entgegen einer (in der veröffentlichten Meinung) mitunter verbreiteten Einschätzung zeigen sich die Österreicher dabei durchaus zur Hilfestellung bereit: 51% sprechen sich für eine Hilfe Österreichs an alle osteuropäischen Länder aus, 28% wollen nur den Nachbarländern Ungarn, ČSFR und Jugoslawien helfen; lediglich ein Fünftel (20%) meint, daß Österreich diese Länder sich selbst überlassen und nichts tun solle. Und was beinahe ebenso wichtig ist: Die Art der notwendigen Hilfestellung wird durchaus realistisch betrachtet. Insgesamt stehen weniger rein humanitäre Aktivitäten als Hilfe beim wirtschaftlichen Wiederaufbau und Know-How bzw. Informationsvermittlung im Vordergrund.

Ein Spezialthema stellt die deutsche (Wieder-)Vereinigung dar: Die Österreicher bewerten sie zwar durch die Bank

positiv (87%, nur 10% negativ), doch fühlt man sich nur in Grenzen betroffen: 12% orten sehr und 24% eher große Auswirkungen auf Österreich; 38% sehen eher nur geringe und 24% so gut wie keine Auswirkungen auf unser Land. Sofern man Auswirkungen wahrnimmt, vermutet man vor allem positive Effekte für Wirtschaft und Fremdenverkehr; Negative werden deutlich seltener genannt, zumeist im Hinblick auf ein Ansteigen der Ausländerzahlen und des Wachstums von Verkehrs-/Umweltproblemen.

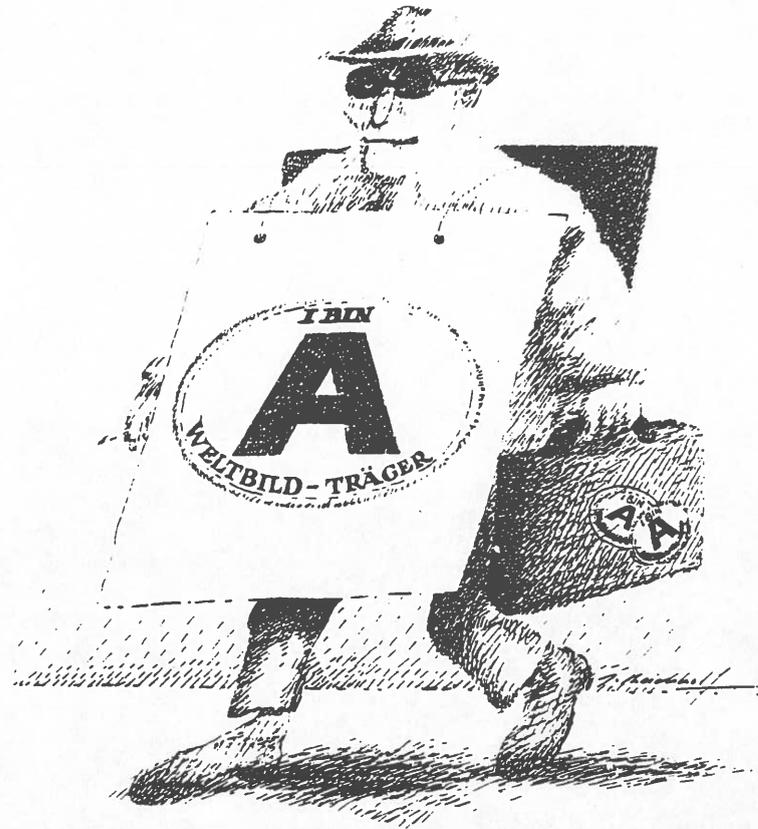
“Anschluß” ohne Bedeutung

Daß die deutsche Vereinigung eine zwar erfreuliche Angelegenheit, aber eben doch eine solche des Nachbarlands ist, zeigt sich auch in der Bedeutungslosigkeit als Anschlußthema für Österreich: Wie schon aus anderen Studien der letzten Jahre hervorgeht, bleibt der Kreis der Anschlußbefürworter auf eine kleine (im Zeitverlauf deutlich abnehmende) Gruppe (derzeit 6%) beschränkt: 92% lehnen einen Anschluß Österreichs an das vereinte Deutschland dezidiert ab. Ansonsten wird die Vereinigung Deutschlands in ihren Folgen überwiegend positiv gesehen:

- Etwa drei Viertel erwarten dadurch eine Förderung des Wirtschaftsaufschwungs in Europa bzw. die Förderung der Weiterentwicklung der EG;
- beinahe neun von zehn Befragten verneinen eine Bedrohung der Nachbarländer Deutschlands;
- 57% sehen Deutschland auf dem Weg zur führenden Macht in Europa;
- jeweils knapp die Hälfte vermutet eine Annäherung Deutschlands an die Sowjetunion oder hält dies für nicht wahrscheinlich.

Gewisse Befürchtungen herrschen allerdings hinsichtlich einer Verstärkung der wirtschaftlichen Abhängigkeit Österreichs von Deutschland (43% ja, 51% nein).

Hinsichtlich der Zukunftsperspektiven der Europäischen Gemeinschaft überwiegt der Eindruck, die EG werde noch längere Zeit eine eher lose Ge-



Josef Reichholf

meinschaft mit dem Schwerpunkt auf wirtschaftlicher Zusammenarbeit der Mitglieder bleiben; nur ein Viertel prognostiziert die baldige Etablierung einer gemeinsamen Wirtschafts-, Sozial-, Außen- und Verteidigungspolitik der EG. Eine EG-Vollmitgliedschaft Österreichs wird von jedem Zweiten befürwortet (drei von zehn; Ablehnung); 88% glauben auch, daß Österreich EG-Mitglied werden wird. Für den Fall der Unvereinbarkeit von EG-Mitgliedschaft und Neutralitätsstatus ist die Haltung

eindeutig: 82% würden eher auf eine EG-Mitgliedschaft, 14% eher auf die Neutralität verzichten.

Die Ergebnisse der Studie – die im übrigen auch allgemeine Probleme des internationalen politischen Systems, mögliche Konflikte, die Bedeutung internationaler Umweltpolitik und die Probleme der Dritten Welt behandelt hat – sind dabei nicht nur von wissenschaftlichem Interesse, sondern könnten auch einen Anlaß zum Nachdenken bei den außenpolitischen Entscheidungsträgern geben.

Zusammengefaßt: Die Österreicher sind nicht nur an Außenpolitik interessiert, sie stehen auch der internationalen Entwicklung und vor allem der Situation in Ost-Mittel-Europa viel aufgeschlossener gegenüber, als man dies aufgrund mancher Zeitungsberichte und -kommentare vermuten würde. Hier existiert ein gerüttelt Maß an Verständnis, auf das man aufbauen und mit dem man eine zukunftsweisende Außenpolitik auch offensiv vertreten konnte. ♦

Tabelle 3: Was sollte Österreich tun?

in Prozent jener, die für eine Hilfestellung durch Österreich eintreten

- Wirtschaftliche Hilfe/Hilfe beim Wiederaufbau etc. 36
- diverse finanzielle Hilfe 22
- Know-How-Vermittlung, Schulung, Informationsvermittlung etc. 33
- Lebensmittel- u. sonstige Spenden 18
- Handel, Investitionen, Joint Venture etc. 6
- Umwelt- u. Energiesituation verbessern 6

Die Freude war groß und grenzenlos: In Budapest haben sich die Reformkommunisten selbst wegrationalisiert, auf den Trümmern der Berliner Mauer entstand das gemeinsame Deutschland. Havel schaffte in Prag den langen Weg vom Gefängnis in den Präsidentensessel in kürzester Zeit, in Bukarest und Sofia erwachen die Feinde des Kommunismus und sogar in Tirana stürzen die Stalin-Denkmal. Von der Sowjetunion ganz zu schweigen. Die große und grenzenlose Freude wich bald einer bitteren Ernüchterung. Auf der langen »Durststrecke« der wirtschaftlichen Schwierigkeiten scheinen immer mehr Menschen zu verhungern, und ohne den sozialen Schutz der Planwirtschaft werden Pensionisten und Kleinverdiener von der galoppierenden Inflation erdrückt.

Hungermüde, frierende, unzufriedene Menschen begnügen sich selten mit ihrer miserablen wirtschaftlichen Situation: sie wollen sich auch noch politisch vernichten.

So gebar die neue Freiheit in den ehemaligen kommunistischen Ländern den alten Haß gegen den Nachbarn und vor allem gegen die Minderheiten im eigenen Land. Sündenbocke müssen her! In Rumänien sind es die Ungarn und die Zigeuner, in Ungarn die Zigeuner, in der Slowakei die Ungarn, in der Sowjetunion und in Jugoslawien der jeweilige Nachbar.

Die osteuropäischen Staaten müssen – wie die Entwicklungsländer – die »Demokratie« erst erlernen. Österreich, das Kernland der einstigen Monarchie, soll und muß hier ideenliefernd und helfend eingreifen. Die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie, die ein Vielvölkerstaat und kein »Völkerkerker« war, muß ein Modell Mitteleuropa erstellen, um diesen Ländern die Handhabung der Demokratie nahezubringen.

Visionen wurzeln immer in der Vergangenheit: so auch die eines Modells Mitteleuropa:

Alles beginnt am 6. August des Jahres 1806, in Wien. Auf dem Platz Am Hof verkündet an diesem Tag ein reitender Herold das Ende des Römischen Reiches Deutscher Nation. Das »Reich« zerfällt mit diesem Tag in Österreich, Preußen und den Rest unzähliger deutscher Gratschatten, Herzog- und Königtümer.

Der erste, wenn auch nicht sonderlich glückliche Versuch, dieses Auseinanderdriften zu bremsen, geht auf das Jahr 1815 und auf den Namen Metternich zurück, als in Wien der russische Zar Alexander I., der Preußen-König Friedrich Wilhelm III. und Kaiser Franz.

Mitteleuropa auf der Suche nach einer neuen Form friedlichen Zusammenlebens der Nationalitäten

Modell »Metternich«

Von Peter Stiegnitz

vormals der II. des Heiligen Römischen Reiches, nunmehr der I. von Österreich, auf den napoleonischen Trümmern in einer »Heiligen Allianz« sich gegenseitigen Beistand versichern. Metternich und seine »Heiligen« drei Könige kochen für ihre Völker allerdings ein nicht sehr verdauliches Süppchen in ihrer Re-

Die Menschenmassen, die immer schon trag und leicht entzündbar gewesen sind, finden an der Idee der Metternichschen Restauration nie wirklich Geschmack. Sie singen und blasen lieber ihre nationalistischen Kampflieder.

Das Heroische und das Pathetische, diese generell menschenverachtenden Zutaten nationaler Überheblichkeiten sind dem österreichischen Biedermeier ebenso fremd wie Metternichs Restaurations-Rezeptur. Metternich ist ein Mann der Vergangenheit – und daher seiner Zeit weit voraus. Viel Blut, Terror und Diktatur müssen über die Bühne der Donauländer rollen, bis diese die Morgenrote des Gestern zu erblicken bereit sind.

Multikultureller Geist

Kräftig ertönt 1848 der Ruf nach Gleichberechtigung, wobei den ersten Anstoß dazu der junge Kaiser Franz Joseph anlässlich seiner Thronbesteigungsrede vom 2. Dezember 1848 mit dem Versprechen, das gemeinsame Vaterland »auf den Grundlagen der Gleichberechtigung aller Völker« entstehen zu lassen.



stauration: »... Daß es notwendig ist, die von den Mächten in ihren gegenseitigen Beziehungen einzunehmenden Haltung auf die erhabenen Wahrheiten zu gründen, die uns die ewige Religion Gottes des Heilands lehrt...« Die einzige Rezeptur dieser Restauration, die den Völkern guttat, lieferte der gesamteuropäisch und antinational denkende Metternich, der wie Grillparzer (»... von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität...«) vor dem nationalistischen Weg warnt.

selber liefert. Die Menschen in Prag und Pest – und die Studenten in Wien – schenken dem Kaiser jedoch keinen Glauben. An diesem 2. Dezember 1848 hört man dem vorletzten Kaiser genauso wenig zu wie dem letzten am 16. Oktober 1918, als Kaiser Karl aus der Monarchie einen Bundesstaat »der Völker, auf deren Selbstbestimmungsrecht das neue Reich gründe«, machen will. Die beiden Jahreszahlen 1848 und 1918 kennzeichnen heute noch die mitteleuropäische Si-

situation: wieder blicken die kulturberlienen Böhmen und die computertixierten Ungarn nach Wien. Außerdem: Nur die Wiener Vision Metternichs kann Berlins mauerioser, wiedervereinigenden Expansion Einhalt gebieten.

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus (1989) beginnt der große Aufbruch – mit einem unklaren »Ja!« zum goldenen »sanften Westen«. Als erste brechen die Minderheiten nach Westen auf, da die freiheitstrischen Nationalstaaten Jagd auf ihre Minderheiten machen: Die Bulgaren jagen über 300.000 Türken in die Türkei, 50.000 Magyaren fliehen aus Rumänien nach Ungarn, und mehrere hunderttausend Deutsche aus dem Osten werden zu nicht sonderlich willkommenen »Übersiedlern« in der BRD.

Mitteleuropas Geist ist seit Metternichs Tagen bis weit in den Osten hinein im besten Sinne multikulturell: In Prag harmonieren die tschechische, die deutsche und die jüdische Kultur, in Budapest die urban-ungarische mit der wienerschen und der jüdischen, in Danzig die deutsche und die polnische, in Wilna litauische, weißrussische und jüdische Kultur. In Wien selbst sind sie alle vertreten. Mord, Vernichtung und Vertreibung machen während des Zweiten Weltkrieges und auch noch nachher diese geistige Symbiose zunichte, und

das »Sibirien« des Kommunismus erdrückt die Restreihen der Kultur bis zum Ende des Eisernen Vorhanges.

Die Bedeutung des Nationalismus, die gleichzeitig seine psychologische Stärke ist, liegt in einer falschverstandenen, weil menschenverachtenden Identitätssuche. Frustrierte, enttäuschte, existentiell gescheiterte Menschen haben sich immerschon auf nationale Sündenbocksuche gemacht. Schuld an ihrer Misere sind immer die anderen, nie sie selbst: bestimmte, mystifizierte Minderheiten (Juden, Zigeuner) eignen sich hervorragend für die Erfüllung dieser Sündenbockfunktion.

Tödliches Gift Nationalismus

Die eigentliche Reibungsfläche, deren Funken Wald- und Weltbrände verursachen können, verläuft entlang einer kulturellen Grenze zwischen der nationalen Folklore bestimmter Gruppen und dem übernationalen Geist der Individuen. Solange die Folklore nicht ideologisiert wird, bleibt sie im harmlosen Rahmen fremdenverkehrsliukrativen Wirbewußtseins. Tödliches Gift jedoch ist die nationalistische Abkapselung. Wird diese Essenz aus Gesangsvereinen und Volkstanzgruppen herausgeschält und mit politischen Ingredienzen versehen, so eignet sie sich her-

vorragend für die Vergiftung der eigenen Seele und allen »fremden« Lebens.

Osterreich kann ein Modell für Mitteleuropa entwickeln, weil es immer ein Magnet war. Die (Kultur-)Geschichte Osterreichs prägten meist die Zuwanderer:

- Nachdem Franz Joseph I. die beengenden Wiener Stadtmauern schleifen läßt, ist Wien ein Mekka der aus dem Ausland herbeigeilten Architekten geworden. Der deutsche Theophil Hansen erbaut das Parlament und das Musikvereinshaus, der Däne Gottfried Semper die Neue Burg und das Burgtheater, der Hamburger Friedrich Schmidt das Rathaus und der Westpreuße Karl Tietz das Grand Hotel.

- Der Begründer der modernen Sozialpolitik und erster Sozialminister nach 1919, Ferdinand Hanusch, kommt aus Schlesien.

- Seitentüllend sind die Namen der großen Künstler, die aus den »Kronländern« und aus Deutschland nach Osterreich kommen, wo sie Heimat und Wirkungsstätte finden: Beethoven, Brahms, Canetti, Soyter, Dor, Sebestyen – und von Freud, Adler und Kafka ganz zu schweigen.

Sie alle kamen, sahen – und Osterreich siegt mit ihrer Hilfe überall dort, wo nicht engstirniger Nationalismus, sondern weit- und weltgewandter Geist verlangt wird.

Wo Sie für jedes Problem die richtige Lösung finden.

ImageEdit, Arts & Letters, Image Document Utility, OS/2 Image Support, Superproject Plus, OfficeVision/400, Personal AS, Video Connection, Excel, Lotus 1-2-3, KFZ Paket für Werkstätte und Handel, 1-2-3/M, MS Excel, Display Graphics, Bau, IBM Motion Video System, Book Manager, Auto Tagger, IBM Interleaf Publishing Series, Publishing System Master Series, Page Maker, KFZ Paket für Werkstätte und Handel, Supercalc, MS Excel, Einzelhandel, IBM FIBU, Works, Einzelhandel, PC:Text 5/2 Composer, PRISM, dBASE III, IBM Interleaf Publishing Series, IBM Storyboard Plus, AS V2, QMF, Gesamtlösung für den Wirtschaftstreuhand, IBM Office Facsimile Application, OS/2 Query Manager, Lohn- und Gehaltsverrechnung, Kassenanwendungen, Bau-Nebengewerbe, Finanzbuchhaltung, Lohn- und Gehaltsverrechnung, Supercalc, Lohn- und Gehaltsverrechnung, IBM Motion Video System, Rechtsanwalt, Notariat, Gesamtlösung für den Wirtschaftstreuhand, Freelance Plus, ImagePlus, Warenwirtschaft, Großhandel, OfficeVision/MVS, FAS für Fertigungsbetriebe, IBM Textwrite, Einzelhandel, Kassenanwendungen, Ärzte, DKS-Finanzdatenbank, MAPICS/DB, CIM, POMS, OS/2 Image Support, DKS-Finanzdatenbank, ZEPERM, AAE, MAP Tokenring, Publishing System Master Series, MICROCADAM, CBDS, CAEDS, CIM-MITTELSTAND, INFRA, Arts & Letters, ImageEdit, Image Document Utility, Freelance Plus, IBM Textwrite, OfficeVision/400, OfficeVision/MVS, OfficeVision/VM, AS V2, Personal AS, OfficeVision/400, Executive Decisions/VM, Besser mit

<p>AE, MAP OfficeVision Wirtschafts Kassenanwe Verkauf, G Kassenanwendungen, INFRA, MS Excel, El Warenwirtschaft, Offi /2, KUMATRONIK, Gehaltsverrechnung, Arzte, Reisebüro, Im Series, Excel, QMF, Gehaltsverrechnung, MICROCADAM, CBE OfficeVision/VM, Off Series, IBM Motion V Word 5.0, II IBM Storybo Support, Off MITTELST CAEDS, MA</p>	<p>ster M, IBM agePI hant SM, OS/2 Image Suppor STAND, CIM-CDF, CA Office Vision/VM, /370 Text GIA, CADAM, MAPICS FIBU, Word 5.0, Wor ger, MAPICS, FAS, Fi tel, Restaurant, Bau, I PICS, PRISM, POMS Gastgewerbe, Hotel, Re /2 Image support, AS V andhandel, IBM Interle</p>	<p>MITTELSTAN PROI oard fur BM Verkauf, ulativ, OS/2 In 1-2-3, 1-2-3/M, M una, Supercalc, Warenwirtschaft, c, F&A, Lohn- und Gel werte, OfficeVision/ ishing Series, PICS, PRISM, POMS Gastgewerbe, Hotel, Re DI, Arts & oms/VM, Not rs, Execuiv Page Mai uoc rbe, raster OfficeVis Image support</p>	<p>teEdit, Image Docume om/VM, DKS-Fina altsverrechnung ger, ZEPERM, IBM Offi ur den W IBM PEM IB</p>	<p>4 Textwrite ung für den IC, CATIA, tarius, IBM rbe, Hotel, erwerbe, Hotel, DAE, isions/VM, /370 Text, I, DAE, AAE, PC:Text I, POMS, Lohn- und Facsimile Application, ishing System Master er Series, Lohn- und CATIA, CADCAM, 2, OfficeVision/MVS, ishing System Master onal AS, IBM FIBU, k Manager, OS/2 Image F V2, CIM, AM, CBDS, 1-2-3, KFZ</p>
--	---	---	---	---

Paket für Werkstätte und Handel, 1-2-3/M, MS Excel, Display Graphics, Bau, IBM Motion Video System, Book Manager, Auto Tagger, IBM Interleaf Publishing Series, Publishing System Master Series, Page Maker, KFZ Paket für Werkstätte und Handel, Supercalc, MS Excel, Einzelhandel, IBM FIBU, Works, Einzelhandel, PC:Text 5/2 Composer, PRISM, dBASE III, IBM Interleaf Publishing Series, IBM Storyboard Plus, AS V2, QMF, Gesamtlösung für den Wirtschaftstreuhand, IBM Office Facsimile Application, OS/2 Query Manager, Lohn- und Gehaltsverrechnung, Kassenanwendungen, Bau-Nebengewerbe, Finanzbuchhaltung, Lohn- und Gehaltsverrechnung, Supercalc, Lohn- und Gehaltsverrechnung, IBM Motion Video System, Rechtsanwalt, Notariat, Gesamtlösung für den Wirtschaftstreuhand, Freelance Plus, ImagePlus, Warenwirtschaft, Großhandel, OfficeVision/MVS, FAS für Fertigungsbetriebe, IBM Textwrite, Einzelhandel, Kassenanwendungen, Ärzte, DKS-Finanzdatenbank, MAPICS/DB, CIM, POMS, OS/2 Image Support, DKS-Finanzdatenbank, ZEPERM, AAE, MAP Tokenring, Publishing System Master Series, MICROCADAM, CBDS, CAEDS, CIM-MITTELSTAND, INFRA, Arts & Letters, ImageEdit, Image Document Utility, Freelance Plus, IBM Textwrite, OfficeVision/400, OfficeVision/MVS, OfficeVision/VM, AS V2, Personal AS, OfficeVision/400, Executive Decisions/VM, Besser mit

Böhmen liegt, gemäß William Shakespeare, am Meer. Ich muß gestehen, daß ich zunehmend glücklich wäre, wenn es wenigstens in der Bewußtseinslage von manchen Politikern, Journalisten, sogenannten Meinungsbildnern und vielen, vielen Österreichern diesen geographischen Irrtum in der Vorstellungswelt über Österreich gäbe. Wer angesichts einer sich bewegenden Welt, der Situation der Veränderung in der Nachbarschaft, des europäischen Einigungsprozesses und der Verabschiedung der Nachkriegsordnung noch immer so tut, als läge unsere Heimat im »nowhere land«, kann im positivsten Fall nur die skurrile Phantasie der Beatles im »Yellow Submarine« haben. Angesichts der Strapazierung der österreichischen Neutralität durch Überfliegen des Bundesgebietes mit Kriegsmaterialien kam erschreckend zum Ausdruck, was ohnehin zu befürchten war: Ein Großteil der Österreicher verwechselt Neutralität mit »ohne uns«. Das »global village« ist vielleicht nicht nur, aber jedenfalls auch bei uns zum Heimkino verkommen, wo man sich mehr oder weniger genußvoll Geschehnisse »draußen« anschaut, aber nicht das Gefühl hat, daß alles, was dort geschieht, auch hier von Bedeutung ist. Politik und Medien folgten dieser Haltung mit bemerkenswerter Konsequenz: Der Golfkrieg wurde zum bestimmenden Ereignis, wobei die Veränderungen im Nachbarland Jugoslawien und im sowjetischen Imperium nicht nur auf die hinteren Ränge verdrängt wurden, sondern gar nicht existierten. Gespräche mit Politikern unserer östlichen Nachbarn haben aber deutlich gezeigt, daß bei diesen die Gefühle der Gefährdung durch die jugoslawischen und sowjetischen Entwicklungen wesentlich akuter waren als bei uns. Sind wir um die 60 Kilometer Distanz zwischen Wien und Bratislava sicherer? Keineswegs!

Wegschauen

Es ist zu befürchten, daß die Verkennung der Wirklichkeiten – mit dem Wirklichkeitssinn haben wir schon immer unsere Probleme gehabt – weitergeht. Was gab und gibt es doch für Reisen in alle möglichen Gebiete und Hauptstädte, die letztlich mit dem österreichischen Sicherheitsbedürfnis nichts zu tun haben. A propos Sicherheit: Sitz und Vorsitz im Sicherheitsrat tühren dazu, daß wir uns zur Sicherung der Sicherheit gerne anderswo zur Verfügung stellen (Stichwort »Blauhelme am Golf«). Wenn man aber an das eigentliche Sicherheitsbedürfnis unseres Staates denkt, liegen die Probleme doch woanders.

Wo liegt Österreich?

Von Erhard Busek

Ob es einem paßt oder nicht, ob man Sorge um die bestehenden Zahlungsverpflichtungen Jugoslawiens an uns und andere hat oder nicht – die innere Situation unseres Nachbarn stellt ein Sicherheitsproblem für Europa dar. Zu lange haben nicht nur wir, sondern auch die westlichen Europäer weggeschaut. Weggeschaut hinsichtlich der Fähigkeit des Vielvol-



kerstaates, als solcher regierbar zu bleiben, weggeschaut, was die Situation der Menschenrechte in Kosovo und anderswo betrifft, weggeschaut beim natürlichen Interesse, eine europäische Integration unseres Nachbarn auch zu ermöglichen. Dabei liegen die Antange einer hoffnungsvollen Entwicklung lange zurück. Schon lange hat man Jugoslawien nicht zum Ostblock gerechnet; heute muß man konstatieren, daß die politischen Zustände der Demokratie möglicherweise dort am betrüblich-

sten in Europa sind, wo die albanische Entwicklung in Richtung Demokratie weitergeht. Es ist selbstverständlich, daß es weder die Aufgabe Österreichs noch Europas sein kann, sich in innere Verhältnisse eines Landes einzumischen, es sei denn, eine Verletzung der Menschenrechte, ja möglicherweise Völkermord, verlangen es. Es gibt aber ein ganz natürliches Sicherheitsbedürfnis, das man unter anderem auch mit den geschichtlichen Erfahrungen am Balkan implementieren kann. Natürlich ist es bequemer für uns und die Europäische Gemeinschaft, zu meinen, es sollte halt alles so bleiben wie es ist, und die verschiedenen Völker und politischen Auffassungen sollen sich zusammenraufen. Es wird nur nicht funktionieren... Die Situation unseres Nachbarn ist ein europäisches Sicherheitsproblem, sodaß auch eine europäische Initiative erforderlich ist. Für die Baltischen Staaten gibt es vergleichsweise mehr Engagement.

Explosionsgefahr

Eine europäische Sicherheit verlangt, durch Gespräch und Unterstützung, allenfalls auch durch diplomatische Mittel und wirtschaftliche Hilfe, eine ertragreiche Situation in unserer Nachbarschaft herzustellen und die Gefahr der Explosion zu senken. Wenn allerdings eine Explosion stattfindet, werden wir die ersten Betroffenen sein. Ob wir dann mit der Neutralität durchkommen? Ein ähnlicher Wirklichkeitsverlust findet hinsichtlich der Situation in der Sowjetunion statt. Die Bewegungen in der Ukraine, nicht zuletzt in mittelbarer Nachbarschaft, sind genau zu beobachten; infolge alter kultureller und politischer Relationen auch eine Verpflichtung unseres Landes. Das Generalkonsulat und Kulturinstitut Österreichs in Kiew sind daher ebenso vordringlich, wie die Wiederaufnahme alter Beziehungen nach Ostgalizien und in die Bukowina... Dabei werden prinzipielle Gesichtspunkte österreichischer außenpolitischer Betrachtung sichtbar. Gerade ein kleines Land mit einer vielfältigen Nachbarschaft ist auf eine intensive Nachbarschaftspolitik angewiesen. Die Bandbreite österreichischen Verhaltens ist allerdings zu groß. Werden einerseits oben genannte Entwicklungen durch »Wegschauen« bewältigt, neigen wir andererseits gegenüber anderen Nachbarn zu einem zu intensiven Engagement. Gewiß ist unser Sicherheitsbedürfnis im Fall grenznaher Atomkraftwerke mehr als verständlich, unsere Abneigung gegen allzuviel Transit eine Bedingung für die Erhaltung unserer Lebenswelt. Aber wie das alles vorge-

bracht wird – durch Politiker-Initiativen und Ausritte sonstiger Aktivisten – führt dazu, daß wir am besten Wege sind, uns mit dem Rest der Nachbarn zu zerstreuen. Der CSFR-Außenminister Jiri Dienstbier konnte seinem Parlament hinsichtlich der Beziehungen zu Österreich nur berichten, daß sie »durch das Atomkraftwerk Bohunice belastet« sind. Ist das nicht zu wenig für eine historisch tiefe und kilometerlange Nachbarschaft? Werden wir nicht vor lauter Transit-Diskussionen die Möglichkeit verlieren, unsere Beziehungen zur EG zu gestalten?

Neue europäische Konzeption

Nicht der bedingungslosen Kapitulation sei das Wort gesprochen, sondern einer anderen Form der Auseinandersetzung. »Innenpolitik ist Außenpolitik« gilt hier im hohen Ausmaß, muß aber dennoch vom Ergebnis her in Frage gestellt werden. Wir müssen weg von den Extremen: Jahrelang wurde gerade von den Landespolitikern verlangt, daß Autobahnen gebaut werden müssen, damit Österreich nicht umfahren wird. Kaum haben wir diese, sind sie zur Belastung geworden, sollten am besten entweder unter die Erde oder überhaupt verschwinden. Wir müssen das rechte Augenmaß gewinnen und zur Kenntnis nehmen, daß wir eine spezielle geographische, ja sogar geo-

politische Lage einnehmen, die wir in Sonntagsreden verherrlichen (Brücke, Drehscheibe, Herz Europas, etc.), aber dann letztlich doch schwer ertragen können. Es darf nicht verkant werden, daß ein kleines Land gegenüber größeren Ländern, ja größeren Ländergemeinschaften, geringere Möglichkeiten hat. Abschließung wird nicht funktionieren, viel eher wird es die Mitgestaltung sein, die uns hilft, bestehende Probleme zu bewältigen. Wenn wir nun unsere Probleme und die unserer Nachbarn betrachten, etwa die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der ehemaligen Ostblockländer, die nationalen Probleme Jugoslawiens, dann ergibt sich die Frage, ob es nicht an der Zeit wäre, eine größere europäische Konzeption zu entwickeln. Die Europäische Gemeinschaft ist aus einer genialen Idee entstanden, die den verantwortlichen Politikern nach dem Zweiten Weltkrieg in aller Phantasie und unter Verzicht auf einen zu stark ausgeprägten Realitätssinn kam. Winston Churchill war es, der die Wiederbesinnung auf Europa artikulierte, die christdemokratischen Politiker Robert Schuman, Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer setzten es kühn um. Sie versuchten, die Ursache vieler europäischer Konflikte – nämlich das Spannungsverhältnis von Frankreich und Deutschland – ebenso aufzuheben, wie die gemeinsame Verwaltung jener Mittel zu erreichen, die

Grundlage für neue Kriege sind, nämlich Kohle und Stahl. Daraus entstand die Sechser-Gemeinschaft, der auf beiden Gebieten ein voller Erfolg beschieden war. Der gegenwärtige Weg, auf mühsame Weise und mit vielen Vorschriften zentralistisch Europa zusammenzubosseln, ist angesichts der dringenden Situation in der Mitte Europas allzu kurzatmig und mühevoll. Das scheinen die handelnden Personen zu ahnen: nicht umsonst gibt es die verschiedensten Bilder von Europa: Michail Gorbatschow spricht vom »Gemeinsamen Haus«, Jacques Delors entwickelt das Konzept der konzentrischen Kreise und Francois Mitterrand hat mit einem Vorschlag zu einer »Confederation Europeenne« überrascht.

Die Einwände gegen Gorbatschows »Gemeinsames Haus« ergeben sich von selbst: Allzu unterschiedlich sind die Wohnungen, allzu deutlich der Qualitätsabfall zwischen Keller und Beletage. Auch die »konzentrischen Kreise« sind es nicht, die uns jene Dynamik besneren, die wir brauchen. Schön ist es, im Inneren zu sein, doch allzu windig an der Peripherie. Die »Confederation Europeenne« verheißt mehr Phantasie: ein neues Konzept vorzuziehen, das bestehende Entwicklungen wie EG, EFTA, EWR bestehen läßt und gleichzeitig den Wurf einer größeren Gemeinsamkeit versucht. Diese Kontoderation kann ein großer gemeinsamer Rahmen sein, in dem die vielfältigsten Beziehungen bestehen, etwa der geschlossene Wirtschaftsraum der EG, sich Schritt um Schritt und Land um Land vortastend, sowie die bisherigen Ertragschaften der EFTA oder möglicherweise des EWR, genauso wie eine neue europäische Sicherheitskonzeption, die sich aus der KSZE entwickeln kann.

Verfassungsphantasie

Die staatsrechtliche Phantasie des alten Heiligen Römischen Reiches – ganz ohne Nostalgie – war vielfältiger, als es der längst überholte Nationalstaat des 19. Jahrhunderts heute in Europa zuläßt. In einem großen gemeinsamen Rahmen gab es die verschiedensten Regelungen und Bündnisse: Die gemeinsame Gerichtsbarkeit des Kaisers genauso wie das Städtebündnis der Hanse – ja, letztlich war die staatsrechtliche Vielfältigkeit des cisleithanischen Teils der alten Franzisko-Josephinischen Monarchie besser für verschiedene Situationen geeignet, als die heutige unitarische Form der Brüsseler Bürokratie. Österreich muß ein Interesse an dieser Verfassungsphantasie Europas haben, weil damit nicht nur ein Netz für Krisensituationen in der Nachbarschaft entsteht, sondern auch möglicherweise jene regionale Kooperation, die auch uns hilft, Probleme in der Nachbarschaft zu lösen. Brüssel wird weniger Verständnis für den Alpen-Transit haben als München oder Trient, Bratislava fühlt bei Bohunice mehr Gefahr als Prag, Ljubljana und Zagreb bei Krsko mehr als Belgrad.

Europa ist in Bewegung, ob nun wir Österreicher wollen oder nicht. »Bewegen wir es mit oder lassen wir uns bewegen?« – das ist die Frage der außenpolitischen Auffassung unseres Landes. Hinter dieser Frage verblässen Ministerrücktritte und Firmenbeteiligungen, die Lächerlichkeit von Freistaatsideen und die Gefährlichkeit eines primitiven Ausanderhasses. Längst bewegen wir uns europäisch und ärgern uns über Grenzkontrollen, sonntäglich beschworen wir die kulturelle Vielfalt des Kontinents und seinen alten Reichtum, während wir wochentags nichts dazu tun, um daraus auch wirklich einen Gewinn zu haben. Die Bewußtseinslage der nächsten Zeit wird darüber entscheiden, ob wir uns endlich entschließen, Österreicher und Europaer zu sein.

Ideen fürs Leben.



BEG JASCH & SCHRAMM

Es gibt Menschen, die mit herkömmlichen Versicherungen sehr zufrieden sind. Und es gibt Menschen, die auf der Suche nach neuen Versicherungs-Ideen sind. Diese Menschen sollten zu uns kommen. Und die neue Fairsicherung kennenlernen. Denn:

Wir glauben an Ideen.



ZENTRALSPARKASSE

Republik im „Nowhere land“

Österreichs Beitrag zur Konfliktbewältigung in Europa: Abwarten und Wegschauen?

Erhard Busek

Böhmen liegt, gemäß William Shakespeare, am Meer. Ich muß gestehen, daß ich zunehmend glücklich wäre, wenn es wenigstens in der Bewußtseinslage manch meiner Politikerkollegen, von Journalisten, von sogenannten Meinungsbildnern und vielen, vielen Österreichern in der Vorstellungswelt über Österreich diesen geographischen Irrtum gäbe. Wer angesichts einer sich bewegenden Welt, der Situation der Veränderung in der Nachbarschaft, des europäischen Einigungsprozesses und der Verabschiedung der Nachkriegsordnung so tut, als läge unsere Heimat im „Nowhere land“, kann im positivsten Fall nur die skurrile Phantasie der Beatles im „Yellow Submarine“ haben.

Fortschrittender Realitätsverlust

Angesichts der Strapazierung der österreichischen Neutralität durch Überfliegen des Bundesgebietes mit Kriegsmaterialien kam erschreckend zum Ausdruck, was ohnehin zu befürchten war: Ein Großteil der Österreicher verwechselt Neutralität mit „ohne uns“. Das „global village“ ist vielleicht nicht nur, aber jedenfalls auch bei uns zum Heimkino verkommen, wo man sich mehr oder weniger genauvoll Geschehnisse betrachtet, aber nicht das Gefühl hat, daß alles, was dort geschieht, hier von Bedeutung ist.

Politik und Medien folgten allerdings mit einer bemerkenswerten Konsequenz: Der Golfkrieg wurde zum bestimmenden Ereignis, wobei die Veränderungen im Nachbarland Jugoslawien und im sowjetischen Imperium nicht nur auf die hinteren Ränge verdrängt wurden, sondern gar nicht existierten. Gespräche mit Politikern unserer östlichen Nachbarn haben aber deutlich gezeigt, daß bei diesen die Gefühle der Gefährdung durch die jugoslawische und sowjetische Entwicklungen wesentlich akuter waren als bei uns. Sind wir um die 60 km Distanz zwischen Wien und Bratislava sicherer? Keineswegs!

Es ist zu befürchten, daß die Verknennung der Wirklichkeiten – mit dem Wirklichkeitsinn haben wir ja schon immer unsere Probleme gehabt weitergeht. Die Reisebe-

dürfnis österreichischer Diplomaten ist beachtlich, die Ziele der Fahrten sind weit gestreut, bloß mit Österreichs Sicherheitsinteressen haben sie kaum zu tun. Apropos Sicherheit! Sitz und Vorsitz im Sicherheitsrat führen dazu, daß wir uns zur Sicherung der Sicherheit gerne zur Verfügung stellen (Stichwort „Blauhelme am Golf“). Wenn man aber an das verständliche und natürliche und auch vom Prinzip her aufgetragene Sicherheitsbedürfnis unseres Staates denkt, liegen die Sicherheitsprobleme woanders.

Ob es einem paßt oder nicht, ob man Sorge um die bestehenden Zahlungsverpflichtungen Jugoslawiens an uns und andere hat oder nicht – die innere Situation unse-

letzung der Menschenrechte würde dies erfordern.

Es gibt aber ein ganz natürliches Sicherheitsbedürfnis, das man unter anderem auch aus den geschichtlichen Erfahrungen am Balkan herleiten kann. Die Situation unseres Nachbarn ist ein europäisches Sicherheitsproblem, sodaß auch eine europäische Initiative erforderlich ist. Für die baltischen Staaten gibt es vergleichsweise mehr Engagement. Eine europäische Sicherheitspolitik verlangt, durch Gespräch und Unterstützung allenfalls auch diplomatische Mittel und wirtschaftliche Hilfe eine erträgliche Situation in unserer Nachbarschaft herzustellen, um so die Gefahr einer Explosion zu verhindern.

in aller Phantasie und unter Verzicht auf einen zu stark ausgeprägten Realitätsinn kam. Winston Churchill war es, der die Wiederbesinnung auf Europa artikuliert, die christ-demokratischen Politiker Robert Schuman, Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer setzten die Theorie kühn in die Praxis um.

Bewegen oder bewegen lassen?

Sie versuchten die Ursache vieler europäischer Konflikte, nämlich das Spannungsverhältnis zwischen Frankreich und Deutschland, ebenso aufzuheben wie die gemeinsame Verwaltung jener Mittel zu erreichen, die Grundlage für Kriege sind, nämlich Kohle und Stahl. Daraus entstand die Sechsergemeinschaft, der auf beiden Gebieten ein voller Erfolg beschieden war. Der gegenwärtige Weg, mit vielen Vorschriften Europa zentralistisch zusammenzudrehen, ist angesichts der drängenden Situation in der Mitte Europas allzu kurzatmig und mühevoll.

Europa ist in Bewegung, ob nun wir Österreicher wollen oder nicht. Bewegen wir mit oder lassen wir uns bewegen, das ist die Frage der außenpolitischen Auffassung unseres Landes. Hinter dieser Frage verblissen Ministerrücktritte und Firmenbeteiligungen, die Lächerlichkeit von Freistaatsideen und die Gefährlichkeit eines primitiven Ausländerhasses. Längst bewegen wir uns europäisch und ärgern uns über Grenzkontrollen, sonntäglich beschwören wir die kulturelle Vielfalt des Kontinents und seinen alten Reichtum, während wir wochentags nichts dazu tun, um daraus auch wirklich einen Gewinn zu haben. Die Bewußtseinslage der nächsten Zeit wird darüber entscheiden, ob wir uns endlich entschließen, Österreicher und Europäer zu sein.

Dr. Erhard Busek ist Bundesminister für Wissenschaft und Forschung; die im vorliegenden Text angesprochenen Probleme sind u. a. auch Gegenstand der diesjährigen „Neuberger Gespräche“ der Walter Buchebner Gesellschaft; eine Diskussionsveranstaltung zum Thema versammelt am heutigen Eröffnungstag neben Erhard Busek Bertalan Andrasfalvy, Kornel Földvári, Rudolf Scholten und Milan Uhdé; Beginn 20.30 Uhr, Mürrzuschlag



Wissenschaftsminister Busek: „Zu lange haben nicht nur wir, sondern auch die westlichen Europäer weggeschaut. Weggeschaut hinsichtlich der Fähigkeit des Vielvölkerstaates Jugoslawien, regierbar zu bleiben, weggeschaut, was die Situation der Menschenrechte in Kosovo betrifft, weggeschaut, wenn es um die Frage ging, eine europäische Integration unserer Nachbarn auch zu ermöglichen.“ Foto: Reinogl

res Nachbarn stellt ein Sicherheitsproblem für Europa dar. Zu lange haben nicht nur wir, sondern auch die westlichen Europäer weggeschaut. Weggeschaut hinsichtlich der Fähigkeit des Vielvölkerstaates, regierbar zu bleiben, weggeschaut, was die Situation der Menschenrechte in Kosovo und anderswo betrifft, weggeschaut beim natürlichen Interesse, eine europäische Integration unseres Nachbarn auch zu ermöglichen. Dabei liegen die Anfänge einer hoffnungsvollen Entwicklung lange zurück.

Natürliches Sicherheitsbedürfnis

Schon lange hat man Jugoslawien nicht nur zum Ostblock gerechnet; heute muß man konstatieren, daß die politischen Zustände der Demokratie möglicherweise dort am betrüblichsten in Europa sind, wo die albanische Entwicklung in Richtung Demokratie weitergeht.

Es ist selbstverständlich, daß es weder die Aufgabe Österreichs noch Europas sein kann, sich in innere Verhältnisse eines Landes einzumischen, es sei denn eine Ver-

Wenn es allerdings zu einer Explosion kommt, werden wir die ersten Betroffenen sein. Ob wir dann mit der Neutralität durchkommen?

Ein ähnlicher Wirklichkeitsverlust findet hinsichtlich der Situation in der Sowjetunion statt. Die Bewegungen in der Ukraine, nicht zuletzt auch in unserer mittelbaren Nachbarschaft, sind genau zu beobachten; infolge alter kultureller und politischer Verbindungen auch eine Verpflichtung unseres Landes. Das Generalkonsulat und das Kulturinstitut Österreichs in Kiew sind daher ebenso vordringlich, wie die Wiederaufnahme alter Beziehungen nach Ostgalizien und in die Bukowina...

Wenn wir nun unsere Probleme und die unserer Nachbarn betrachten, etwa die wirtschaftlichen und sozialen der ehemaligen Ostblockländer, die nationalen Jugoslawiens, dann ergibt sich die Frage, ob es nicht an der Zeit wäre, eine größere europäische Konzeption zu entwickeln. Die europäische Gemeinschaft ist aus einer genialen Idee entstanden, die den verantwortlichen Politikern nach dem Zweiten Weltkrieg